

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3029

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3029



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

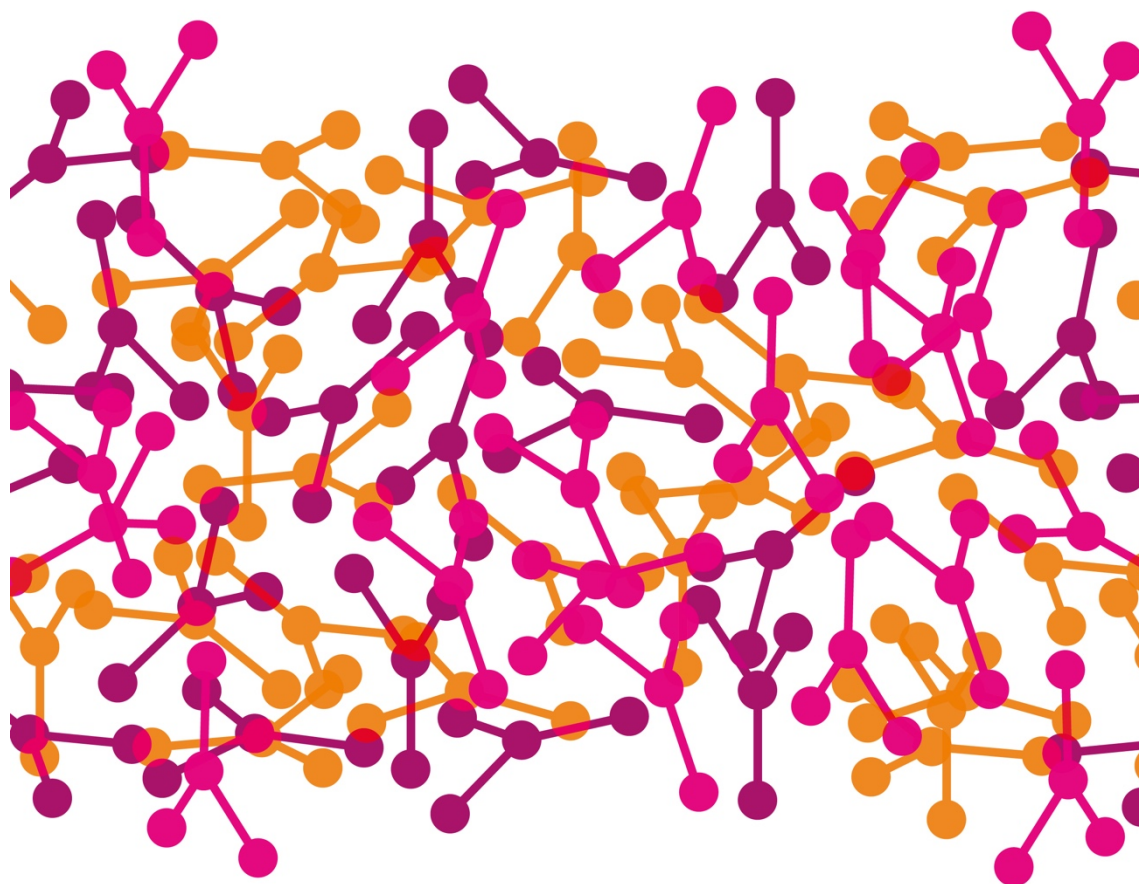
Sozialhilfe Schweiz 2000 - 2020

Chronologie eines Umbaus

Vorstösse und Entscheide auf Bundes-, Kantons- und
Gemeindeebene

Erweiterte Neuauflage 2021

Véréna Keller



1	Einleitung.....	3
2	Bundeskompentz, Bundesrahmengesetz und Grundeinkommen	7
3	SKOS-Richtlinien	12
4	Zahnbehandlungen.....	18
5	Grundrechte	21
6	Schutz der Privatsphäre (Datenschutz)	24
7	Sozialhilfestatistik.....	30
8	Ausländer*innen	31
9	Sozialhilfe im Flüchtlings- und Asylbereich.....	35
10	Ergänzungsleistungen für Familien	37
11	Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente.....	42
12	Mindestlohn	44
13	Coronakrise 2020	47
14	Positionen, Kampagnen und Allianzen.....	56
15	Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden.....	58
	Kanton Aargau, AG.....	59
	Kanton Basel-Land, BL	62
	Kanton Basel-Stadt, BS	65
	Kanton Bern, BE	66
	Canton de Fribourg, FR	71
	Canton de Genève, GE.....	71
	Kanton Graubünden, GR	76
	Canton du Jura, JU	77
	Kanton Luzern, LU	78
	Canton de Neuchâtel, NE	79
	Kanton Schaffhausen, SH.....	80
	Kanton Schwyz, SZ.....	80
	Kanton Solothurn, SO	81
	Kanton St.Gallen, SG.....	82
	Kanton Thurgau, TG	84
	Canton du Tessin, TI.....	84
	Canton du Valais, VS.....	85
	Canton de Vaud, VD.....	87
	Kanton Zug, ZG	90
	Kanton Zürich, ZH.....	91
16	Quellen.....	95

1 EINLEITUNG

Absicht, Ziel

Der Sozialhilfe gilt weiterhin grosses öffentliches Interesse. Wem steht Unterstützung zu, worin soll diese bestehen und welche Bedingungen sind daran geknüpft? Sollen unterstützte Personen über gleiche Rechte und Freiheiten verfügen wie die nicht unterstützte Bevölkerung? Soll, darf, kann man sie zwingen, eine Lohnarbeitsstelle anzunehmen? Wenn sie nun aber schon eine haben, oder aber keine zur Verfügung steht? Wie kann Sozialhilfe unterstützen, ohne die herrschende Norm der Eigenverantwortung oder die Geschlechterverhältnisse durcheinander zu bringen? Und überhaupt: will, soll, kann Armut verhindert werden? Ist Sozialhilfe das geeignete Instrument dazu?

Immer wieder müssen Gemeinschaften solche Fragen diskutieren. Die Positionen sind kontrovers und die Antworten verändern sich.

Bis zur Jahrhundertwende wurde die Sozialhilfe in der Schweiz zunehmend umgebaut als ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle. Dann hat der Wind gekehrt. Im Kontext des aktivierenden Sozialstaates fokussierte sich die öffentliche Debatte auf Missbrauch. Die politische Rechte griff die Sozialhilfe, ja die sozialen Sicherungssysteme immer stärker an. Ende der Nuller-Jahre brach die SVP eine orchestrierte Kampagne gegen die Sozialhilfe vom Zaun. Sie äusserte sich in unzähligen Vorstössen in den Kantonen und Gemeinden. Diese Thematik bot der Rechtspartei die Möglichkeit, gleichzeitig Personen ohne Schweizer Pass, benachteiligte soziale Gruppen, Grundrechte sowie demokratische Institutionen und Verfahren anzugreifen. Sie konnte weit über ihre Partei hinaus mobilisieren. So wurden Sozialhilfebeziehende als Kriminelle, als unerwünschte Ausländer*innen, als gehätschelte Faulenzer*innen die sich in der sozialen Hängematte ausruhen und naive Gutmenschen an der Nase herumführen, dargestellt. Fakten und Expert*innenwissen schienen nicht mehr zu greifen. Einzelfälle wurden aufgebauscht. Gerechtigkeit und Solidarität, Demokratie und Menschenrechte, ja Menschlichkeit, Menschenwürde, Respekt und Anstand erschienen als verlorene Werte einer anderen Epoche.

Seit kurzem gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Lage etwas beruhige. Es gibt etwas weniger Forderungen nach Abbau, diese werden manchmal abgelehnt, und neuerdings kann man auch einige (wenige) Vorstösse zum Ausbau der Sozialhilfe bzw. von vorgelagerten Sicherungssystemen verzeichnen. Wiederholte Wahlverluste der SVP im ganzen Land sind dafür mit ein wahrscheinlicher Grund. Ausserdem trägt die Coronapandemie zweifelsohne dazu bei, dass der Existenzsicherung mit Respekt begegnet wird; Solidarität ist zur Zeit kein Schimpfwort gegen Links. Allerdings steht oft die private Wohltätigkeit als humanitäre Überlebenshilfe im Vordergrund.

In den letzten Jahrzehnten wurden im Bereich der Sozialhilfe zahlreiche Gesetze und anderweitige Regeln revidiert, allen voran die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe («SKOS-Richtlinien»), aber auch kantonale Sozialhilfegesetze, Regeln auf Gemeindeebene sowie Bundesgesetze mit einem direkten, expliziten Bezug zur Sozialhilfe. Diese Revisionen sind oftmals das Resultat von parlamentarischen Vorstössen und/oder von Volksinitiativen. Oft, aber nicht ausnahmslos, geht es um Verschärfungen der Zugangsbedingungen, Ausbau der Pflichten und Einschränkungen von Rechten und Leistungen.

Der vorliegende Text will diese Revisionen in einer verlässlichen Dokumentation auflisten. Er soll als Grundlage für Analysen dienen, um die an den Vorstössen und Entscheiden beteiligten Akteur*innen und deren Absichten und Vorstellungen herauszuarbeiten. Dieser Text nimmt aber selbst keine solchen Analysen vor. Er richtet sich an Personen, die mit der Sozialhilfe vertraut sind. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, denn es ist mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht möglich, alle Vorstösse und Entscheide in allen 26 Kantonen zu erfassen. Die aufgeführten Informationen jedoch sind überprüft und erheben den Anspruch auf Richtigkeit¹. Bitte melden Sie uns unter info@avenirsocial.ch allfällige Fehler und Unvollständigkeiten.

Zur erweiterten Neuauflage 2021

Die vorliegende erweiterte Neuauflage ersetzt die von der Autorin erstellte und von AvenirSocial im Mai 2019 publizierte erste Chronologie zum Umbau der Sozialhilfe. Sie enthält alle bereits im Mai 2019 aufgeführten Informationen. Wir haben diese seither nachgeführt, korrigiert und ergänzt. Fünf neue Kapitel kommen dazu: Zahnbehandlungen, Sozialhilfe im Flüchtlings- und Asylbereich, Ältere Arbeitslose, Mindestlohn und Coronakrise 2020.

Quellen, Methode und Struktur des Dokuments

Die vorliegende Aufstellung umfasst grundsätzlich den Zeitraum zwischen 2000 und 31. Dezember 2020. Sie gründet auf Unterlagen und Publikationen von Fachverbänden und Institutionen (insbesondere: AvenirSocial, Artias, Newsletter und sozialpolitisches Monitoring der Caritas, Denknetz, Hälfte/Moitié, Reiso, SKOS, Städteinitiative Sozialpolitik, Surprise, Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS, usw.), auf Parlamentsunterlagen und -archiven sowie auf Beiträgen aus der Literatur, Fachzeitschriften und der Presse (s. Bibliographie).

Die ersten Kapitel sind zentralen Themen der Sozialhilfe gewidmet. Sie enthalten, thematisch geordnet, Vorstösse auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. Kapitel 15 ist nach Kantonen geordnet und nimmt die Vorstösse in den Kantonen und Gemeinden auf.

Innerhalb der Kapitel haben wir eine chronologische Darstellung gewählt. Allerdings mussten wir zwischen dem Anfangs- und dem Abschlussdatum eines Vorstosses wählen. Grundsätzlich reihen wir die Vorstösse nach Abschlussdatum (neuestes Datum) ein, machen allerdings einige Ausnahmen im Interesse der Lesbarkeit.

Die Angaben zu den verschiedenen Vorstössen sind manchmal knapp und allgemein und manchmal detailliert aufgeführt. Dies ist insbesondere durch die uns zugänglichen Informationen bedingt.

Kurze Kommentare oder Zusammenfassungen setzen die gesammelten Fakten in einen Kontext, ohne aber eine vollständige oder detaillierte Analyse vornehmen zu wollen.

¹ Die Autorin bedankt sich bei den Kollegen und der Kollegin, die diese Neuauflage überprüft, ergänzt und verbessert haben: Stéphane Beuchat und Annina Grob, Co-Geschäftsleitung AvenirSocial, Bern und Alexander Suter, Fachbereich Recht und Beratung, SKOS, Bern. Für allfällige Fehler haftet die Autorin allein und bittet um entsprechende Rückmeldung unter info@avenirsocial.ch.

Auswahlkriterien

Diese chronologische Aufstellung erfasst die uns bekannten Ereignisse folgender Natur:

- politische Vorstösse und Entscheide in der Schweiz (Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) betreffend Sozialhilfe sowie neu geschaffene oder vorgeschlagene Systeme mit dem Ziel, den Sozialhilfebezug für bestimmte Personengruppen zu vermeiden;
- Parlamente: Vorstösse und Entscheide, aber bis auf einige Ausnahmen weder (schriftliche oder mündliche) Anfragen noch Interpellationen.

Ereignisse folgender Natur sind **nicht** Teil dieser Aufstellung:

- Sozialversicherungen und Bedarfsleistungen sowie übrige Leistungen der Sozialen Sicherheit, des Gesundheits- und des Bildungswesens, Steuerrecht, Studien über Armut und Sozialhilfe sowie Aktionen im Rahmen des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut, ausser sie stehen in Zusammenhang mit Änderungen der Reglementierungen der Sozialhilfe;
- Die Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe in den Kantonen sowie die Organisation der Sozialdienste und die Aufgabenverteilung unter verschiedenen Berufsgruppen, mit einigen Ausnahmen;
- Die Umsetzung der SKOS-Richtlinien in den Kantonen wird in Ausnahmefällen erwähnt. Die SKOS erstellt regelmässig eine systematische Aufstellung (s. Einleitung ins Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»);
- Die Grundsätze und Normen betreffend Gegenleistung und Integrationsmassnahmen, welche sich je nach Kanton stark unterscheiden. So handelt es sich z.B. um ein Recht im Tessin, in Neuenburg hingegen um eine Pflicht;
- Die Frage der Unterhaltspflicht kraft Familienrechts (Pflichten zwischen Ehegatten und Partnern im Konkubinat oder getrennten Partnern, zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern oder unter Geschwistern);
- Gerichtsentscheide auf Bundes- und Kantonebene. Entscheide des Bundesgerichts (BGE) werden von der Artias (artias.ch > Veille jurisprudence > Listes des arrêts du TF) aufgelistet. Die Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS kommentiert ausgewählte Entscheide. Entscheide des Bundesgerichts und der kantonalen Instanzen finden sich auf einer (kostenpflichtigen) Datenbank der Hochschule Soziale Arbeit Luzern HSLU;
- Entscheide von Gemeinden, bei der SKOS auszutreten sowie anderweitige Kontroversen in den Medien, ausser einigen Ausnahmen.

Terminologie

In der Schweiz unterscheiden sich die Bezeichnungen für Verwaltung und parlamentarische Organe von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde. Wir verwenden in diesem Dokument allgemeine Bezeichnungen. Kantonale Ebene: die Legislative (Parlament) bezeichnen wir als Grossen Rat (GR) und die Exekutive (Regierung) als Regierungsrat (RR) und entsprechend die Gewählten als Grossrat

bzw. Grossrätin sowie als Regierungsrat bzw. Regierungsrätin. Auf der Gemeindeebene nennen wir das gewählte Parlament (bzw. die Gemeindeversammlung) Gemeindeparlament und die Exekutive Gemeindeexekutive. Die Gewählten bezeichnen wir entsprechend als Mitglied des Gemeindeparlaments und als Mitglied der Gemeindeexekutive.

La même logique s'applique en français: dans les cantons, le législatif (parlement) sera désigné par Grand Conseil et l'exécutif (gouvernement) par Conseil d'État. Les élu-e-s seront nommé-e-s respectivement député-e du Grand Conseil et conseiller ou conseillère d'État. Dans les communes, le délibératif (parlement ou assemblée communale) sera nommé délibératif communal et l'exécutif, exécutif communal. Les élu-e-s seront nommé-e-s membre du délibératif communal respectivement membre de l'exécutif communal.

Sprache

Die Sprache, ein ungelöstes Problem in der mehrsprachigen Schweiz. Aus Ressourcengründen sind in diesem Text die kantonalen Vorstösse und Entscheide nicht übersetzt, sondern in der Mehrheitssprache des jeweiligen Kantons aufgeführt. Herausgekommen ist ein teilweise zweisprachiger Text, der für Personen, denen nicht beide Sprachen geläufig sind, gewiss anspruchsvoll ist.

Wir wollen in diesem Text die Frauen sprachlich sichtbar machen, gleichzeitig aber auch Personen mit unbestimmten oder wechselnden Geschlechtsidentitäten nicht ausschliessen. Für eine solche geschlechtergerechte und nicht-binäre Sprache² benutzen wir geschlechtsneutrale Begriffe. Wenn nicht möglich, verwenden wir den sogenannten Gender-Stern (*) vor der weiblichen Form, um nicht-bestimmte Personen im Allgemeinen zu bezeichnen. En français, nous accordons au plus proche³.

Zur Autorin

Véréna Keller ist emeritierte Professorin und Studiengangsleiterin an der Fachhochschule Soziale Arbeit Lausanne (hetsl, hes-so) und ehemalige Vizepräsidentin von AvenirSocial. Sie lebt in Genf.

² AvenirSocial verwendet seit 2019 eine nicht-binäre Sprache. Siehe: https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2020/12/20201215_Leitfaden_Language_non_binaire_AvenirSocial_online.pdf

³ Bureaux romands de l'égalité entre hommes et femmes (2002). Guide du langage épïcène.

2 BUNDESKOMPETENZ, BUNDESRAHMENGESETZ UND GRUNDEINKOMMEN

Sozialhilfe (Fürsorge nach dem früheren Begriff) war in der Geschichte der Schweiz lange eine Aufgabe hauptsächlich der Heimatgemeinden. Heute sind die Kantone zuständig für die Unterstützung aller bedürftigen Einwohner*innen auf ihrem Gebiet (Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) vom 24. Juni 1977), allerdings mit Ausnahmen in vier Bereichen, die in der Bundesverfassung vorgesehen sind: der Bund ist zuständig für die Unterstützung der Auslandsschweizer*innen (Art. 40) sowie für die sozialhilferechtliche Regelung in den beiden Bereichen Ausländer und Asyl (Art. 121); er kann ausserdem die Sozialhilfe für Arbeitslose regeln (Art. 114). Die Kantone können die Gemeinden mit der Sozialhilfe beauftragen. Dies führt zu grossen Unterschieden in der Gewährung der Sozialhilfe (siehe Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»). Auch deshalb war und bleibt die Frage eines nationalen Rahmengesetzes in Sachen Sozialhilfe aktuell. Zudem wird der Bund immer wieder aufgefordert, bestimmte Aspekte der Sozialhilfe zu regeln. Dies zeigt u.E., dass die Zuständigkeit der Kantone an ihre Grenzen stösst.

In den letzten Jahren gewinnt die Frage eines (mehr oder weniger garantierten) Grundeinkommens zunehmend an Aktualität. Dazu gehören indirekt auch Vorstösse für Erweiterungen der Ergänzungsleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (siehe Kapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» und «Ältere Arbeitslose»).

Hier die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler, danach auf kantonaler und kommunaler Ebene, jeweils chronologisch nach dem neusten Datum geordnet.

Nationale Ebene

- **Seit 1905, Forderung nach Bundeslösung** - Die Forderung nach einer Bundeslösung der Existenzsicherung wird bereits an der Gründungsversammlung des Armenpflegervereins von 1905 erhoben und 1955 wiederholt (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).
- **1992 - 2000, Nationalrat, Debatte zum Recht auf Existenzsicherung und für Bundesrahmengesetz** - Am 17. Juni 1992 reicht die Nationalrätin Christine Goll (SP) eine parlamentarische Initiative «Recht auf Existenzsicherung» (92.426) ein, welche ein Verfassungsrecht auf Existenzsicherung sowie eine Bundeskompetenz für die entsprechende Gesetzgebung verlangt. Am 12. November 1993 zieht sie die Initiative zugunsten einer entsprechenden Debatte in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) zurück. Pascal Coullery hatte dazu einen «Diskussionsentwurf» erarbeitet (Coullery 1995). Die SGK-NR nimmt den Vorschlag von Goll als Kommissionsinitiative auf. Eine Subkommission erarbeitet zwischen 1993 und 1996 einen Verfassungsartikelentwurf und führt im Juli 1995 eine Vernehmlassung durch. Dabei lehnt die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden eine Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes ab. Die Kommission kommt zu keinem Entscheid und stellt die Debatte im Jahr 2000 ein (Goll 2005; Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).

- **1999, Bundesverfassung, Einführung des Grundrechts auf Existenzsicherung** - Ein Grundrecht auf Existenzsicherung wird in die neue Bundesverfassung von 1999 aufgenommen (siehe Kapitel «Grundrechte»).
- **2008, SODK, Vision eines Bundesrahmengesetzes** - Im Juni 2008 beschliesst die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), dass die Vision eines Bundesrahmengesetzes zur Existenzsicherung vertieft werden soll (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).
- **2015, Bund soll die Sozialhilfeabhängigkeit von Jungen reduzieren** - Die Nationalrätin Silvia Schenker (SP) reicht eine Motion ein mit dem Titel «Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe» (14.3890, 14.9.2014). Sie fordert den Bund auf, mit allen involvierten politischen Ebenen und Institutionen eine gemeinsame Strategie und Lösungen nach dem Beispiel der Stipendien im Kanton Waadt vorzulegen. Der Bundesrat empfiehlt Annahme; beide Räte nehmen die Motion an (NR 12.12.2014; SR 9.6.2015).
- **2015, Keine Bundeslösung betr. Besteuerung von Sozialhilfeleistungen** - Mehrere parlamentarische Vorstösse auf Bundesebene fordern, Ungleichbehandlungen, Schwelleneffekte bei Transferleistungen sowie «unerwünschte negative Anreize» abzubauen. Dazu gehört die Frage der Steuern.
 - Nationalrätin Bea Heim (SP) verlangt eine gesamtschweizerische Steuerbefreiung des Existenzminimums gemäss ELG für Personen jeden Alters⁴. Ihre Motion wird abgelehnt.
 - Der Kanton Bern fordert mit einer Standesinitiative folgendes: «Die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und das Steuerharmonisierungsgesetz) ist dahingehend zu revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen Mitteln, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden (insbesondere Sozialhilfeleistungen), im Sinne der steuerlichen und wirtschaftlichen Gleichbehandlung gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden»⁵. Die Initiative wird deutlich abgelehnt (8.12.2014).
 - Daraufhin reicht die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats eine Motion mit denselben Forderungen⁶ ein, welche vom Nationalrat leicht abgeändert⁷, aber trotzdem abgelehnt wird (24.9.2015).
- **2011 - 2016, Nationalrat gegen ein Bundesrahmengesetz** - Im Juni 2011 folgen zwei Motionen im Nationalrat mit ähnlicher Ausrichtung:
 - Ruth Humbel (CVP) reicht eine Motion «Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung» (11.3638, 16. Juni 2011) ein und fordert analog zum Allgemeinen Teil der Sozialversicherungsrechts (ATSG) ein einheitliches Verfahren sowie die Abstimmung der Leistungen aufeinander. Der Bundesrat beantragt Ablehnung. Am 21.6.2013 wird die Motion abgeschrieben, da nicht innert 2 Jahren behandelt.

⁴ «Altersarmut. Schwelleneffekte», Motion 09.3567, eingereicht am 10.6.2009.

⁵ «Besteuerung von Sozialhilfeleistungen», Standesinitiative 09.300 des Kantons Bern, eingereicht 4.2.2009.

⁶ «Besteuerung von Sozialhilfeleistungen und Entlastung des Existenzminimums», Motion 10.3340, eingereicht 29.3.2010.

⁷ «Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums», Motion 14.4004, eingereicht am 4.11.2014.

- Thomas Weibel (Grünliberale) reicht eine Motion «Rahmengesetz für Sozialhilfe» (11.3714, 17. Juni 2011) ein und fordert ein schlankes Rahmengesetz für Sozialhilfe analog zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Auch diese Motion beantragt der Bundesrat zur Ablehnung und auch sie wird am 21.6.2013 abgeschrieben, da nicht innert 2 Jahren behandelt.

Daraufhin reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates SGK-NR eine Motion «Rahmengesetz für Sozialhilfe» (12.3013, 2.2.2012) ein. Der Bundesrat ist nun bereit, die Frage vertieft zu prüfen, empfiehlt aber trotzdem Ablehnung der Motion. Der Nationalrat nimmt an (20.9.2012), während der Ständerat ablehnt (11.6.2013). Somit ist die Motion erledigt.

Kurz darauf reicht die SGK-NR einen erneuten Vorstoss ein, diesmal in Form eines Postulats «Rahmengesetz für die Sozialhilfe» (13.4010, 6.11.2013), mit welchem sie vom Bundesrat einen Bericht über den Nutzen eines Rahmengesetzes fordert. Der Bundesrat beantragt Annahme des Postulats, und der Nationalrat nimmt es an (10.3.2014). In seinem Bericht⁸ erachtet der Bundesrat «die fehlende Verbindlichkeit bei der Sozialhilfe als nicht mehr zeitgemäss». Er folgt der Position der SODK, welche «sich der Bedeutung einer einheitlichen Regelung in der Sozialhilfe bewusst ist und die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien stärken wird», eine Bundeskompetenz jedoch ablehnt. Der Bundesrat «erwartet jedoch, dass sich die Kantone ihrer Verantwortung bewusst sind und selbst einen verbindlichen Rahmen für die Sozialhilfe definieren. [...] Der Bundesrat begrüsst die laufenden Bestrebungen zur Stärkung der SKOS-Richtlinien. Sie bilden den notwendigen verbindlichen Rahmen, welcher in der Sozialhilfe zur Anwendung kommen muss» (S. 59-60).

Unterdessen hat der grünliberale Nationalrat Thomas Weibel eine erneute Motion eingereicht mit dem Titel «Rahmengesetz für die Sozialhilfe» (14.4070, 4.12.2014). Per Antrag vom 18.2.2015 empfiehlt der Bundesrat Ablehnung; der Nationalrat folgt dem Bundesrat (29.9.2016).

- **2016, Petition für Rahmengesetz** - Das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA) reicht eine Petition mit 236 Unterschriften ein mit der Forderung nach einem Rahmengesetz für Sozialhilfe auf Bundesebene (16.2003, 28.1.2016). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates gibt der Petition keine Folge (Sitzung 14.11.2016); sie verweist darauf, dass die SKOS-Richtlinien für Ausgleichsmechanismen sorgen und dass der Nationalrat erst kürzlich eine ähnliche Motion (14.4070) abgelehnt habe.
- **2016, Volksabstimmung Schweiz, Bedingungsloses Grundeinkommen abgelehnt** - Der Bund soll ein bedingungsloses Grundeinkommen (revenu de base inconditionnel) einführen und damit der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Dies will die unformulierte Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», welche von einer Gruppe um den Basler Unternehmer Daniel Häni (Unternehmen Mitte) lanciert und am 4. Oktober 2013 eingereicht wird. Der Initiativtext legt keinen Betrag fest; in der Diskussion ist aber oft von 2500 Franken monatlich die Rede. Die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe würden durch ein Grundeinkommen ent-

⁸ Ausgestaltung der Sozialhilfe und der kantonalen Bedarfsleistungen. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.4010 der SGK-NR, 25.2.2015.

lastet, nicht aber aufgehoben.

An der Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 wird die Initiative mit 76,9% Nein-Stimmen und von allen Kantonen abgelehnt. Eine einzige Gemeinde (Sarzens/VD, 18 Ja, 17 Nein) sowie zwei Stadtkreise in der Stadt Zürich und vier in Genf nehmen sie an. Die Bundestadt Bern erlangt eine Zustimmung von 40%. Das schlechteste Resultat erzielt der Kanton Appenzell Innerrhoden mit 87.4% Ablehnung (www.grundeinkommen.ch).

- **2018, Nationalrat, Keine Harmonisierung, kein nationales Rahmengesetz** - Am 15.12.2017 reicht die Nationalrätin Christine Häsler (Grüne Partei Schweiz) eine Interpellation ein mit dem Titel «Nehmen die Kantone ihre Verantwortung für die Harmonisierung der Sozialhilfe noch wahr?» (17.4278). In seiner Stellungnahme vom 14.2.2018 verweist der Bundesrat auf seinen Bericht vom 25.2.2015 «Ausgestaltung der Sozialhilfe und der kantonalen Bedarfsleistungen» (siehe oben) und schreibt: «Der Bundesrat erachtet die fehlende Verbindlichkeit bei der Sozialhilfe als nicht mehr zeitgemäss. [...] Derzeit kann davon ausgegangen werden, dass sich die Kantone zu keiner weiteren Harmonisierung verpflichten wollen. Der Bundesrat hat im Übrigen festgestellt, dass gewisse Kantone ihre Sozialhilfegesetze überarbeitet haben und von den SKOS-Richtlinien abgewichen sind. Der Bundesrat zieht daraus den Schluss, dass es den Kantonen nicht gelungen ist, die Sozialhilfe mit einem verbindlichen Rahmen zu stärken. Der Bund kann das nicht an ihrer Stelle tun». Das Geschäft ist an der Sitzung des Nationalrates vom 16.3.2018 erledigt.
- **2019, Nationalrat, Kein Bundesrahmengesetz** - Marianne Streiff-Feller (EVP) und Kathrin Bertschy (glp) reichen zwei Motionen identischen Titels und Inhalts «Die Sozialhilfe mit einem schlanken Rahmengesetz oder einem Konkordat koordinieren» ein (Motionen 17.4166 und 17.4167, beide am 14.12.2017). Die Motionen fordern Koordination der verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen und eine Harmonisierung der Sozialhilfe über ein nationales Rahmengesetz, da sich nicht mehr alle Kantone an die SKOS-Richtlinien halten. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung der Motionen (2.3.2018), da sich nach seiner Ansicht die Kantone zu keiner weiteren Harmonisierung verpflichten wollen. Beide Motionen werden am 20.12.2019 abgeschlossen weil nicht innert zwei Jahren abschliessend behandelt.
- **2020, Nationalrat, Erneute Forderung nach Rahmengesetz für die Existenzsicherung** - Katharina Prelicz-Huber (Grüne Partei Schweiz) reicht eine Motion ein (20.3823, 19.6.2020), mit welcher sie den Bundesrat beauftragt, ein Rahmengesetz für die Existenzsicherung vorzulegen in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen und, u.a., mit Vorschriften betr. Fachpersonal und nicht-monetären Leistungen sowie Mitfinanzierung des Bundes. Der Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion (12.8.2020).
- **2020, National- und Ständerat, Neue Hilfen für Papierlose gefordert (Kontext Coronakrise)** - Im Mai 2020 wird in beiden Kammern eine Motion «Prendre en considération la situation des personnes sans statut» eingereicht (Siehe Kapitel «Coronakrise»).
- **2020, Modell Existenzsicherung für alle gefordert** - Der sozialkritische Thinktank Denknetz legt einen Vorschlag vor, welcher die Sozialhilfe durch Ergänzungsleistungen für alle Bedarfssituationen ersetzen soll. Das Modell würde bestehende Versicherungsleistungen und weitere Einkommen, z.B. Löhne, wenn nötig ergänzen. Es soll als bedarfsabhängige Sozialleistung auf Bundesebene verankert

sein und von Bund und Kantonen finanziert werden. Erwerbsfähige Beziehende wären zur Arbeitssuche angehalten (Gurny & Tecklenburg 2020).

Kantonale und kommunale Ebene

- **2018, Rheinau/ZH, Dorf testet Zukunft** - Die Exekutive der Gemeinde Rheinau/ZH (1300 Einwohner*innen) beschliesst, ein bedingungsloses Grundeinkommens zu testen (5.6.2018). Der Test soll 2019 stattfinden. Jede in der Gemeinde wohnhafte Person soll ein monatliches Einkommen von 625 Franken (Minderjährige) bzw. 2500 Franken (+25 Jahre) erhalten. Bedingungen: die Hälfte der Einwohner*innen machen mit; die Finanzierung ist durch Gönnerbeiträge und Stiftungen usw. sichergestellt. Es melden sich 770 Personen zum Mitmachen. Das crowdfunding endet am 4.12.2018; die notwendige Summe von 6.2 Millionen ist nicht zusammengekommen (www.dorftestetzukunft.ch).
- **2019, Canton de Genève, Expérience pilote revenu de base** - Plusieurs député-e-s (Les Verts, PS et divers) demandent la mise en place d'une expérience pilote d'un revenu de base inconditionnel de 5 ans à Genève. La motion est renvoyée sans débat à la Commission de l'économie⁹.
- **2019, Kanton Zürich, Modellversuch Grundeinkommen** - Der Stimmberechtigte Kaltenrieder reicht im Grossen Rat eine Einzelinitiative betr. Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen» ein, welcher auch die Auswirkungen auf das Ökosystem untersuchen soll¹⁰.

⁹ «Pour une expérience pilote du revenu de base inconditionnel (RBI) à Genève», Motion M 2587, déposée le 17.10.2019 par Frédérique Perler (Les Verts) et 20 cosignataires.

¹⁰ KR-Nr. 8/2020, eingereicht am 10.12.2019.

3 SKOS-RICHTLINIEN

Die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) empfohlenen «Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe», umgangssprachlich «SKOS-Richtlinien» genannt, sind Empfehlungen zuhanden der Sozialhilfeorgane von Bund, Kantonen, Gemeinden und Organisationen der privaten Sozialhilfe. Verbindlich werden die Richtlinien erst durch die kantonale bzw. kommunale Gesetzgebung und die Rechtsprechung. Von diesen Richtlinien nicht direkt erfasst sind Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene sowie Auslandschweizer*innen¹¹. Die SKOS-Richtlinien stellen die einzige schweizweite Referenz dar; die Gerichte beziehen sich darauf. Die Richtlinien tragen somit zu einer höheren Rechtssicherheit und einer gewissen Gleichbehandlung bei (s. auch Hänzi 2011).

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide.

- **1905, Schaffung der Armenpflegerkonferenz** - 1905 wird in Brugg die Armenpflegerkonferenz gegründet, eine Konferenz aus Vertreter*innen der öffentlichen und privaten Fürsorge (Gurny & Tecklenburg 2016). Mitte der 1960-er Jahre wird aus ihr die Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF) und 1996 die heutige Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).
- **1963, Erste Richtlinien in Frankenbeträgen** - 1963 veröffentlicht die Armenpflegerkonferenz erstmals Richtlinien mit konkreten Frankenbeträgen, nämlich die «Richtsätze für die Bemessung von Unterstützungen». Die ersten Unterstützungsbeiträge werden mit einer Bandbreite angegeben: Für eine Einzelperson wird der Betrag bei 180 bis 210 Franken festgesetzt; hinzu kommen zahlreiche Hilfen «nach Bedarf». Diese Beträge werden bald angepasst und bis 2003 immer wieder erhöht (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 9).
- **1963 – 2022, Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs** - Der Grundbedarf nach SKOS-Richtlinien wird immer wieder angepasst, sowohl was seine Zusammensetzung als auch, was seine Höhe betrifft. Zwischen 1992 und 1998 wird er zunehmend pauschalisiert: Eine erste Etappe der Pauschalisierung der Hilfeleistungen findet 1992 statt, eine zweite folgt 1998. Man unterscheidet nun zwischen dem Grundbedarf I für die Existenzsicherung und dem Grundbedarf II für die Teilnahme am Sozialleben. 2003 erreicht der Grundbedarf seinen Höchststand mit 1030 Franken (Grundbedarf I) + 46 bis 160 Franken (Grundbedarf II) für eine Einzelperson (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 9). Der Grundbedarf I entspricht dem Betrag zur «Existenzsicherung, um in der Schweiz dauerhaft ein menschenwürdiges Leben zu führen», während der Grundbedarf II darauf abzielt, «den Grundbedarf an die regionalen Gegebenheiten anzupassen [...]. Der Betrag II gilt für alle sozialhilfeempfangenden Haushalte in einer bestimmten Region [...] und zielt darauf ab,] die soziale Integration aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen» (SKOS-Richtlinien 12/02, B.2–3 und B.2–6).

¹¹ RL gültig bis 31.12.2020: SKOS-RL 2005, Zur Bedeutung dieser Richtlinien; RL gültig ab 1.1.2021: SKOS-RL 2021 A.1, <https://rl.skos.ch>

Ausserdem soll seit 2009 gemäss SKOS-Richtlinien der Grundbedarf grundsätzlich an die Teuerung angepasst werden gemäss den Modalitäten der Ergänzungsleistungen der AHV/IV. Eine solche Anpassung findet per 1. Januar 2011 und per 1. Januar 2013 statt, dann erst wieder per 1. Januar 2020. Eine weitere Teuerungsanpassung auf 1006 Franken ist per 1. Januar 2022 «mit verlängerter Übergangsfrist» (denn die AHV-IV-Renten werden bereits per 1.1.2021 erhöht) vorgesehen und ist «nicht verbindlich» (SODK, 30. November 2020). Zur Anwendung in den Kantonen siehe unten.

Tiefere Beträge für bestimmte Personengruppen sowie die Anwendung in den Kantonen werden weiter unten aufgeführt.

SKOS-Richtlinien, Einpersonenhaushalt, absoluter Wert

1963	180 - 230 Franken	+ zusätzliche Hilfen nach Bedarf
1972	360 Franken	+ 80 Franken Taschengeld
1982	510 Franken	+ 120 Franken frei verfügbare Quote
1992	670 Franken	+ 150 Franken frei verfügbare Quote
1998	1010 Franken	+ Grundbedarf II, 45 – 100 Franken
2003	1030 Franken	+ Grundbedarf II, 46 – 160 Franken
2005	960 Franken	+ Zulagen in bestimmten Fällen/Kategorien
2011	977 Franken (Teuerungsanpassung)	+ Zulagen in bestimmten Fällen/Kategorien
2013	986 Franken (Teuerungsanpassung)	+ Zulagen in bestimmten Fällen/Kategorien
2020	997 Franken (Teuerungsanpassung)	+ Zulagen in bestimmten Fällen/Kategorien
2022	1006 Franken (Teuerungsanpassung)	+ Zulagen in bestimmten Fällen/Kategorien

- **1999, Rückerstattungspflicht ist überholt** - Grundsätzlich sind Fürsorgeleistungen in der Schweiz Schulden, die rückerstattet werden müssen. Ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bezeichnet dieses System als überholt und betont seine abschreckende Wirkung auf potenzielle Sozialhilfebeziehende (OECD 1999, S. 170).

Die SKOS empfiehlt seit mindestens 1999, grundsätzlich keine Rückerstattung auf Einkommen zu fordern, das nach der Unterstützungszeit durch eine Erwerbstätigkeit generiert wird. Leistungen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration sollen nicht rückerstattungspflichtig sein. Ebenso soll Personen, die infolge eines Erbes oder erheblichen Vermögensanfalles Leistungen rückerstatten müssen, ein angemessener Betrag belassen werden. Wenn Kantone eine Rückerstattung vorsehen, soll dies mit einer grosszügigen Einkommensgrenze und für eine begrenzte Dauer geschehen (SKOS-RL 2016 E3). Die ab 2021 geltenden Richtlinien empfehlen zudem, folgende Leistungen von der Rückerstattungspflicht auszunehmen: Prämien für Krankenkassen, Gesundheitskosten für Menschen mit

Behinderung sowie Leistungen für eine Reihe von Personen, u.a. Kinder und Jugendliche (SKOS-RL 2021 E.2).

Das Monitoring SKOS erfasst detailliert, in welchen Kantonen die SKOS-Richtlinien betr. Rückerstattungspflicht befolgt werden. Die Praxis ist sehr unterschiedlich (siehe unten: 2018, Anwendung der SKOS-Richtlinien in den Kantonen).

Die Frage der Rückerstattung ist noch immer aktuell, wie die im vorliegenden Dokument aufgeführten Vorstösse aufzeigen: SKOS-Empfehlungen während Coronakrise (s. Kapitel Coronakrise 2020) sowie AG 2020, BE 1971, BL 2018, GE 1995, 2004 und 2012, VS 2017 und 2019, VD 1997 (s. Kapitel Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden).

- **2003, Einführung einer Kategorie «junge Erwachsene»** - Ab 2003 empfiehlt die SKOS spezielle Richtlinien für eine Kategorie «junge Erwachsene» (18 bis 25 Jahre). Der nachhaltigen beruflichen Integration ist höchste Priorität beizumessen; junge Erwachsene sollen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Erstausbildung abschliessen. Junge Erwachsene dürfen gegenüber jenen, die keine Sozialhilfe beziehen, nicht bevorzugt werden. Das Führen eines eigenen Haushaltes wird nur in Ausnahmefällen finanziert. Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Ausbildung sollen in der Regel bei den Eltern wohnen. Der Grundbedarf wird um 20% gekürzt ausser bei Personen mit Integrationsmassnahmen, Erwerbstätigkeit oder Kinderbetreuung (RL 2015 B4 und H11). Die RL 2021 übernehmen die spezifische Behandlung junger Erwachsener (SKOS-RL 2021 C.3.2. und C.4.2).
- **2005, Revision der Richtlinien** - Im Kontext der neoliberalen Kritik, gemäss welcher der Sozialstaat unterstützte Personen passiv, faul und zu Schmarotzern mache, entscheidet die SKOS gegen Ende 2003, ihre Richtlinien vollständig zu überarbeiten. Mehrere Städte (vor allem, Basel, Zürich; siehe Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden») haben mit der Einführung von neuen sogenannten Anreizmodellen (Arbeit statt Fürsorge, Arbeit soll sich lohnen) den Weg für eine solche Revision bereitet. Die SKOS führt das sogenannte Aktivierungsprinzip ein, das die berufliche Wiedereingliederung über ein Anreizsystem fördern soll. Mit anderen Worten ein System, das die Hilfen in Abhängigkeit vom Verhalten der Personen und ihrem «Verdienst» oder «Einsatz» bei der Arbeitssuche zuspricht. Folgende Änderungen werden beschlossen:
 - Senkung des Grundbedarfs um 7 Prozent auf 960 Franken für eine Einzelperson;
 - Einführung von verschiedenen «Anreizleistungen» (welche die Senkung des Grundbedarfs teilweise kompensieren): a) Einkommens-Freibetrag (EFB) zwischen 400 und 700 Franken; b) Integrationszulage (IZU) zwischen 100 und 300 Franken; c) Mindestintegrationszulage von 100 Franken für Personen, die nicht in der Lage sind, eine Arbeit anzunehmen sowie bei fehlenden Programmen;
 - Aufruf an Kantone und Gemeinden, Integrationsprogramme einzuführen.

Diese Änderungen werden durch die Ergebnisse einer Studie (Gerfin 2004) legitimiert, welche zum Schluss kommt, dass die geltenden Richtlinien für Einpersonenhaushalte zu hoch seien. Gerfin pocht auf die Einführung eines Anreizsystems, denn «Sozialhilfe muss im Vergleich zum Einkommen bei Vollerwerbstätigkeit unattraktiv sein». Gemäss Gerfin sollte die Sozialhilfe «für als arbeitsfähig

eingestufte Sozialhilfeempfänger auf ein Niveau reduziert werden, das mittelfristig nicht existenzsichernd ist». Der Grundbedarf soll den Ausgaben der einkommensschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung (und nicht wie bisher den einkommensschwächsten 20 Prozent) entsprechen (Gerfin 2004, S. 32 und 7).

Die revidierten Richtlinien treten am 1. Januar 2005 in Kraft.

- **2011, Modell SKOS für Familienergänzungsleistungen** - Die SKOS veröffentlicht ein Modell für Familienergänzungsleistungen, deren Ziel es ist, die Familienarmut zu bekämpfen und die Sozialhilfe zu entlasten (SKOS 2011, Juni).
- **2011, Stipendien statt Sozialhilfe** - Die SKOS will eine wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie fordert eine Revision des Stipendiensystems sowie die Unterstützung von jungen Menschen. Diese Massnahmen gewichtet die SKOS als höchste Priorität im Kampf gegen Armut (SKOS 2011, Dezember).
- **2015, Revision der Richtlinien** - Nach heftiger Kritik von der politischen Rechten, insbesondere der SVP, werden die Richtlinien erneut revidiert (Revision 2015). Im Vorfeld gibt die SKOS zwei wissenschaftliche Studien in Auftrag:
 - Eine Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS), welche zum Schluss kommt, dass der geltende Grundbedarf für Haushalte mit einer oder zwei Personen 100 Franken tiefer liege als die Ausgaben der 10 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte in der Schweiz (BFS 2015)¹².
 - Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, welche die Umsetzung und die Folgen des Anreizmodells untersucht. Die Studie stellt fest, dass das Prinzip gut akzeptiert ist, in den Kantonen jedoch unterschiedlich umgesetzt wird (Dubach et al., BASS, 2015).

Fazit der SKOS zu den zwei Studien: Eine grundlegende Revision der Sozialhilfe ist nicht angebracht. Eine Vernehmlassung betreffend einer allfälligen Senkung des Grundbedarfs ergibt sehr unterschiedliche Meinungen. Um die Legitimität der SKOS-Richtlinien zu stärken, beschliesst die SKOS, die Richtlinien von nun an der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vorzulegen. Diese soll darüber beschliessen und damit ihre politische Verantwortung wahrnehmen. Die revidierten Richtlinien treten in zwei Etappen in Kraft.

- Erste Etappe der Revision 2015 mit vier Änderungen: a) Grossfamilien: Der Grundbedarf für Grossfamilien wird ab der sechsten Person um 76 Franken gekürzt; b) junge Erwachsene: Der Grundbedarf wird für junge Erwachsene um 20 Prozent gekürzt, wenn sie allein in einem eigenen Haushalt leben, keine Kinder haben und weder in Ausbildung sind noch eine Arbeitsstelle haben; c) Sanktionen: Der Grundbedarf kann bis um 30 Prozent (vorher bis maximal 15 Prozent) gekürzt werden; d) die Mindestintegrationszulage wird aufgehoben und in die Integrationszulagen integriert. Diese Änderungen treten per 1. Januar 2016 in Kraft.
- Zweite Etappe der Revision 2015: An den finanziellen Leistungen wird nichts verändert, hingegen werden die Richtlinien klarer strukturiert (Umstrukturierung

¹² Mit anderen Worten: Die Studie zeigt auf, dass die SKOS-Richtlinien in Tat und Wahrheit unter den Ausgaben der 10 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte liegen, obwohl sich die SKOS weiterhin auf diesen Referenzwert beruft.

der situationsbedingten Leistungen, Klarstellung der Nothilfe sowie der Arbeitsfähigkeit von Müttern/Vätern von kleinen Kindern). Diese Änderungen treten am 1. Januar 2017 in Kraft.

- **2018-2020, Weiterbildungsoffensive für Sozialhilfebeziehende** - Die SKOS lanciert eine „Weiterbildungsoffensive für Sozialhilfebeziehende“ unter dem Titel «Arbeit dank Bildung» in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Weiterbildung SVEB. Die SKOS stellt fest, dass ein grosser Teil der Sozialhilfebeziehenden keine Berufsausbildung hat. Sie fordert Investitionen in die Bildung, also für möglichst umfassende Qualifikationen, um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern (SKOS 2018, Januar).

Eine Motion von Nationalrat Kurt Fluri (FDP) nimmt diese Forderungen auf. Er beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2021–2024 einen Kredit von rund 40 Millionen Franken für die Förderung von Grundkompetenzen und die berufliche Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden zu sprechen¹³. Der Bundesrat beantragt Ablehnung (5.9.2018). Am 19.6.2020 wird die Motion abgeschrieben, da nicht innert zwei Jahren abschliessend behandelt.

- **2018, Kampagne «Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige»** - Die SKOS lanciert eine Kampagne «Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige». Die Kampagne fordert insbesondere, dass Arbeitslose im Alter von über 55 Jahren nicht mehr ausgesteuert werden können und dass verschiedene Bildungs- und Arbeitsmarktmassnahmen für sie ausgearbeitet werden (SKOS 2018, Februar). Diese Kampagne wird ein grosser Erfolg: am 19.6.2020 beschliesst die Bundesversammlung eine Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose (siehe Kapitel «Ältere Arbeitslose»).
- **2018, Verfassungsrechtliche Grundlagen auf existenzsichernde Leistungen** - In Anbetracht der massiven Vorstösse in den Kantonen dahingehend, die Sozialhilfe-Richtsätze zu unterschreiten, gibt die SKOS ein Rechtsgutachten in Auftrag. Dieses zeigt auf, dass eine Unterschreitung Bundesrecht und Grundrechte verletzt, und zwar insbesondere die Verfassungsartikel betr. Menschenwürde (Art. 7), Diskriminierungsverbot (Art. 8), Persönliche Freiheit (Art.10), Recht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12) und Rechtswegegarantie (Art. 29 BV) (Coullery 2018).
- **2019, Studie über den Grundbedarf** - Die SKOS präsentiert den Medien eine neue Studie, die aufzeigt, dass der derzeitige Betrag zur Deckung des Grundbedarfs rund 100 Franken zu tief ist für Einpersonenhaushalte, und dass eine geminderte Sozialhilfe Gesundheit und Ernährung gefährdet sowie die Sozialhilfebeziehenden vom Sozialleben ausschliesst¹⁴.
- **2018 und 2021, Anwendung der Richtlinien in den Kantonen** - Die SKOS erhebt seit 2014 alle zwei Jahre die Anwendung ihrer Richtlinien in den Kantonen und Gemeinden (Monitoring). Das aktuellste Monitoring ist jenes von 2018 (2020 fällt coronabedingt aus). Es zeigt, dass
 - die grosse Mehrheit der Kantone (22 Kantone) beim Grundbedarf die SKOS-Richtlinien umsetzt (986 Franken für einen Einpersonenhaushalt), drei Kantone

¹³ «Arbeit dank Bildung», Motion 18.3537, 14.6.2018.

¹⁴ Medienbericht SKOS 8.1.2019: Studie von Stutz et al. 2018.

liegen darunter (977 Franken, GE, BE, SG) und ein Kanton liegt darüber (1110 Franken inkl. Integrationszulage, VD).

- der Ansatz für junge Erwachsene in allen Kantonen tiefer ist als der übliche Grundbedarf, was den SKOS-Richtlinien entspricht: diese empfehlen für junge Erwachsene mit eigenem Haushalt ohne Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung oder Ausbildung den GB minus 20 Prozent, also 789 Franken. In den Kantonen variiert dieser Ansatz zwischen 500 und 986 Franken. Neunzehn Kantone stufen ihn nach obgenannten SKOS-Kategorien ab. Zwei Kantone definieren Personen bis 30 bzw. 35 Jahren als junge Erwachsene (TG bzw. NE).
- die maximale Integrationszulage (IZ) in 3 Kantonen auf 120 Franken festgelegt ist, in 10 Kantonen zwischen 200 und 250 Franken und in 11 Kantonen auf 300 Franken. In einem Kanton (VD) ist die IZ in den (höheren) Grundbedarf integriert.
- In vielen Bereichen weiterhin grosse kantonale und kommunale Unterschiede bestehen betr. Mietkosten, Sanktionen, Rückerstattung, Finanzierung, usw. (SKOS 2018).

Eine weitere Umfrage der SKOS vom Dezember 2020 betr. Umsetzung der von der SODK beschlossenen Teuerungsanpassung per 1.1.2022¹⁵ zeigt Folgendes. Ein Kanton (VD) bleibt bei 1110 Franken (inkl. IZU), 1 Kanton (BS) passt den GB bereits per 1.1.2021 auf 1006 Franken an (vorher 997 Franken = GB 2020), 17 Kantone bleiben bei 997 Franken (= GB 2020), 5 Kantone (FR, NE, JU, SO, AG) bleiben bei 986 (= GB 2013) und 2 Kantone (GE, BE) bleiben gar bei 977 Franken (= GB 2011).

- **Beispiele zur Rückerstattungspflicht** - Im Kanton Genf gibt es seit 2004 bis auf wenige Ausnahmen (Erbe, hoher Lotteriegewinn) keine Rückerstattungspflicht mehr. Der Kanton Waadt hält in seiner Verfassung (Art. 60 Abs.b) fest, dass die Sozialhilfe grundsätzlich nicht rückzahlbar ist. Im Gegensatz dazu sieht das Sozialhilfegesetz des Kantons Aargau vor, dass materielle Hilfe rückerstattungspflichtig ist, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse soweit gebessert haben, dass eine Rückerstattung zugemutet werden kann (Art. 20 SHG).
- **2020, Neuorganisation SKOS-Richtlinien** - In den Jahren 2017-2020 nimmt die SKOS eine sog. Nachführung (Neuorganisation) der Richtlinien vor, ohne deren Inhalt zu verändern; insbesondere werden die Ansätze der materiellen Hilfe nicht verändert¹⁶. Neu sind die Richtlinien in 6 thematische Kapitel und nach drei Kategorien (Richtlinien, Erläuterungen, Praxishilfen) strukturiert. Sie treten per 1. Januar 2021 in Kraft.

¹⁵ Beschluss SODK vom 30.11.2020: Grundbedarf für Einpersonenhaushalt auf 1006 Franken per 1.1.2022 (siehe oben, Entwicklung des Grundbedarfs).

¹⁶ In der Vernehmlassung zur Revision äussern sich verschiedene Organisationen und Personen kritisch. Avenirsocial kritisiert insbesondere, dass der Grundbedarf zu tief bleibt, dass Altersguthaben auszulösen sind und dass Sanktionen, das sogenannte Anreizsystem und die Rückerstattungspflicht beibehalten werden (www.avenirsocial.ch > Was wir tun > Politische Aktivitäten > AvenirSocial, 20.1.2020, Rückmeldungen zu den überarbeiteten SKOS-Richtlinien).

4 ZAHNBEHANDLUNGEN

Prekarität und Armut führen oft dazu, dass Zahnbehandlungen «auf später» verschoben werden. Deshalb benötigen viele Sozialhilfebeziehende Zahnbehandlungen. Sie mögen ein Detail der Sozialhilfe sein, sie legen aber Einmischungen in die Intimsphäre, Einschränkungen der persönlichen Freiheit und behördlich verordnete Verhaltensvorschriften als Bedingung für Leistungen mit einer Selbstverständlichkeit offen wie in kaum einem anderen Bereich. Deshalb wird dieser Thematik hier Aufmerksamkeit geschenkt.

Nach SKOS-Richtlinien werden bestimmte Zahnbehandlungen unter bestimmten Bedingungen als situationsbedingte Leistungen übernommen. Kantone bzw. Gemeinden regeln die Details.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf Bundesebene und in den Kantonen.

Nationale Ebene

- **2016, Zahnbehandlungen nach SKOS-Richtlinien** - Nach SKOS-Richtlinien werden Zahnbehandlungen als situationsbedingte Leistungen übernommen, wenn «die Behandlung nötig ist und in einer einfachen, wirtschaftlichen und zweckmässigen Weise erfolgt. Ausser in Notfällen ist vor jeder Behandlung ein Kostenvoranschlag zu verlangen. Dieser soll auch über das Behandlungsziel Auskunft geben. Die Kosten werden zum SUVA-Tarif bzw. zum Sozialtarif des jeweiligen Kantons übernommen. Bei kostspieligen Zahnbehandlungen kann das Sozialhilfeorgan die freie Wahl des Zahnarztes einschränken und einen Vertrauenszahnarzt beiziehen» (SKOS 12/16, C.I-8).
- **2018, revidierter Zahnarzttarif** - Per 1. Januar 2018 tritt das neue Tarifsystem Dentotar des Bundes in Kraft. Es kommt mit Ausnahme des KVG-Bereichs und der Privatpatient*innen für alle Leistungsabrechnungen zum Einsatz, also auch im Bereich des sogenannten SUVA-Tarifs (Sozialtarif). Das Tarifsystem wird von der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO und ihren Tarifpartnern der Unfall-(UV), der Militär- (MV) und der Invalidenversicherung (IV) ausgehandelt. Dentotar ersetzt (erhöht) den Tarif von 1994 und heisst neu Zahnarzttarif UV/MV/IV. Die Kosten steigen damit um 15 bis 20%. Zahnbehandlungen in der Sozialhilfe werden gemäss SKOS-Richtlinien nach diesem Tarif übernommen, allerdings nach kantonalen Regelungen. Die allermeisten Kantone übernehmen aufgrund ihrer gesetzlichen Regelungen automatisch den neuen Dentotar-Tarif.
- **2018, Empfehlungen der KantonszahnärztInnen (VKZS) für Patien*innen mit Sozialhilfe** - Nach Empfehlung der Vereinigung der Kantonszahnärzt*innen (VKZS) soll jeder Mensch eine angemessene zahnmedizinische Grundversorgung erhalten entsprechend dem Medizinalberufegesetz unter Berücksichtigung der allgemeinen Prognose und der individuellen Möglichkeiten zur Mitarbeit (Mundhygiene, Einhaltung von Terminen). Diese kann nach VKZS bei Personen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen eingeschränkt sein, darf aber nicht stigmatisierend wirken. Die VKZS empfiehlt deshalb «bei einem fraglichen Verlauf eine abwartende und

palliative Therapie: Schmerzbekämpfung mittels Extraktion von hoffnungslosen Zähnen sowie einfache Versorgungen [...]. Begleitend dazu soll eine Motivation zur persönlichen Verantwortung und eine langfristige Protokollierung des Mundhygiene- und Motivationsstandes erfolgen. Arbeitet der Patient aktiv mit und besteht auch nach Meinung der Behörden Aussicht auf einen guten Verlauf, so kann nach einer gewissen Zeit – in der Regel eineinhalb bis zwei Jahre ('18 Monate') – eine einfache zahnärztliche Sanierung geplant werden. Andernfalls ist schrittweise der Übergang zu einer Totalprothese vorzusehen»¹⁷.

Kantonale Ebene

- **2018, Kanton Bern, Erhöhung Zahnbehandlungskosten** - Per 1. Januar 2018 führt der Kanton Bern den neuen (höheren) Zahnarzttarif UV/MV/IV ein, welcher geschätzte 2 Millionen Mehrkosten in der Sozialhilfe verursachen wird. Die Grossrätinnen Margrit Junker Burkhard (SP), Elisabeth Striffeler-Mürset (SP) und Andrea de Meuron (Grüne) und 31 Mitunterzeichnende fordern den Regierungsrat auf, den alten Tarif wieder einzuführen, um nicht die eben beschlossenen Kürzungen (und Einsparungen) in der Sozialhilfe zunichte zu machen¹⁸. Der Grosse Rat lehnt die Wiedereinführung des alten Tarifs ab, stimmt hingegen Verhandlungen mit der SSO für eine kostenneutrale Lösung zu (12.6.2018).
- **2019, Kanton Bern, Regeln für Zahnbehandlungen** - Der Kanton erlässt nach erfolgter Verhandlung mit der SSO eine neue kantonale Weisung zum Umgang mit Zahnarztkosten¹⁹. Die Zahnarzt-Kosten bleiben auf Basis des neuen Tarifes, dieser wird aber indexiert (Stand Kosten 2017) und bei grosser Kostensteigerung kann der Kanton die Zahnärzte ab 2020 zu einem «Rabatt» zwingen. Gegenüber den Zahnärzt*innen und den Sozialhilfebeziehenden werden neue Regelungen zum Umgang mit Zahnbehandlungen erlassen. Diese werden im Handbuch der Berner Konferenz für Sozialhilfe übernommen. So müssen Zahnbehandlungen notwendig, einfach, wirtschaftlich, wirksam, zweckmässig und verhältnismässig sein. Notfallbehandlungen bis 300 Franken, Erstuntersuchungen bis 250 Franken und Dentalhygiene bis 210 Franken werden ohne Kostenvoranschlag und ohne Prüfung durch einen Vertrauensarzt übernommen. Alle weitergehenden Behandlungen bedingen einen Kostenvoranschlag, der von einem Vertrauensarzt geprüft wird. Und: «Vor einer weitergehenden Zahnbehandlung müssen die Klientinnen und Klienten aktiv über einen Zeitraum von 18 Monaten hinweg zu ihrer Mundhygiene beitragen», was vom behandelnden Zahnarzt attestiert wird. «Bei offensichtlicher oder durch eine Fachperson bestätigter schlechter Mundhygiene kann eine Weisung betreffend Mundhygiene erlassen werden. Die Zahnpflege wird periodisch durch den Zahnarzt/die Zahnärztin kontrolliert. Wird dieser Weisung nicht gefolgt, kann eine Kürzung der Leistungen verfügt und, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Rückerstattung der Zahnarztkosten wegen grobem Selbstverschulden veranlasst werden»²⁰.
- **2019, Tarif UV/MV/IV in den Kantonen** - Gemäss einer Umfrage der SKOS (Stand

¹⁷ VKZS, Empfehlung A: Mitarbeit des Patienten, Attest Compliance, Januar 2018.5.

¹⁸ «Sparpotenzial in der Sozialhilfe nutzen», Motion M-032-2018, 2018.RRGR.147, eingereicht 9.3.2018.

¹⁹ BSIG Nr. 8/860.1/12.2 vom 25.4.2019, Übernahme von Zahnarztkosten durch die Sozialhilfe ab 1.5.2019.

²⁰ Handbuch Sozialhilfe Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE, 6.6.2019, «Zahnbehandlung».

23.4.2019) wenden 20 Kantone den neuen Zahnarzttarif UV/MV/IV an, 2 Kantone (JU und NE) sind beim alten Tarif geblieben, und 4 Kantone wenden spezielle Tarife an (BE, GE, VD, VS).

5 GRUNDRECHTE

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden Personen, die in Armut leben und/oder Sozialhilfe beziehen, auf Bundesebene gewisse Grundrechte zugesprochen: 1978 das Stimm- und Wahlrecht, 1979 die Niederlassungsfreiheit und 1995 das Recht auf Hilfe in Notlagen. Die Gewährung dieser Rechte zeugt von einem gesellschaftlichen Konsens, alle Bürger*innen gleich zu behandeln unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation, und dies kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Allerdings verhindern diese Grundrechte keine Armut. Und zahlreiche weitere Grundrechte bleiben eingeschränkt, so die persönliche Freiheit, die Entscheidungs- und Dispositionsfreiheit oder der Schutz der Privatsphäre. So wird Sozialhilfebeziehenden die Rechts- und Handlungsfähigkeit für eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung nicht im gleichen Masse zuerkannt wie Personen ausserhalb der Sozialhilfe. Dies verletzt das Prinzip der Rechtsgleichheit.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene. Jene in den Kantonen sind zahllos und im Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden» aufgeführt. Siehe auch das Kapitel «Schutz der Privatsphäre».

Nationale Ebene

- **1978, Stimm- und Wahlrecht.** Trotz der Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts für Männer ab 1798 schliessen die meisten Kantonsverfassungen Bedürftige von der Wahlbevölkerung aus, mit Ausnahme der Kantone Waadt und Genf, die ihnen dieses Recht 1845 bzw. 1847 gewähren. Die Bundesverfassung von 1848 garantiert den männlichen Schweizern das Stimm- und Wahlrecht, anerkennt aber die Ausschlussgründe der Kantone (Geisteskrankheit, Geisteschwäche, strafrechtliche Verurteilung, fruchtlose Pfändung, Konkurs, Sittenlosigkeit, Bettelei, Zwangsversorgung usw.), welche gegen 20 Prozent der erwachsenen Männer betreffen. 1915 stützt das Bundesgericht immer noch den Ausschluss von Bedürftigen vom Wahl- und Stimmrecht. Nach der Wirtschaftskrise des Ersten Weltkriegs wird der Ausschluss infolge Zahlungsunfähigkeit auf den verschuldeten Vermögenszerfall beschränkt. Seit 1978 dürfen weder strafrechtlich Verurteilte noch zahlungsunfähige Bürger*innen von ihren Bürgerrechten ausgeschlossen werden²¹.
- **1979, Niederlassungsfreiheit für Sozialhilfebeziehende.** Zwei neue Verfassungsartikel, die an der Abstimmung vom 7. Dezember 1975 angenommen werden, garantieren die Niederlassungsfreiheit von Schweizer*innen im gesamten Staatsgebiet²² und weisen dem Wohnkanton die Unterstützungskompetenz von Bedürftigen zu²³. Auf dieser Grundlage entsteht das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG), das am 1. Januar 1979 in Kraft tritt. Das ZUG legt die gesamtschweizerische rechtliche Basis für eine Praxis, die bereits weitgehend gängig ist, eben das Prinzip der Hilfe am Wohnort (und nicht am Heimatort). Die Änderung ist allerdings nicht vollständig:

²¹ Bundesgesetz über die politischen Rechte von 1976. Siehe Poledna 2010.

²² Art. 45, der in der Bundesverfassung von 1999 zu Art. 24 wird.

²³ Art. 48, der in der Bundesverfassung 1999 zu Art. 115 wird.

Nach ZUG muss der Heimatkanton während der ersten zwei Niederlassungsjahre in einem Nichtheimatkanton weiterhing für die Unterstützung aufkommen (Art. 16 ZUG) (s. Tabin et al. 2010).

Obwohl jegliche Abschiebung aus dem Kanton gemäss ZUG verboten ist, wird Sozialhilfebeziehenden manchmal das Niederlassungsrecht verweigert (s. Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden», SG 2013).

Erst 40 Jahre später wird Artikel 16 des ZUG mit Wirkung per 8. April 2017 aufgehoben infolge einer parlamentarischen Initiative «Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons» von Ständerat Philippe Stähelin (CVP) (08.473). Dies ist der letzte Akt, mit dem das Heimatprinzip in der Sozialhilfe durch das Wohnortsprinzip abgelöst wird.

- **1995, Anerkennung eines ungeschriebenen Verfassungsrechts.** Ein Bundesgerichtsentscheid vom 27. Oktober 1995 (BGE 121 I 367) anerkennt zum ersten Mal in der Schweiz ein Recht auf Existenzsicherung. Aufgrund der Beschwerde dreier tschechischer Brüder - im Kanton Bern wohnhafte anerkannte Flüchtlinge - anerkennt das Bundesgericht (BGer) ein «ungeschriebenes Verfassungsrecht» auf Existenzsicherung in Notlagen unter Einhaltung der Grundrechte wie das Recht auf Menschenwürde, auf Leben, auf persönliche Freiheit, auf persönliche Entfaltung, auf Gleichheit und auf minimale materielle Gerechtigkeit. Gemäss dem BGer ist die Deckung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse in einem demokratischen Rechtsstaat unabdingbar. Der Grund der Bedürftigkeit (auch ein mögliches schweres Verschulden) oder der Aufenthaltsstatus sind dabei irrelevant. Rechtsmissbrauch liegt gemäss BGer nur dann vor, «wenn das Verhalten des Bedürftigen einzig darauf ausgerichtet ist, in den Genuss von Hilfeleistungen zu gelangen».

Diese neue Rechtsprechung verändert die Praxis und bald auch die Bundes- und Kantonsverfassungen sowie die kantonalen Gesetze grundlegend.

- **2000, Recht auf Hilfe in Notlagen.** Die neue Bundesverfassung von 1999, die am 1. Januar 2000 in Kraft tritt, verankert die Gewährleistung der Menschenwürde (Art. 7) und das Recht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12):
 - Art. 7 Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen.
 - Art. 12 Recht auf Hilfe in Notlagen. Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.

Die Einschränkung «nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen» wurde im Laufe der parlamentarischen Debatten hinzugefügt. Der ursprüngliche Entwurf des Bundesrats hielt ein bedingungsloses Recht fest: «Recht auf Existenzsicherung. Wer in Not ist, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind»²⁴.

Viele Kantonsverfassungen enthalten unterdessen ähnliche Formulierungen wie die Bundesverfassung und garantieren ein Recht auf Hilfe in Notlagen für ein menschenwürdiges Dasein.

²⁴ Botschaft über eine neue Bundesverfassung (96.091), BB 1996-666, S. 591.

- **2010, Recht auf menschenwürdiges Leben, keine Bettelexistenz.** Ein Bundesgerichtsentscheid führt die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 12 aus: «Das Grundrecht auf Existenzsicherung garantiert kein Mindesteinkommen, sondern nur das Überleben im Sinne eines menschenwürdigen Lebens: die Deckung der Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung und medizinische Grundversorgung. Artikel 12 der Bundesverfassung beschränkt sich also darauf, jene Mittel zu decken, die ein menschenwürdiges Überleben ermöglichen, um eine Bettelexistenz auf der Strasse zu vermeiden»²⁵.

²⁵ BGE 136 I 254, 8C_724/2009 vom 11. Juni 2010.

6 SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE (DATENSCHUTZ)

Im Rahmen der sog. Amts- oder Rechtshilfe können Sozialdienste von anderen Behörden Daten erhalten und müssen ihnen solche übermitteln, ohne die Sozialhilfebeziehenden dahingehend zu informieren oder ihre Einwilligung einzuholen. Diese Bestimmungen verletzen das Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre (Art. 13 Bundesverfassung). Sie betreffen insbesondere Personen ohne Schweizerpass und können zu deren Ausweisung führen. Ausserdem werden mancherorts Sozialhilfebeziehende überwacht (Observationen).

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf Bundesebene, danach jene auf kantonaler Ebene, beide in chronologischer Reihenfolge nach dem neuesten Datum geordnet.

Nationale Ebene

- **2008, Zusammenarbeit zwischen IV und Sozialhilfe** - Die fünfte IV-Revision des IVG führt das Prinzip der Früherfassung ein. Das revidierte Gesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, regelt die entsprechenden Informationsflüsse in folgenden neuen Artikeln:
 - «Zur Meldung berechtigt sind: [...] die Durchführungsorgane der kantonalen Sozialhilfegesetze» (Art. 3b Abs. 2j IVG).
 - «[...] arbeiten die IV-Stellen eng zusammen mit [...] den Durchführungsorganen der kantonalen Sozialhilfegesetze»²⁶
- **2009, Namen von Ausländer*innen, die Sozialhilfe beziehen, müssen übermittelt werden** - Nach den Änderungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG, neu: AIG) und der entsprechenden Verordnung (VZAE), die am 1. Januar 2009 in Kraft treten, müssen die Behörden der Sozialhilfe den Migrationsbehörden unaufgefordert die Namen der Ausländer*innen übermitteln, die Sozialhilfe beziehen. Hier die neuen Artikel:
 - «Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden unterstützen sich gegenseitig in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erteilen die benötigten Auskünfte und gewähren auf Verlangen Einsicht in amtliche Akten. [...] Der Bundesrat bestimmt, welche Daten den Behörden nach Absatz 1 gemeldet werden müssen bei: [...] dem Bezug von Sozialhilfe»²⁷.
 - «Die für die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen zuständigen Behörden melden der kantonalen Migrationsbehörde unaufgefordert den Bezug von Sozialhilfe durch Ausländerinnen und Ausländer»²⁸.
- **2011, Zugang zum Informationssystem für Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik AVAM der Arbeitslosenversicherung** - Nach der Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die

²⁶ Art. 68bis Abs. 13 IVG, eingeführt mit der 4. IV-Revision, neuer Wortlaut in der 5. Revision.

²⁷ Art. 97 AIG, Amtshilfe und Datenbekanntgabe, unverändert übernommen vom AuG.

²⁸ Art. 82, neu Art. 82b VZAE, Meldepflichten.

Insolvenzenschädigung (AVIG), die am 1. April 2011 in Kraft tritt, haben die Sozialdienste mittels Abrufverfahren Zugriff auf die IT-Systeme, «welche der Dossierverwaltung und der beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen und sozialhilfeabhängigen Ausgesteuerten dienen» (Art. 96c, Abs. 2ter AVIG).

- **2016, Unrechtmässiger Bezug von Sozialhilfe wird strafbar** - Nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative der SVP «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» am 28. November 2010, welche einen neuen Verfassungsartikel 121 einführt, revidiert das Parlament insbesondere das Strafgesetzbuch: Neu werden «kriminelle» Ausländer*innen ausgewiesen und dazu gehört unrechtmässiger Bezug von Sozialhilfe (neuer Art. 66a, siehe Kapitel Ausländer*innen, 2016). Ein weiterer neuer Artikel 148a StGB mit dem Titel «Strafbare Handlungen gegen das Vermögen/Unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» sieht in solchen Fällen eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe vor, in leichten Fällen eine Busse. Die neuen Bestimmungen treten per 1. Oktober 2016 in Kraft.
- **2018, Bearbeitung von schützenswerten Daten im Einbürgerungsprozess erlaubt** - Mit dem Inkrafttreten des neuen Bürgerrechtsgesetzes 2018 (siehe Kapitel «Ausländer*innen», 2018 Sozialhilfebezug verhindert Einbürgerung) kann das Staatssekretariat für Migration (SEM) fortan «Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders schützenswerten Daten über [...] die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen» (Art. 44 BÜG).
- **2019, Überwachung (Observation) von Versicherten** - Die Sozialversicherungen der Schweiz sind im Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) geregelt. Dieses Gesetz betrifft die Sozialhilfe nicht direkt, weil sie keine nationale Sozialversicherung ist (sondern ein Bedarfsleistungssystem in kantonaler Kompetenz). Jedoch können Sozialhilfebeziehende, die Versicherungsleistungen beziehen oder beantragt haben, von einer Überwachung betroffen sein. Zudem können sich die Kantone von den ATSG-Bestimmungen inspirieren lassen, was in mehreren Kantonen bereits der Fall ist (siehe weiter unten).

In Folge einer parlamentarischen Initiative der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (16.479) revidiert das Parlament das ATSG in Rekordzeit (Entscheid 16. März 2018). Die Änderung schafft die rechtliche Grundlage für die Überwachung der Versicherten, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 18. Oktober 2016 verboten hatte (in Sachen Vukota-Bojic gegen die Schweiz, Nr. 61838/10), weil eine rechtliche Grundlage fehlte. Nach diesem Urteil müssen die Unfallversicherungen und die IV jegliche Überwachung einstellen. Das revidierte Gesetz erlaubt dem Versicherer, eine versicherte Person «verdeckt» zu überwachen, wenn sie sich an einem öffentlichen Ort oder an einem Ort befindet, der von einem allgemein zugänglichen Ort aus frei einsehbar ist. Er kann dabei «Bild- und Tonaufzeichnungen machen und technische Instrumente zur Standortbestimmung einsetzen, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die versicherte Person unrechtmässig Leistungen bezieht oder zu erhalten versucht» (Art. 43a). Ein Direktionsmitglied des Versicherers kann die Überwachung anordnen (eine Bewilligung des Gerichts wie bei mutmasslichen Straftaten wird nicht benötigt) und «externe Spezialistinnen und Spezialisten» (= Privatdetektive) damit beauftragen, mit Ausnahme der Standortbestimmung.

Zwei Bürger und eine Bürgerin (eine Autorin, ein Jurist und ein Student) ergreifen das Referendum. Dieses wird von vielen politischen Parteien und Vereinen, darunter AvenirSocial, unterstützt und kommt schnell zustande. In der Volksabstimmung vom 25. November 2018 wird die Gesetzesänderung mit 64,7 Prozent angenommen. Per 1. Oktober 2019 tritt die Verordnung (ATSV) in Kraft und somit sind Observationen wieder erlaubt.

- **2020, Sozialhilfedaten bleiben geschützt** - Am 15. September 2017 reicht der Bundesrat eine Botschaft betr. Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz ein (17.059). Erklärtes Ziel ist, der technischen Entwicklung sowie den Entwicklungen in der EU Rechnung zu tragen. Die vorberatende Kommission (Staatspolitische Kommission) des NR beschliesst als Erstrat mit 9 gegen 9 Stimmen und 7 Enthaltungen bei Stichentscheid des Präsidenten (Mehrheit durch SVP und FDP), dass Sozialhilfebezug nicht mehr als besonders schützenswerte Personendaten gelten soll (Art. 4 Abs. c Al. 6), denn es könne «im Interesse der Vertragspartner, der Anbieter oder gar der Öffentlichkeit sein, zu wissen, ob eine Person Sozialhilfe bezieht». Der Nationalrat hingegen belässt Sozialhilfebezug in der Liste der geschützten Daten (24.9.2019, 126 gegen 67 Stimmen), und so bleibt es denn auch in der Schlussabstimmung des revidierten Gesetzes (25.9.2020).

Kantonale Ebene

- **2012, Kanton Bern, Generalvollmacht** - Mit dem revidierten Berner Sozialhilfegesetz (SHG), das am 1. Januar 2012 in Kraft tritt, muss jede/r EmpfängerIn eine Generalvollmacht unterzeichnen, die sich auf Artikel 8b und 8c stützt. Damit kann der Sozialdienst bei jeder Instanz (private oder öffentliche, medizinische, Banken, Versicherungen usw.) beliebig Informationen einholen.

Mehrere Vereine, darunter AvenirSocial, und Privatpersonen führen Beschwerde vor Bundesgericht: eine solche Bestimmung sei verfassungswidrig, da der Schutz der Privatsphäre nicht geachtet und eine Anhäufung von Informationen ermöglicht werde. Das BGer weist die Beschwerde mit 3 gegen 2 Stimmen ab (8C_949/2011, 4.9.2012): die Bestimmung könne verfassungsgemäss sein, wenn sie nicht strikt umgesetzt werde; dazu müsse sie die vom Gesetz vorgesehene Dreistufigkeit bei der Informationsbeschaffung einhalten: zunächst durch die Mitwirkungspflicht der Person, dann über Dritte und erst dann mit der Generalvollmacht. Das BGer äussert ausserdem ein grosses Vertrauen in die Sozialarbeiter*innen: «Die abstrakt betrachtet verfassungskonforme Vollmacht erwiese sich als verfassungswidrig, wenn zu befürchten wäre, dass sie entgegen den dargelegten Einschränkungen verwendet würde. Von besonderer Bedeutung ist dabei [...] die Qualität der Gesetzesanwender [...]. Im Bereich Sozialhilfe sind grundsätzlich Personen beschäftigt, welche aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, zwischen für den Sozialhilfeanspruch erforderlichen und nicht erforderlichen Informationen zu differenzieren. Das zeigt sich etwa am Berufsbild, welches der Beschwerde führende Verband AvenirSocial [...] vermittelt. [...] Ausbildungsstand und Interessenlage lassen die Gefahr missbräuchlicher Verwendung solcher Vollmachten daher als sehr gering erscheinen». Gemäss BGer kommt eine Verweigerung, die Generalvollmacht zu unterzeichnen, einer Mitwirkungsverweigerung gleich. Dies kann eine Kürzung rechtfertigen, darf aber den absoluten Existenzbedarf nicht berühren.

Die drei Organisationen, die die Beschwerde beim BGer eingelegt hatten, reichen daraufhin eine Individualbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit den gleichen Argumenten wie vor dem BGer ein (2. April 2013). Der EGMR erklärt die Beschwerde für unzulässig, ohne den Entscheid zu begründen und dies per Entscheid durch einen Einzelrichter²⁹.

- **2012, Kanton Zürich, Kein Datenschutz mehr für Sozialhilfebeziehende und Personen, die mit ihnen im Kontakt stehen** - Das Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich wird am 12. Juli 2010 ergänzt, womit der Datenschutz von Sozialhilfebeziehenden massiv eingeschränkt wird: Daten über Sozialhilfebeziehende können bzw. müssen seither per Gesetz unter verschiedenen Verwaltungsbehörden zirkulieren. Diese Daten umfassen insbesondere Ursachen, Beginn, Umfang und Beendigung des Bezugs; Abtretungen und Auszahlungen; Realisierung von Vermögenswerten; Grad der Integration; Verdacht auf unrechtmässigen Bezug; persönliche und berufliche Verhältnisse. Den Sozialhilfeorganen müssen folgende Stellen Auskunft erteilen: Verwaltungsbehörden; Organisationen und Personen, welche mit öffentlichen Aufgaben betraut sind; Personen, die mit dem Hilfesuchenden in einer Hausgemeinschaft leben oder ihm gegenüber unterhalts- oder unterstützungspflichtig sind; Arbeitgeber des Hilfesuchenden (Art. 47a bis 47d und Art. 48). Die neuen Artikel treten am 1. Januar 2012 in Kraft.
- **2014, Kanton Zürich, Direktzahlung von Krankenkassenprämien** - Im Kanton Zürich müssen seit 2014 die Krankenkassenprämien für Sozialhilfebeziehende von der Gemeinde direkt dem Versicherer überwiesen werden (Art. 18 Abs.2 EG KVG), dies im Widerspruch zu den SKOS-Richtlinien, die Direktüberweisungen nur in Ausnahmefällen vorsehen (RL 04/05 und 12/16, A7; RL 2021 C.7).
- **2017, Kanton Zürich, Weitergabe von Informationen** – Eine Motion von Grossratsmitgliedern aus SVP, BDP und FDP fordert die Weitergabe von Informationen sowie die Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen bei Wohnortwechseln³⁰. Der Grosse Rat überweist die Motion an den Regierungsrat (3.4.2017).
- **2017, Canton du Valais, Base légale pour observations** - Une modification de la Loi sur l'intégration et l'aide sociale (LIAS) entre en vigueur le 16.2.2017. Elle précise les possibilités d'observation des bénéficiaires dans un nouveau chapitre 4a (Inspection spécialisée, art. 15b).
- **2018, Kanton Zürich, Gesetzliche Grundlage für Observationen** - Grossräte und Grossrätinnen aus SVP, FDP und BDP fordern eine kantonale, rechtlich unangreifbare Grundlage für die Observation von Sozialhilfeempfänger*innen, um «die bewährte Tätigkeit der Sozialhilfedetektive weiterhin zu gewährleisten»³¹. Der Grosse Rat nimmt die Initiative mit 122 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung an (26.6.2018) und überweist sie an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG).

²⁹ 7. November 2013. Siehe Avenirsocial.ch > Was wir tun > Medien > zum Archiv > 9.4.2013 Beschwerde beim EGMR.

³⁰ «Weitergabe von Informationen sowie Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen in der Sozialhilfe bei Wohnortwechseln», Motion 58/2016 von Stefan Schmid (SVP), Rico Brazerol (BDP) und Linda Camenisch (FDP), eingereicht am 15. Februar 2016.

³¹ «Klare rechtliche Grundlage für Sozialhilfedetektive», parlamentarische Initiative 79/2017 von Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Camenisch (FDP) und Rico Brazerol (BDP), eingereicht am 20.3.2017.

- **2018, Kanton Aargau, Automatische Weitergabe von Informationen** - Das revidierte Sozialhilfegesetz sieht u.a. die automatische Weitergabe von Informationen inklusive besonders schützenswerten Personendaten vor (siehe Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen», AG 2018).
- **2019, Canton du Valais, Facilitation de la transmission des données prévue** - Le projet de révision totale de la loi sur l'aide sociale préconise de faciliter la transmission des données (cf. chapitre « Sozialhilfe in den Kantonen », Valais 2019, Révision totale de la loi sur l'aide sociale).
- **2019, Kanton Zürich, Direktzahlung von Mietkosten** – Mitglieder des Grossen Rates aus FDP, GLP und SVP fordern mit einer Motion, dass Direktzahlungen der Mietkosten von Sozialhilfebeziehenden analog zu Direktzahlungen der Krankenkassenprämien (siehe oben, 2014) «grundsätzlich möglich werden»³². Trotz der Empfehlung des Regierungsrates auf Nichteintreten überweist der Grosse Rat die Motion mit 103 gegen 64 und 1 Enthaltung (22.6.2015) und heisst daraufhin eine entsprechende Änderung des Sozialhilfegesetzes gut, welche am 1. Januar 2019 in Kraft tritt. So können seither die Mietkosten von Sozialhilfebeziehenden «in jedem Fall direkt überwiesen werden» (Art. 16 Abs.3 Sozialhilfegesetz Kanton Zürich).
- **2019, Canton de Vaud, Base légale pour observations** - Le Conseil d'État veut autoriser l'observation des bénéficiaires de l'aide sociale. Le processus pour y parvenir est tout à fait inhabituel car il est inséré dans le cadre du débat sur le budget de l'année suivante (2020). Dans ce contexte, le Conseil d'État propose des changements de plusieurs lois dont celle sur l'aide sociale. Il argumente à ce propos qu'il cherche à «assurer, respectivement augmenter, la sécurité financière pour l'État»³³. Il propose un nouvel article 39d de la LASV: «L'enquêteur peut observer secrètement un bénéficiaire et, à cette fin, effectuer des enregistrements visuels ou utiliser des instruments techniques visant à le localiser». Par mesures techniques, il faut entendre l'utilisation d'un GPS.

Le député Axel Marion (PDC) demande de supprimer le recours à des instruments techniques, ce que refuse le Grand Conseil (70 Non, 30 Oui, 20 Abstentions). L'article 39d est introduit dans la LASV avec quelques avis contraires et abstentions (11.12.2019). En troisième débat, le vote de la séance précédente est confirmé par 106 Oui, 11 Non et 20 Abstentions (17.12.2019), alors qu'en vote finale, la loi est acceptée, à main levée, à une très large majorité avec seulement quelques voix contraires. Le nouvel article entre en vigueur au 1^{er} mars 2020.

- **2019, Kanton Thurgau, Gesetzliche Grundlage für Observationen** - Ein Grossrat der SVP und 58 Mitunterzeichnende verlangen per Motion die gesetzliche Ermöglichung von Observationen bei «missbräuchlichem Sozialhilfebezug»³⁴. Der Regierungsrat erachtet den Vorschlag als zielführend und legitim auch im Hinblick auf die eidgenössischen Annahme des ATSG und nimmt die Motion an (21.1.2019), ebenso der Grosse Rat (13.3.2019). Der Regierungsrat schickt daraufhin einen

³² «Sozialhilfegesetz und Verordnung, Änderung bezüglich Wohnkosten (Miete und Nebenkosten)», Motion 268/2014 von Linda Camenisch (FDP), Cyrill von Planta (GLP) und Willy Haderer (SVP) eingereicht am 27.10.2014.

³³ Canton de Vaud, Conseil d'État (octobre 2019). Exposé des motifs et projets de budgets [2020] et Rapport du Conseil d'État et Exposés des motifs et projets de loi et Exposé des motifs et projets de décret et Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil et Réponses du Conseil d'État [à des interpellations], nr. 168, p.124.

³⁴ «Überwachung bei missbräuchlichem Sozialhilfebezug», Motion 16 MO 15 190, eingereicht am 14.2.2019 von Ruedi Zbinden (SVP) und 58 Mitunterzeichnenden.

entsprechenden Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung (SHG RB 850.1, 27.2.2020). AvenirSocial spricht sich in der Vernehmlassungsantwort gegen diese Änderung aus³⁵.

- **2017 und 2020, Kanton Aargau, Gesetzliche Grundlage für Observationen** - Anfangs 2017 stimmt der Grosse Rat einem Vorstoss zu, welcher die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Observationen beim Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe verlangt³⁶. Ende 2020 verlangt eine erneute Motion nochmals dasselbe, denn aargauische Gemeinde-Sozialämter «beklagen sich zunehmend über potentielle Missbrauchsfälle, bei denen es aber beinahe unmöglich erscheint, den Missbrauch gerichtsverwertbar nachzuweisen»³⁷. Der Grosse Rat nimmt die Motion an (8.12.2020).

³⁵ AvenirSocial > Wer wir sind > Region Ostschweiz, 12. Mai 2020.

³⁶ André Rotzetter (CVP), Motion 16.240, 15. Februar 2017, angenommen als Postulat.

³⁷ Motion betreffend Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Observationen beim Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe, 20.124, eingereicht von René Bodmer (SVP), mitunterzeichnet von Grossräten und Grossrätinnen aus CVP und FDP am 12.5.2020.

7 SOZIALHILFESTATISTIK

Da die Sozialhilfe im Kompetenzbereich der Kantone liegt, wurden während langer Zeit Statistiken nur auf Kantons- oder Gemeindeebene erhoben und dies nach je eigenen Zielsetzungen, Methoden und Gutdünken. So waren keinerlei Vergleiche zwischen den Kantonen möglich und Entwicklungen auf gesamtschweizerischer Ebene konnten nicht dokumentiert werden.

Nachfolgend die uns bekannten Entscheide auf nationaler Ebene.

- **1999, Erste vergleichbare Daten aus einigen Städten** - Erste überkantonale Daten werden ab 1999 von der Städteinitiative Sozialpolitik erhoben und publiziert unter dem Titel Kennzahlenvergleich in der Sozialhilfe. Die Statistik erhebt insbesondere die Anzahl und die Merkmale von Sozialhilfebeziehenden, die Sozialhilfequote und die Bezugsdauer. Die Daten stammen von 13 Städten, die Mitglied der Städteinitiative Sozialhilfe sind, darunter zwei Städte in der Romandie (Basel, Bern, Biel, Lausanne, Luzern, Schaffhausen, Schlieren, St. Gallen, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug, Zürich) (staedteinitiative.ch > Kennzahlen Sozialhilfe).
- **2005, Nationale Sozialhilfestatistik** - Nach ersten Vereinbarungen im Jahr 1999 zwischen einigen Kantonen und dem Bund sowie Piloterhebungen publiziert das BFS seit 2005 eine detaillierte, systematische schweizweite Statistik aufgrund von Erhebungen aus allen Kantonen: die Sozialhilfestatistik. Anzahl und Strukturmerkmale von Personen und Haushalten, die Leistungen der Sozialhilfe beziehen, werden vollständig erhoben, ebenso wie finanzielle Aspekte (BFS > Statistiken finden > Soziale Sicherheit > Sozialhilfe).
- **2016, Zusammenlegung mit den Asyl- und Flüchtlingsbereichen** - Ab dem Erhebungsjahr 2016 werden die Daten in den Bereichen Asyl und Flüchtlinge vom BFS nach den Methoden der Sozialhilfestatistik erhoben und in Publikationen zusammengelegt. Bis anhin wurden die Daten im Asylbereich von der Statistik eAsyl (neu SH-AsylStat) bzw. der SH-FlüStat im Flüchtlingsbereich separat erhoben.
- **2024, Modernisierung der Sozialhilfestatistik** - Das BFS arbeitet an einer Modernisierung der Sozialhilfestatistik mit den Zielen, die Belastung und die Kosten der Erhebungsstellen zu reduzieren, zuverlässige Angaben zur Verfügung zu stellen, die Analysen zu stärken sowie die Dauer zwischen Datenerhebung und Publikation zu verkürzen. Eine Konzeptphase ist bis 2022 und die Realisierung bis 2024 vorgesehen (BFS, Factsheet, November 2020).

8 AUSLÄNDER*INNEN

Zahlreiche Änderungen werden in einem von der SVP dominierten politischen Kontext und ihrem Kampf gegen «die Ausländer*innen» beschlossen. Gezeigt hat sich diese Auseinandersetzung insbesondere in zwei eidgenössischen Volksinitiativen und deren Folgen: die Ausschaffungsinitiative (angenommen 2012) und die Masseneinwanderungsinitiative (angenommen 2014). Immer wieder wird das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) (AIG ab 1. Januar 2019) revidiert, das heisst immer verschärft, auch und gerade in Bezug auf die Sozialhilfe (siehe dazu z.B. Stanic 2020). Sozialhilfebezug kann ausserdem die Einbürgerung erschweren bzw. verunmöglichen insbesondere seit dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG) (2018, siehe unten).

Die Logik hinter diesen Änderungen ist folgende: Sozialhilfebezug - durchaus auch rechtmässiger - ist nicht «normal» insbesondere bei Personen ohne Schweizer Pass; er muss und kann verhindert werden. Ausländer*innen sollen noch weniger Sozialhilfe erhalten als Schweizer*innen und ausgewiesen werden. Ausserdem wird unrechtmässiger Sozialhilfebezug mit schweren Verbrechen gleichgesetzt – ein weiterer Schritt, um Sozialhilfe zu de-legitimieren. Es kann sein, dass die Verschärfungen bei den Personen ohne Schweizer Pass in der Folge auf alle Sozialhilfebeziehenden ausgeweitet werden.

In den folgenden Kantonen verschlechtern Vorstösse die Lage von sozialhilfebeziehenden Personen ohne Schweizer Pass: AG 2017, 2018 und 2020; BL 2018; BS 2017; BE 2013 und 2018; GR 2018; SO 2017; SG 2017 und 2019; TI 2020; VS 2015; ZH 2012 und 2018 (Siehe Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»).

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene.

Nationale Ebene

- **2008, Sozialhilfebezug verhindert Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung** - Gemäss Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, müssen alle Ausländer*innen, die in die Schweiz einreisen wollen «die für den Aufenthalt notwendigen finanziellen Mittel besitzen» (Art. 5). Der Familiennachzug bleibt Ausländer*innen vorbehalten, die unter anderem «nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind» (Art. 44). Eine Aufenthaltsbewilligung kann widerrufen werden, «wenn die Ausländerin oder der Ausländer falsche Angaben macht, [...] zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde [...], erheblich oder wiederholt gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung [...] verstossen hat [...], [wenn sie oder er] oder eine Person, für die sie oder er zu sorgen hat, auf Sozialhilfe angewiesen ist» (Art. 62). Eine Niederlassungsbewilligung kann nur dann widerrufen werden, wenn «die Ausländerin oder der Ausländer oder eine Person, für die sie oder er zu sorgen hat, dauerhaft und in erheblichem Mass auf Sozialhilfe angewiesen ist» (Art. 63c). Diese Artikel bleiben unverändert in der neuen Version des AuG, das in «Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration»

(AIG) umbenannt wird und am 1. Januar 2019 in Kraft tritt.

Allerdings ist kein Entscheid automatisch: «Die zuständigen Behörden berücksichtigen bei der Ermessensausübung die öffentlichen Interessen und die persönlichen Verhältnisse sowie die Integration der Ausländerinnen und Ausländer» (Art. 96 AIG). Nach der Weisung des SEM, welche 248 Seiten umfasst, ist bei der Beurteilung einer Sozialhilfeabhängigkeit «die Verhältnismässigkeit zu beachten, wobei vor allem das Verschulden an der Situation und die bisherige Verweildauer im Lande zu berücksichtigen sind (Urteil BGer 2C_1228/2012 vom 20. Juni 2013 E. 2.2 m.w.H). Zudem ist eine konkrete Gefahr der künftigen Sozialhilfeabhängigkeit erforderlich»³⁸.

Mehrere Vorstösse fordern Verschärfungen:

- der Kanton Sankt-Gallen verlangt mit einer Standesinitiative³⁹ unter anderem die Festlegung eines Schwellenwertes der Sozialhilfe, der einen Widerruf der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung ermöglicht. Beide Räte schreiben die Initiative ab (NR am 19.6.2020, ST am 8.9.2020), da die Forderungen mit dem neuen AIG umgesetzt seien.
- Nationalrat Erich Hess (SVP) reicht eine parlamentarische Initiative ein mit dem Titel «Sozialhilfe-Obergrenze für Ausländer» (15.3.2018, 18.415). Er fordert, dass bei einem Sozialhilfebezug über 50'000 Franken die Aufenthaltsbewilligung und bei über 80'000 Franken die Niederlassungsbewilligung unwiderruflich entzogen wird. Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge (13.6.2019).
- Siehe auch weiter unten «2014 - 2020, Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Personen aus Drittstaaten».
- **2009, Namen von Ausländer*innen, die Sozialhilfe beziehen, müssen übermittelt werden** - Ab 1. Januar 2009 müssen die Behörden der Sozialhilfe den Migrationsbehörden unaufgefordert die Namen der Ausländer*innen, die Sozialhilfe beziehen, übermitteln (s. Kapitel «Schutz der Privatsphäre»).
- **2010, Unrechtmässiger Sozialhilfebezug wird schweren Verbrechen gleichgesetzt** - Am 15. Februar 2008 reicht die SVP eine eidgenössische Volksinitiative mit dem Titel «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» ein. Die Initiative will Artikel 121 der Bundesverfassung dahingehend ändern, dass Ausländer*innen «unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz [verlieren], wenn sie: wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe bezogen haben».

Das Parlament fasst einen Gegenvorschlag mit dem Titel «Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesver-

³⁸ SEM, Weisungen und Erläuterungen. I. Ausländerbereich (Weisungen AIG). Überarbeitete und vereinheitlichte Fassung. Oktober 2013, aktualisiert am 1. November 2019, Ziffer 8.3.1.5.

³⁹ «Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen», 18. April 2016, 16.307.

fassung». Am 28. November 2010 nehmen 52,3 Prozent der Stimmenden die Initiative an, während 52,6 Prozent den Gegenentwurf ablehnen.

Die SVP findet, dass sich die Umsetzung ihrer Initiative verzögere und reicht deshalb am 28. Dezember 2012 eine erneute eidgenössische Volksinitiative ein mit dem Titel «Initiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)». Die Initiative nimmt die Forderungen der vorherigen Initiative auf, aber der Ton wird verschärft. In der Volkabstimmung vom 28. Februar 2016 lehnen 58,9 Prozent der Stimmenden die Initiative ab.

Zur Umsetzung des neuen Artikels 121 der Bundesverfassung revidiert das Parlament insbesondere das Strafgesetzbuch. Neu weist das Gericht Ausländer*innen aus der Schweiz aus, die für folgende strafbare Handlungen verurteilt wurden: «a) vorsätzliche Tötung [...], Mord [...], Totschlag [...], Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord [...], strafbarer Schwangerschaftsabbruch [...]; e) Betrug [...] im Bereich einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe, unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» (Art. 66a Strafgesetzbuch). Die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober 2016 in Kraft.

- **2018, Sozialhilfebezug verhindert Einbürgerung** - Das Bürgerrechtsgesetz von 1954 wird totalrevidiert und durch ein neues Bundesgesetz vom 20. Juni 2014 über das Schweizer Bürgerrecht (BüG) ersetzt, welches am 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Das neue BüG nimmt Anpassungen an das Ausländerrecht vor und beinhaltet mehrere Verschärfungen. Es hält die Bedingungen zum Erwerb der Schweizer Staatsbürgerschaft fest: Die Bewerberin oder der Bewerber muss u.a. erfolgreich integriert sein (Art. 11), d.h. insbesondere am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnehmen (Art. 12). Die entsprechende Verordnung (BüV) führt dies aus: «Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet» (Art. 7 Abs. 3 BüV). Die persönlichen Verhältnisse werden berücksichtigt (Behinderung, Krankheit, Erwerbsarmut, Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben, Sozialhilfeabhängigkeit die «nicht durch persönliches Verhalten herbeigeführt» wurde (Art. 9 BüV).

Ausserdem kann das Staatssekretariat für Migration (SEM) fortan «Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders schützenswerten Daten über [...] die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen» (Art. 44 BüG).

Die SKOS kritisiert den Ausführungserlass scharf, er komme einem Eingriff in die Grundrechte, Diskriminierung, fehlendem Persönlichkeitsschutz und Ausgrenzung gleich (SKOS 17. November 2015, Entwurf Ausführungserlass, Stellungnahme).

Mehrere Kantone revidieren ihr kantonales Recht entsprechend dem neuen BüG; einige verschärfen die Kriterien noch weiter.

- **2018, Einbürgerung für junge Sozialhilfebeziehende bleibt möglich** - Am 29.9.2017 reicht die Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP) eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Keine minderjährigen Sozialhilfebezüger erleichtert einbürgern» (17.489) ein. Am 13.9.2018 lehnt der Nationalrat die Initiative mit 112 gegen 67 Stimmen ab.

- **2014 - 2020, Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Personen aus Drittstaaten.** Die FDP-Liberale Fraktion beauftragt den Bundesrat, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher Einwanderer aus Drittstaaten nach der Einreise für eine Anfangszeit von drei bis fünf Jahren von der Sozialhilfe ausschliesst. Dies fordert ihre Motion «Keine Einwanderung in unser Sozialsystem» (14.3691, 10.9.2014). Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung (5.11.2014), der Nationalrat nimmt die Motion an (14.9.2016), während der Ständerat ihr ein Postulat seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-S) gegenüberstellt mit dem Titel «Kompetenzen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten» (17.3260). Am 8.6.2017 nimmt der Ständerat das Postulat an. Es beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Möglichkeiten zu untersuchen, damit der Bund die Sozialhilfe für Ausländer*innen aus Drittstaaten einschränken oder ausschliessen kann.

Nach mehreren Berichten (Bundesrat, Büro BASS, Ecoplan, weitere Expert*innen) beauftragt der Bundesrat an seiner Sitzung vom 15. Januar 2020 das EJPD mit der Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage bis Februar 2021 zu drei Punkten: Präzisierung der Integrationsvoraussetzungen für die Erteilung von Aufenthaltbewilligungen an vorläufig Aufgenommene in Härtefällen; Erleichterter Widerruf der Niederlassungsbewilligung bei Sozialhilfebezug; Einschränkung der Sozialhilfe für Personen mit einer Aufenthaltbewilligung in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in der Schweiz. Drei Massnahmen soll das EJPD direkt umsetzen: Auswertungen des BFS zum Sozialhilfebezug von Drittstaatsangehörigen; Zustimmung des Staatssekretariats für Migration (SEM) anfordern bei der Verlängerung von Aufenthaltbewilligungen von Drittstaatsangehörigen, welche erhebliche Sozialhilfekosten verursachen; Empfehlungen für einen einheitlichen Begriff der Sozialhilfekosten in den Kantonen erarbeiten. Ausserdem wird das EJPD beauftragt, bis Anfangs 2022 Verbesserungen beim Datenaustausch zwischen den Behörden vertieft zu prüfen und Bericht zu erstatten (Medienmitteilung Bundesrat 15.1.2020).

Die SKOS kritisiert die vorgeschlagenen Massnahmen als weitere Verschärfungen im Ausländerrecht, welche die Integrationsbemühungen unterlaufen und ausserdem in die Zuständigkeit der Kantone eingreifen (SKOS, Anpassungen bei der Sozialhilfe für Personen aus Drittstaaten, Mai 2020). Eine Allianz gegen diese Massnahmen, bestehend aus linken Parteien und Organisationen, darunter AvenirSocial, ist im Aufbau (Ende 2020).

9 SOZIALHILFE IM FLÜCHTLINGS- UND ASYLBEREICH

Dieser Bereich verdient grosse Beachtung, denn der Asylbereich scheint als veritables Labor für Verschärfungen und Ungleichbehandlungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu dienen. Seit dem ersten Asylgesetz von 1979 werden in jeder Revision weitere Verschärfungen vorgenommen, auch im Bereich Sozialhilfe, um die «Attraktivität» der Schweiz für Asylsuchende zu senken. Im Jahr 2020 erhalten nur anerkannte Flüchtlinge (Flüchtlinge, denen Asyl gewährt wurde sowie vorläufig aufgenommene Personen mit Flüchtlingseigenschaft) Sozialhilfe zu den gleichen Bedingungen und Ansätzen wie die ansässige Bevölkerung. Andere Kategorien des Asylbereichs (Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Ausländer*innen und Schutzbedürftige) erhalten Hilfe zu zunehmend tieferen Ansätzen als die ansässige Bevölkerung, während abgewiesene Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid NEGE und solche mit Nichteintretensentscheid NEE nur noch Nothilfe erhalten.

Auch in diesem Bereich sind die Kantone und Gemeinden aktiv. Siehe insbesondere Bern 2020 (Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»).

Nachfolgend die uns bekannten Entscheide auf nationaler Ebene.

Nationale Ebene

- **2004 und 2008, Sozialhilfestopp und Nothilfe** - Ab 1. April 2004 erhalten Asylbewerbende mit einem Nichteintretensentscheid NEE nur noch Nothilfe und keine Sozialhilfe mehr, dies aufgrund ihrer Überführung vom Asyl- ins ordentliche Ausländerrecht. Der Bund gewährt den Kantonen dafür einen Pauschalbeitrag von 4000 Franken jährlich pro Person, den die Kantone nicht unbedingt vollständig und sehr unterschiedlich ausgeben (rund 10 Franken pro Tag und Person je nach Kanton. Siehe auch sog. «Minimalzentren»). Per Gesetz liegt Nothilfe «unter dem Ansatz für die Sozialhilfe, die Asylsuchenden und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung» gewährt wird (Art. 82 AI.1 und AI.4 AsylG) und wird «nach Möglichkeit» in Form von Sachleistungen an bestimmten Orten ausgerichtet. Nothilfe ist rund drei Mal tiefer als ordentliche Sozialhilfe.

Diese Regelung wird ab 1. Januar 2008 aufgrund des revidierten Asylgesetzes (AsylG 1998) auf abgewiesene Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid NEGE ausgeweitet (SEM 2009; Kopf 2010, Gordzielik 2020).

- **2008, Abschieben auf die Kantone** - Ab 1. Januar 2008 (Inkrafttreten des Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer AuG und revidiertes Asylgesetz) werden Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge während längstens sieben Jahren seit der Einreise mit vom Bund an die Kantone ausgerichteten Pauschalen unterstützt; diese sind für jede Kategorie anders. Nach 7 Jahren übernimmt die ordentliche Sozialhilfe (Kanton bzw. Gemeinde) die Kosten (Art. 88 AsylG; Art. 20 und 24 AsylV 2; Art. 87 Abs.1 AIG).

Für anerkannte Flüchtlinge (Asylgewährung) überweist der Bund seit dem 1. Februar 2014 Pauschalen an die Kantone während fünf Jahren seit Einreichung des Asylgesuchs. Nach 5 Jahren übernimmt die ordentliche Sozialhilfe (Kanton bzw. Gemeinde) die Kosten (Art. 88 AsylG; Art. 24 AsylV 2).

- **2014, Tiefe und noch tiefere Ansätze** - Seit dem 1. Februar 2014 gelten nach einer weiteren Asylgesetzrevision folgende Unterstützungsformen im Asylbereich:
 - Asylsuchende und Schutzbedürftige erhalten «nach Möglichkeit» Unterstützung in Form von Sachleistungen. Die Unterstützung liegt «unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung» (Art. 82 al.3 AsylG; Art. 86 AIG); sie entspricht je nach Kanton ungefähr der Hälfte der ordentlichen Sozialhilfe.
 - Personen mit einem Wegweisungsentscheid (Abgewiesene NEGE) sowie solche mit einem Nichteintretensentscheid NEE sind von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie erhalten nur noch Nothilfe (siehe oben, 2004 und 2008).

10 ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN

Ergänzungsleistungen für Familien sollen die Armut von Familien, insbesondere von Working Poor-Familien, mindern und ihnen somit den Gang zur Sozialhilfe ersparen. Vier Kantone haben Familienergänzungsleistungen eingeführt. Es sind dies, in chronologischer Abfolge: TI 1997; SO 2010 für eine begrenzte Dauer, definitiv ab 2018; VD 2011; GE 2012. In zahlreichen weiteren Kantonen wurden parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen diskutiert und abgelehnt oder sind z.Z. hängig.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler und kantonaler Ebene jeweils chronologisch nach dem neusten Datum geordnet.

Nationale Ebene

- **2011, SKOS** - Im Juni 2011 veröffentlicht die SKOS ein Modell für Familienergänzungsleistungen, deren Ziel es ist, Familienarmut zu bekämpfen und die Sozialhilfe zu entlasten (SKOS 2011, Juni).
- **2015, Nationalrat** - Am 17.4.2013 reicht Nationalrätin Yvonne Feri (SP) eine Motion mit dem Titel «Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung» (13.3351) ein. Sie fordert die Erarbeitung eines entsprechenden eidgenössischen Rahmengesetzes in Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die Motion knüpft an frühere Vorstösse im Parlament an (12.4142, 00.436 und 00.437). Der Nationalrat lehnt die Motion am 5.3.2015 ab.
- **2019, Caritas** - Caritas ruft das neugewählte nationale Parlament, den Bund und die Kantone auf, schweizweit Familienergänzungsleistungen zur Verhinderung von Kinderarmut einzuführen. Der Bund soll ein entsprechendes Rahmengesetz erlassen (Medienmitteilung Caritas 2.12.2019).

Kantonale Ebene

- **1995, Canton de Genève** - Deux député-e-s demandent d'étudier l'opportunité d'introduire un revenu minimal d'aide sociale pour les familles défavorisées, working-poor ou non, garantissant une existence convenable à l'instar des prestations octroyées aux rentiers et rentières AVS et AI et aux chômeurs en fin de droits⁴⁰. Le Grand Conseil renvoie la motion à la Commission des affaires sociales (séance du 17.2.1995). La motion n'a pas de suites directes au parlement.
- **1997, Canton du Tessin** - Le Canton du Tessin introduit une prestation aux familles avec des enfants de moins de 15 ans selon les barèmes des PC AVS-AI. Cette prestation couvre les besoins vitaux de tous les membres de la famille nucléaire si elle comprend au moins un enfant de moins de 3 ans (assegno di prima infanzia API). Elle couvre les besoins vitaux uniquement des enfants de moins de 15 ans lorsque le cadet a 3 ans et plus (assegno integrativo AFI). Un revenu hypothétique est pris en compte uniquement pour les ménages biparentaux et dans le cadre de

⁴⁰ Motion M 975 déposée le 31 janvier 1995 par Gabrielle Maulini-Dreyfus (Groupe écologiste), Liliane Maury Pasquier (PS) et Philippe Schaller (PDC) concernant le revenu minimal d'aide sociale pour les familles.

l'API⁴¹.

- **2006, Kanton Obwalden** - Das Parlament lehnt 2006 einen Vorstoss ab.
- **2010, Kanton Solothurn** - Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. An der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wird eine Vorlage über die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien (FamEL) angenommen. Die Bestimmungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft und gelten vorerst bis 31. Dezember 2014. Sie werden per Grossrats-Beschluss vom 24.6.2014 um weitere drei Jahre verlängert (bis Ende 2017). Am 28.6.2016 beschliesst der Grosse Rat, die FamEL ab 1. Januar 2018 definitiv einzuführen (0068/2016). Es gelten folgende Anspruchsbedingungen: 2 Jahre ununterbrochener Wohnsitz im Kanton, mindestens 1 Kind unter 6 Jahren, Mindestbruttoerwerbseinkommen (Bsp. Einelternfamilie mit 1 Kind unter 3 Jahren: <7500 Franken/Jahr).
- **2010, Kanton Schaffhausen** - Im Kanton SH wird eine Motion der Grossrätin Franziska Brenn (SP) vom 14.6.2010 über Familienergänzungsleistungen (2010.5) im September 2010 abgeschrieben.
- **2011, Kanton Schwyz** - Eine Volksinitiative «Familien stärken – Ja zu Ergänzungsleistungen für Familien» scheitert im Jahr 2011.
- **2011, Kanton Graubünden** - Der Grossrat Tenchio (CVP) schlägt die Einführung von Familienergänzungsleistungen vor (Auftrag vom 15.6.2011). Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung; der Grosse Rat überweist den Auftrag nicht (55 zu 46 Stimmen, 19.10.2011).
- **2011, Canton de Vaud** - Au 1^{er} octobre 2011, le canton de Vaud introduit des PC Familles couvrant les besoins vitaux de toute la famille avec enfants de moins de 6 ans et des enfants entre 7 et 16 ans. Conditions d'accès: être domicilié dans le canton depuis au moins 3 ans et disposer d'un revenu inférieur au barème. La loi ne précise pas s'il s'agit d'un revenu du travail. Les PC Familles consistent en un montant mensuel qui se calque sur les PC fédérales, mais peut être inférieure de 15% pour des raisons budgétaires. Certains frais médicaux ainsi que des frais de garde peuvent être pris en charge.
 Les PC Familles sont proposées par le Conseiller d'État P.-Y. Maillard (PS) dans une nouvelle loi qui comprend également une rente-pont pour chômeurs et chômeuses âgées. Le Grand Conseil accepte la loi par 85 Oui et 56 Non. Un comité référendaire composé des milieux économiques et des partis de droite s'y oppose, précisant qu'il s'oppose aux seules PC Familles avec trois arguments: les PC Familles sont exportables à l'étranger, leur financement implique une nouvelle ponction sur ceux qui travaillent, c'est une incitation à profiter du système. En votation populaire référendaire du 15 mai 2011, la loi est acceptée par 61% des votant-e-s⁴². Elle entre en force le 1^{er} octobre 2011.
- **2012, Canton de Genève** - Fin 2009, le Conseil d'État propose l'introduction des prestations complémentaires pour les familles pauvres qui travaillent. Les PC

⁴¹ Legge sugli assegni di famiglia del 11 giugno 1996, Capitolo III, Assegno integrative, Capitolo IV, Assegno di prima infanzia, entrée en vigueur le 1.1.1997.

⁴² Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam) du 23 novembre 2010).

familles, accordées par analogie aux PC AVS-AI, correspondraient à un revenu minimum cantonal d'aide sociale pour les familles exerçant une activité lucrative d'au moins 40% (famille avec 1 adulte) et qui ont des enfants ou des jeunes en formation. La proposition consiste à élargir la loi sur les PC cantonales à ces familles⁴³.

Le Grand Conseil adopte la modification de la loi par 67 Oui, 11 Non et 12 Abstentions (11.2.2011). Avec l'élargissement aux familles, l'intitulé de la loi est modifié et devient : Loi sur les prestations complémentaires cantonales (LPCC). Elle entre en vigueur au 1^{er} novembre 2012.

- **2015, Kanton Luzern** - Am 27. November 2013 reichen die Grünen und Jungen Grünen eine Volksinitiative «Kinder fördern, Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» ein. Der RR empfiehlt Ablehnung (Botschaft B 133 vom 9.12.2014), ebenso der Grosse Rat. In der Volksabstimmung vom 15. November 2015 wird die Initiative deutlich abgelehnt.
- **2017, Kanton Zug** - Die Grossrätinnen Bettina Egler (SP) und Berty Zeiter (Alternative) reichen am 28.5.2009 eine Motion betreffend «Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache» (Vorlage 1833.1 - 13120) ein. Der Regierungsrat beantragt Umwandlung in ein Postulat und Annahme desselbigen (Bericht und Antrag des RR, 15.6.2010). Am 31.8.2017 schreibt der Rat das Postulat stillschweigend als erledigt ab.
- **2014 und 2018, Kanton Bern** - Im Kanton Bern gab es bisher zwei Versuche, Familienergänzungsleistungen einzuführen. Im Sommer 2012 reicht der Grossrat Daniel Steiner Brüttsch (EVP) eine Parlamentarische Initiative «Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien» (PI 147-2012, 7. Juni 2012) ein. Sie wird vom Grossen Rat in der Junisession 2014 aus finanziellen Gründen abgelehnt. Vier Jahre später fordern Grossrätinnen aus den Fraktionen der Grünen, der EVP und der SP Familienergänzungsleistungen mit einer Motion⁴⁴. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung «aus finanzpolitischen Gründen» (5.12.2018). Die Motion wird am 11. Juni 2019 zurückgezogen, um das Anliegen nicht zu gefährden im Rahmen der Arbeiten der Verwaltung an einem Bericht zur Umsetzung eines Familienkonzepts.
- **2018, Canton du Jura** - Le 14 avril 2016, le Parti chrétien-social indépendant dépose une initiative populaire «Prestations complémentaires pour les familles» qui sera validée de justesse (6 signatures de plus que le nombre exigé). Le gouvernement et la majorité du parlement opposent un contre-projet à l'initiative (renforcement des subsides pour les primes d'assurance-maladie). En votation populaire du 10 juin 2018, l'initiative est refusée par 53,3% des votant-e-s et le contre-projet accepté par 52%.
- **2007 und 2019, Kanton Zürich** - Im Jahr 2007 scheitert eine Volksinitiative «Chancen für Kinder». Mehr als zehn Jahre später reicht die Grossrätin Birgit Tognella (SP) eine parlamentarische Initiative «Gesetz über die kantonalen

⁴³ Conseil d'État, Projet de loi modifiant la loi sur les prestations cantonales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité (LPCC) J 7 15, PL10600 déposé le 24.11.2009.

⁴⁴ «Einkommensschwache Familien vor der Sozialhilfe bewahren und Ergänzungsleistungen ermöglichen!», Motion 136-2018, 2018 RRGR.399, eingereicht am 13.6.2018 von Andrea de Meuron (Grüne), Christine Schnegg (EVP) und Ursula Marti (SP).

Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen» (26/2018, 29.1.2018) ein. Der Kantonsrat unterstützt die Initiative in erster Lesung (Sitzung vom 7.1.2019) und überweist an die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit.

- **2009 bis 2017 und 2019, Kanton Aargau** - Am 23. Dezember 2009 reicht die SP eine Volksinitiative mit dem Titel «Chance für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut» ein. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung aus Gründen der Selbstverantwortung und der angespannten Finanzlage (Botschaft an den Grossen Rat 16.165 vom 29.6.2016). Auch der Grosse Rat lehnt das Anliegen ab (20.9.2016, mit 91 zu 36 Stimmen). Die Initiative wird in der Volksabstimmung verworfen (12. Februar 2017, 69,5% Nein-Stimmen).

Zwei Jahre nach der Volksabstimmung macht die CVP-Fraktion einen Vorstoss im Grossen Rat mittels einer Motion «Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien» (19.144, 14.5.2019). Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (14.8.2019) mit Bezug auf die Ablehnung der Volksinitiative von 2017 und weil seiner Ansicht nach Grundlageninformationen (Ausmass der Familienarmut, Kosten, usw.) fehlen. Der Grosse Rat überweist das Anliegen an den Regierungsrat als Postulat (5.11. 2019).

- **2009 und 2019, Kanton Basel-Land** – Der Grossrat Ruedi Brassel reicht im Namen der SP-Fraktion eine Motion ein mit dem Titel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2009-14928, Mai 2009). Der Grosse Rat überweist sie an den Regierungsrat (14.10.2010).

Sieben Jahre später kommt eine Volksinitiative zustande (17. Oktober 2017). Sie wird von einem Initiativkomitee (AvenirSocial, Alleinerziehende und kirchliche Organisationen, koordiniert von ATD-Vierte Welt und Caritas) lanciert, ist unformuliert und trägt den Titel «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen». Der Regierungsrat lehnt die Initiative ab, da sie zu früh komme, stellt ihr aber einen Gegenvorschlag gegenüber⁴⁵. Auch der Grosse Rat lehnt die Initiative ab (43 Nein, 28 Ja, 15 Enthaltungen, 4.4.2019) und nimmt den Gegenvorschlag an. In der Volksabstimmung vom 24. November 2019 wird die Initiative mit 59% Nein abgelehnt und der Gegenvorschlag mit 53% Ja angenommen (www.baselland-für-familien.ch/).

Während dieser Zeit reicht die Grossrätin Bianca Maag-Streit (SP) eine Motion ein mit dem Titel «Sozial gestalten: Kinder sind unsere Zukunft und dürfen keine Armutsfallen sein», in welcher sie Familienergänzungsleistungen fordert (2018/502, 26.4.2018). Der Regierungsrat beantragt Entgegennahme als Postulat (5.6.18). Am 29. November 2018 überweist der Grosse Rat den Vorstoss als Postulat.

- **2012 und 2019, Kanton Thurgau** - Eine Motion Wohlfender/Wälti (SP) wird im März 2012 nicht überwiesen. Sieben Jahre später verlangen die Grossräte Barbara Kern und Alex Granato (beide SP/Gewerkschaften) ein «Gesetz zu kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen» (Motion 16 MO 35 352, 24. April 2019). Der Grosse Rat lehnt die Motion mit 72 zu 45 Stimmen ab (26. August 2020) und folgt damit der Empfehlung des Regierungsrates.

⁴⁵ RR BL [20.11.2018]. Vorlage an den Landrat. Nichtformulierte Initiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen», 2018/954.

- **1994, 2012 und 2019, Kanton Basel-Stadt** - Zwei Vorstösse fordern die Einführung von Leistungen für Familien.
 - Die Grossrätin Rita Schiavi (BastA) fordert den Regierungsrat auf, eine «Ergänzende Kinderzulage» nach dem Modell des Kantons Tessin einzuführen (Anzug 94.8247, 21.4.1994). Der Grosse Rat nimmt die Motion an. Es folgen sieben Berichte und Beschlüsse, den Anzug stehen zu lassen (also nicht abzuschreiben).
 - Der Grossrat Beat Jans (SP) fordert, die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien zu prüfen, um sie zu entlasten (Anzug 10.5328.01, 8.12.2010). Der Grosse Rat nimmt den Anzug an (2.3.2011).

Der Regierungsrat beantwortet beide Vorstösse gleichzeitig und abschliessend. Er will das «Basler Modell» (zahlreiche bedarfsabhängige Leistungen) ausbauen und keine zusätzliche Sozialleistung einführen. Er schlägt vor, die Vorstösse als erledigt abzuschreiben⁴⁶. Sie werden am 27.6.2012 stillschweigend abgeschrieben.

Ein erneuter Vorstoss erfolgt sieben Jahre später, weiterhin ohne Erfolg. Der Grossrat Olivier Bolliger (Grünes Bündnis) schlägt die Einführung von EL für Familien vor (schriftliche Anfrage 19.5028.01, 17.1.2019). Der Regierungsrat antwortet erneut, dies sei nicht vereinbar mit dem Basler System zur sozialen Sicherung von Familien (Antwort des RR 17.4.2019). Dies nimmt der Grossrat zur Kenntnis (18.5.2019).

- **2008 à 2020, Canton de Neuchâtel** - Plusieurs démarches étalées dans le temps se succèdent. D'abord, en 2008, la députée Doris Angst (Les Verts) demande l'introduction de PC familles⁴⁷. Ensuite, en 2012, le Grand Conseil accepte une motion du groupe socialiste demandant l'introduction de «Prestations complémentaires pour les familles» (11.158, déposée le 24.5.2011). Enfin, en 2018, le Conseil d'État répond à ces deux interventions dans une unique réponse. Il propose de les classer et d'étudier l'introduction de PC non limitées aux familles, mais ouvertes à certains ménages bénéficiaires de l'aide sociale dans le cadre de sa réforme des prestations sociales⁴⁸. A fin 2020, les travaux quant à l'introduction d'une PC cantonale sont suspendus en attendant le déploiement du projet Raisoné (cf. Neuchâtel, 2018-2020, Projet Raisoné).

⁴⁶ RR Basel-Stadt, Ratschlag und Entwurf betreffend [...] Beantwortung der Anzüge Schiavi [...], Jans [...]. RR-Beschluss vom 18. April 2012.

⁴⁷ «Introduction d'un système de prestations complémentaires pour les familles à faible revenu en plus des allocations familiales», postulat 08.174, déposé le 3.9.2008.

⁴⁸ Conseil d'État, Rapport 18.034, 3.9.2018.

11 ÄLTERE ARBEITSLOSE, ÜBERBRÜCKUNGSRENTE

Seit einigen Jahren wird der Situation älterer Arbeitsloser besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Proportional und absolut nehmen ihre Zahl in der Sozialhilfe sowie die Bezugsdauer zu. Sowohl auf Bundes- als auf kantonaler Ebene mehren sich die Vorstösse, dieser Gruppe von Personen die Sozialhilfe zu «ersparen» und sie mit andern Leistungen zu unterstützen, da ihre Chancen auf berufliche Wiedereingliederung gering sind, ihre Altersvorsorge nicht gefährdet werden soll - und sie als «gute Arme» gelten.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler und kantonaler Ebene, jeweils chronologisch nach dem neusten Datum geordnet.

Nationale Ebene

- **2021, Schweiz, Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose (Prestation transitoire pour chômeurs et chômeuses âgées)** - Im Rahmen der Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials beschliesst der Bundesrat am 15. Mai 2019 die Einführung einer Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose über 60 Jahren basierend auf den Vorschriften der Ergänzungsleistungen, um ihnen die Sozialhilfe zu ersparen. Am 30. Oktober 2019 legt er seine Botschaft und Gesetzesentwurf vor⁴⁹. Folgende Voraussetzungen sind vorgesehen: Aussteuerung nach 60 Jahren, also Arbeitsverlust ab 58 Jahren; mindestens 20 Jahre AHV-Beiträge mit minimalem jährlichem Erwerbseinkommen von 21'330 CHF; Reinvermögen unter 100'000 CHF (Alleinstehende); die Pauschale für den Lebensbedarf ist um 25% höher als in den EL, also aktuell 24'310 CHF, da Krankheitskosten inbegriffen sind; die Leistung beträgt maximal das Dreifache des; Lebensbedarfs der EL (aktuell 58'350 CHF) zwecks Anreiz zu Arbeitssuche (Medienmitteilung Bundesrat 30.10.2019).

AvenirSocial begrüsst den Vorschlag mit drei Kritikpunkten und Vorschlägen: Zugangsalter zu hoch, Kriterien für den Bezug zu eng, Carearbeit nicht anerkannt (AvenirSocial, Vernehmlassungsantwort 24.9.2019).

Am 19. Juni 2020 nimmt die Bundesversammlung das Gesetz an, allerdings mit Leistungen unter jenen der Bundesratsbotschaft: Zugang nur für Personen, die mit 60 oder mehr Jahren ausgesteuert werden, Reinvermögen für Alleinstehende unter der Hälfte der Ergänzungsleistungen (50'000 CHF).

Ein Komitee von SVP-nahen Personen vorwiegend aus der Deutschschweiz ergreift das Referendum unter dem Titel «Nein zur Entlassungs-Rente». Dieses kommt allerdings nicht zustande. Die Überbrückungsrente tritt per 1. Januar 2021 in Kraft.

Kantonale Ebene

- **2011, Canton de Vaud** - Au 1^{er} octobre 2011, le canton de Vaud introduit une rente-pont pour les chômeurs en fin ou sans droits de 62/63 ans (60/61 pour les personnes

⁴⁹ Entwurf Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose UeLG.

remplissant les conditions du revenu d'insertion), domiciliés dans le canton depuis 3 ans au moins et qui remplissent les critères d'accès aux PC. La rente-pont correspond aux PC AVS-AI et inclut certains frais médicaux.

La rente-pont est proposée par le Conseiller d'État Pierre-Yves Maillard (PS) dans une loi comprenant également des PC Familles. Le Grand Conseil accepte la loi par 85 Oui et 56 Non. Un comité référendaire composé des milieux économiques et des partis de droite s'y oppose, précisant qu'il s'oppose aux seules PC Familles. En votation populaire référendaire du 15 mai 2011, la loi est acceptée par 61% des votant-e-s⁵⁰. Elle entre en force le 1^{er} octobre 2011.

- **2018, Kanton Basel-Stadt** - Der Grossrat Georg Mattmüller (SP) reicht einen Anzug ein mit dem Titel «Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose», in welchem er den Regierungsrat auffordert, die Frage zu prüfen (18.5240.01, 12.9.2018). Der Grosse Rat überweist den Anzug an den Regierungsrat mit 72 gegen 17 Stimmen (24.10.2018).
- **2019, Kanton Basel-Land** - Am 28.2.2019 reicht die Grossrätin Miriam Locher (SP) ein Postulat ein (2019/192), mit dem sie den Regierungsrat auffordert, eine Überbrückungsrente zu prüfen. Entgegen der Empfehlung des Regierungsrates, den Vorstoss abzulehnen, überweist ihn der Grosse Rat (Sitzung 12.9.2019).
- **2019, Canton de Genève** - Plusieurs propositions se succèdent.
 - Le 27 novembre 2017, des député-e-s (PS, Ensemble à Gauche, divers) déposent une motion M 2440 intitulée «Pour la création d'une rente-pont en faveur de personnes proches de l'âge de la retraite ayant épuisé leur droit aux indemnités de chômage», par laquelle ils et elles demandent l'introduction d'une rente-pont sur le modèle vaudois. Le Grand Conseil renvoie la motion à la commission des affaires sociales (14.12.2017).
 - Le 24 janvier 2018, le Conseil d'État dépose un projet de loi⁵¹. Il prévoit la création a) d'une allocation cantonale complémentaire pour chômeurs de 50 ans et plus correspondant à 40% du salaire mensuel brut déterminant ; et b) d'une allocation-pont pour les chômeurs en fin de droit de 61/62 ans durant 18 mois au maximum ; elle est calculée sur la base de la dernière indemnité journalière.
 - Ces deux objets (M 2440 et PL 12262) sont traités conjointement par la Commission des affaires sociales. Elle dépose son rapport le 11 février 2019 (PL 12262-A et M 2440-A). Le Grand Conseil rejette le projet de loi et accepte la motion (7.11.2019).

Parallèlement aux travaux de la commission, Ensemble à Gauche dépose un projet de loi qui demande l'introduction d'une rente-pont selon le modèle vaudois mais dès l'âge de 57 ans⁵². Ce PL prend le contre-pied du PL du Conseil d'État et fait suite à la motion M 2440. En date du 12 septembre 2019, il est renvoyé à la commission des affaires sociales où il est toujours en suspens (état au 30.12.2020).

⁵⁰ Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam) du 23 novembre 2010.

⁵¹ Projet de loi modifiant la loi en matière de chômage (Allocation cantonale complémentaire – allocation-pont), PL 12262.

⁵² Projet de loi modifiant la loi sur les prestations complémentaires cantonales (Pour l'introduction d'une rente-pont en faveur des personnes proches de l'âge de la retraite), PL 12567, déposé le 27.8.2019.

12 MINDESTLOHN

In der Schweiz werden die Löhne grundsätzlich von den Arbeitgebern festgelegt, wo vorhanden im Rahmen von Gesamt- oder Normalarbeitsverträgen und weiteren Branchenabkommen bzw. Gesetzen und Reglementen. Tiefe Löhne sind eine wesentliche Ursache von Armut (working poor) und daher von Sozialhilfebezug: 2020 sind rund ein Viertel der Sozialhilfebeziehenden in Erwerbsarbeit tätig.

In den letzten vier Jahren haben vier Kantone einen Mindestlohn eingeführt: Neuenburg 2017, Jura 2018, Tessin 2019, Genf 2020. In mehreren Kantonen wurden Vorstösse abgelehnt oder sind hängig.

Nachfolgend die Vorstösse und Entscheide in Sachen Mindestlohn auf nationaler sowie auf kantonaler und kommunaler Ebene soweit sie uns bekannt sind, jeweils in chronologischer Reihenfolge gemäss dem neusten Datum.

Nationale Ebene

- **2014, Schweiz, Nein zu einem Mindestlohn** - Am 23. Januar 2012 reicht der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB eine Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohninitiative)» ein. Sie schlägt neue Verfassungsartikel 110a und 197 Ziffer 8 vor für einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 22 Franken, was einem Monatslohn von 4000 Franken entspricht. In der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 wird die Initiative von 76,3% der Abstimmenden und allen Kantonen verworfen. Die besten Resultate erzielt sie in den Kantonen BS mit 37,7%, JU 35,9%, GE 34,0%, TI 32,0% und NE 31,9% Ja-Stimmen.

Kantonale und kommunale Ebene

- **2014, Canton du Valais, Non à un salaire minimum** - En 2008, le Parti chrétien-social valaisan (PCS, renommé Centre Gauche-PCS Valais en 2014) lance une initiative populaire cantonale «Pour un salaire minimum légal» de 3500 CHF. En votation du 18 mai 2014, l'initiative est fusée par 80,7% des votants.
- **2017, Canton de Neuchâtel, Introduction d'un salaire minimum** - Le 27 novembre 2011, la population neuchâteloise introduit, par 54,6%, le principe d'un salaire minimum dans la Constitution cantonale «afin que toute personne exerçant une activité salariée puisse disposer d'un salaire lui garantissant des conditions de vie décentes» (art. 34a). Plusieurs personnes, entreprises et associations patronales forment recours auprès du Tribunal fédéral contre la loi d'application, qui prévoit un salaire horaire de 20 francs, et obtiennent l'effet suspensif. Le 21 juillet 2017, le Tribunal fédéral estime que le salaire minimum permet de «garantir à tout salarié des conditions de vie décentes, à l'abri du recours à l'aide sociale, et ainsi de lutter contre la pauvreté». Le salaire minimum «ne relève pas de la politique économique mais sociale, et n'est donc pas contraire au principe de la liberté économique» (143|403, 2C_774/2014). Ainsi, le salaire minimum entre en vigueur au 4 août 2017.

- **2018, Kanton St.Gallen, Nein zu einem Mindestlohn** - Am 23. April 2018 reicht die Fraktion SP-Grüne eine Motion «Armut trotz Arbeit verhindern - Einführung eines Mindestlohns im Kanton St.Gallen» ein (42.18.06). Die Motion verlangt eine Gesetzesgrundlage analog zu jener im Kanton Neuenburg für einen Mindestlohn mit sozialpolitischem Ziel in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen. In seiner Sitzung vom 13. Juni 2018 beschliesst der Grosse Rat Nichteintreten.
- **2018, Canton du Jura, Introduction d'un salaire minimum** - La Constitution jurassienne dispose, depuis son origine en 1977, que chaque travailleur a droit à un salaire qui lui assure un niveau de vie décent (art. 19 al. 3). Le 14 octobre 2009, la Jeunesse socialiste et progressiste (JSPJ) dépose une initiative populaire cantonale «Un Jura aux salaires décents» qui demande au parlement d'instaurer une base légale pour un salaire minimum chiffré, conformément au salaire national médian. Le Grand Conseil jurassien décide de ne pas donner suite à l'initiative (séance du 26.9.2012). Or, en votation populaire du 3 mars 2012, elle est acceptée par 54,2% des votant-e-s. Le 19 février 2015, le Gouvernement dépose un projet de loi pour un salaire horaire minimum de nature sociale de 19,25 CHF (niveau des PC pour une personne seule). Mais le Grand Conseil refuse l'entrée en matière sur le projet⁵³. S'en suit une bataille juridique: la Cour constitutionnelle jurassienne, saisie par deux députés, annule le refus du Grand Conseil et lui impose d'accepter des dispositions légales concernant un salaire minimum. Six députés (PDC, PLR, UDC) déposent alors un recours au TF contre la décision de la Cour constitutionnelle (4.10.2016), recours qui sera déclaré irrecevable. Finalement, le 22.10.2017, le Grand Conseil adopte la Loi sur le salaire minimum cantonal qui prévoit un salaire brut minimum de 20 CHF. Elle entre en vigueur au 1^{er} février 2018 et doit être appliquée dès le 1^{er} février 2020.
- **2018, Kanton Bern, Nein zu einem Mindestlohn** - Die Grossrätinnen Natalie Imboden (Grüne) und Béatrice Stucki (SP) fordern die Regierung auf, ein Gesetz auszuarbeiten in Anlehnung an die EL⁵⁴. Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (12.6.2018).
- **2019, Kanton Basel-Stadt, Initiative für einen Mindestlohn** - Am 22. Februar 2019 reicht der Verein Kantonaler Mindestlohn (bestehend aus rund 12 Gewerkschaften, linken und grünen Parteien) eine kantonale Volksinitiative für einen Mindestlohn ein. Ein Stundenlohn von 23 Franken soll vor Armut trotz Erwerbstätigkeit schützen (www.mindestlohn-basel.ch). Die Regierung legt einen Gegenvorschlag mit einem Mindestlohn von 21 Franken vor. Das Parlament hat noch nicht Stellung bezogen (Stand November 2020).
- **2019, Canton de Fribourg, Non à un salaire minimum** - Le 20 juin 2018, Xavier Ganioz (PS) et Benoît Rey (Parti chrétien-social) déposent une motion «Loi sur le salaire minimum» (2018-GC-98) par laquelle ils demandent au Gouvernement d'instaurer un salaire minimum dans le canton de 22 francs de l'heure. Le Grand Conseil refuse la motion dans sa séance du 5 février 2019.
- **2015 bis 2019, Kanton Tessin, Ja zu einem Mindestlohn** - Eine von den Grünen Tessin lancierte kantonale Volksinitiative «Salviamo il lavoro in Ticino» schlägt

⁵³ Séance du 9.9.2015 par 30 voix contre 29; séance du 27.4.2016 par 33 contre 26.

⁵⁴ «Armut trotz Arbeit verhindern: Einführung eines Mindestlohnes im Kanton Bern», Motion 2017.RRGR.638, 23.10.2017.

einen Artikel 13 in der Kantonsverfassung vor, demgemäss jede Person Anspruch auf einen Mindestlohn hat, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Die Initiative wird am 14. Juni 2015 von 54.7% der Abstimmenden angenommen. Die Regierung legt alsdann einen Gesetzesentwurf vor für einen Mindestlohn zwischen 3372 und 3462 Franken je nach Wirtschaftszweig und mit der Perspektive einer sukzessiven Erhöhung, was einem Stundenlohn zwischen 18,75 und 19,25 Franken entspricht (Messaggio 7452 del 8.11.2017). Die Grünen finden den Betrag ungenügend, da er Armut nicht verhindere. Am 26.11.2019 legt die parlamentarische Kommission ihren Bericht vor⁵⁵. Am 9.12.2019 stimmt das Kantonsparlament der Vorlage mit 45 Ja, 30 Nein und 1 Enthaltung zu.

- **2011 et 2020, Canton de Genève, Introduction d'un salaire minimum** - En septembre 2008, le mouvement SolidaritéS dépose une initiative populaire cantonale 142 «Pour le droit à un salaire minimum». L'initiative demande l'institution d'un salaire minimum «afin que toute personne exerçant une activité salariée puisse disposer d'un salaire lui garantissant des conditions de vie décentes» (nouvel article constitutionnel 10b). L'initiative préconise un salaire mensuel de 4000 francs. En votation populaire du 27 novembre 2011, l'initiative est rejetée par 54,2% des votant-e-s.

Une nouvelle démarche est entreprise quelques années plus tard: la Communauté genevoise d'action syndicale dépose une initiative populaire cantonale «23 frs, c'est un minimum» (IN 173, déposé le 18 juin 2018) et demande d'instituer «un salaire minimum afin de combattre la pauvreté, de favoriser l'intégration sociale et de contribuer ainsi au respect de la dignité humaine». L'initiative prévoit un salaire horaire de 23 francs. En votation populaire du 27 septembre 2020, elle est acceptée par 58% des votant-e-s. La loi entre en vigueur au 1^{er} novembre 2020 et le salaire sera indexé à 23.30 dès le 1.1.2021. Deux recours contre les modalités d'application sont déposés, l'un par les syndicats qui contestent la non-adaptation des salaires dans certains secteurs et demandent l'indexation dès 2018 ; l'autre par 5 associations patronales qui demandent de reporter l'entrée en vigueur au 1.2.2021.

- **2011, Canton de Vaud, Non à un salaire minimum et motion en 2020** - En 2008, plusieurs organisation vaudoises⁵⁶ lancent une initiative populaire cantonale «Pour le droit à un salaire minimum». L'initiative propose un nouvel alinéa de l'article 58 de la Constitution cantonale demandant l'instaurant d'un salaire minimum cantonal. En votation du 15 mai 2011, l'initiative est refusée par 51.11% des votant-e-s.

Se référant à la récente acceptation d'un salaire minimum à Genève, Hadrien Buclin (solidaritéS) dépose une motion demandant un même salaire minimum dans le canton de Vaud, ceci par une modification de la Loi sur l'emploi⁵⁷.

- **2020, Städte Zürich, Kloten und Winterthur, Initiativen für einen Mindestlohn** - In diesen drei Städten lanciert Ende Juni 2020 ein Bündnis von Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerken je eine identische kommunale Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben», welche einen Stundenlohn von 23 Franken oder ein Monatseinkommen von 4000 Franken verlangt. Am 10. November 2020 werden alle drei Initiativen eingereicht (www.einlohnzumleben.ch).

⁵⁵ Rapporto 7452 R, nouova Legge sul salario minimo.

⁵⁶ ATTAC Vaud, Comédia Suisse- romande, POP & Gauche en mouvement, SolidaritéS Vaud/A Gauche Toutel, Syndicat SUD.

⁵⁷ Motion 20_Mot_11, déposée le 3.11.2020.

13 CORONAKRISE 2020

Ab Anfang 2020 erkrankten auch in der Schweiz viele Menschen am neuen Coronavirus. Zum Schutz der Bevölkerung vor Covid-19 erklärt der Bundesrat aufgrund des Epidemiengesetzes per Notrecht zuerst eine «besondere Lage» (situation particulière) (28. Februar 2020), ab dem 16. März 2020 dann eine «ausserordentliche Lage» (situation extraordinaire, état de nécessité) mit weitgehendem Lockdown. Ab dem 27. April 2020 lockert der Bundesrat die Massnahmen etappenweise und ab dem 19. Juni gilt wieder die besondere Lage. Ab Herbst 2020 steigen die Corona-Fallzahlen wieder sehr stark an («zweite Welle»). Es obliegt wieder den Kantonen, Massnahmen zu ergreifen. Diese fallen höchst unterschiedlich aus. Ab November 2020 bemüht sich der Bund, erneute Massnahmen in Absprache mit den Kantonen zu entscheiden und zu koordinieren.

Bund, Kantone und Gemeinden sprechen vielfache Hilfen in Milliardenhöhe für die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise, dies im Rahmen der Arbeitslosen- und der Erwerbsersatzversicherung, in Form von Krediten und weiteren Rettungspaketen für Unternehmen und bestimmte Bereiche.

Auch die Sozialhilfe ergreift Massnahmen. Es fällt jedoch auf, dass die Institutionen der Sozialhilfe zwar kurzfristig gewisse kleine Erleichterungen empfehlen, die ohnehin der besonderen Lage gehorchen (Sistierung von Massnahmen, vorläufige Unterstützung auch ohne komplette Abklärungen), dass die Sozialhilfe aber weit von einer «schnellen und unbürokratischen Hilfe» entfernt bleibt, wie dies für die Bundesmilliarden an KMU gehandhabt wird. Unseres Wissens werden die Budgets der Sozialhilfe nirgends aufgestockt, aber vielerorts öffentliche Gelder an Wohltätigkeitsorganisationen gesprochen, die Lebensmittelpakete verteilen, punktuelle Geldleistungen gewähren und Notschlafstellen einrichten.

Hier die uns bekannten Vorstösse auf nationaler Ebene, die Empfehlungen der SKOS, einige Massnahmen auf kantonaler und Gemeindeebene als Beispiele sowie einige politische Forderungen.

Nationale Ebene

- **Keine Nachteile für sozialhilfebeziehende Ausländer*innen** - Das SEM gibt Weisungen zur Umsetzung der COVID-19-Verordnung 2 im Ausländerbereich heraus. In der ersten Version steht: «Die Kantone sind daher gehalten, ihren Ermessensspielraum bei der Verlängerung von Fristen angemessen sowie bei der materiellen Beurteilung von Gesuchen und Bewilligungen auszuschöpfen. Im Ergebnis sollen den Betroffenen infolge der Pandemiesituation keine zusätzlichen Nachteile entstehen» (Version 13. März 2020). Die Version vom 16. April fügt folgendes an: «Hinsichtlich des Kriteriums der Sozialhilfeabhängigkeit ist zu berücksichtigen, ob diese durch die Pandemiesituation und ihrer Folgen eingetreten

ist bzw. verlängert worden ist»⁵⁸. Das SEM verweist ausserdem auf das Verhältnismässigkeitsprinzip bei der Beurteilung einer Sozialhilfeabhängigkeit, das weiterhin Gültigkeit hat⁵⁹.

Diese Empfehlung wird vom Kanton Genf übernommen. «L'Office cantonal de la population et des migrations (OCPM) applique les directives du SEM et tiendra compte, comme le recommande l'autorité fédérale, des circonstances spécifiques de la pandémie dans l'examen des dossiers. Dans le respect des directives du SEM, le Conseil d'État tient à souligner que les personnes qui, temporairement, font appel aux prestations d'aide sociale pendant et à cause de la crise sanitaire du COVID-19 ne subiront pas de préjudice, à ce titre, au niveau de l'obtention ou du renouvellement de leur titre de séjour»⁶⁰.

- **National- und Ständerat, Neue Hilfen für Papierlose gefordert** - Am 6. Mai 2020 reichen der Nationalrat Benjamin Roduit (CVP) und die Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider (PS) je eine identische Motion mit dem Titel «Prendre en considération la situation des personnes sans statut» ein (NR 20.3446; SR 20.3420). Sie verlangen Hilfen in Krisensituationen für Personen ohne Zugang zu den ordentlichen Hilfsmassnahmen der ALV, der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens.

Empfehlungen und Vorstösse der SKOS

- **Merkblätter der SKOS** - Am 20. März 2020 publiziert die SKOS ein erstes Merkblatt im Kontext der ausserordentlichen Lage. Es wird in der Folge mehrmals angepasst. Die SKOS erwartet einen starken Ansturm auf die Sozialhilfe. Die wesentlichen sozialhilfespezifischen Elemente im Merkblatt vom 20. März 2020 sind folgende:
 - Beratungsgespräche sind auszusetzen oder dann auf eine kurze Zeit zu begrenzen (15 Minuten) ausser in begründeten Ausnahmen;
 - Sitzungen sind zu reduzieren, z.B. indem vorübergehend bestimmte Entscheidungsbefugnisse der Sozialbehörden an Sozialdienste delegiert werden;
 - Die Existenzsicherung ist als zentral zu betrachten, während Massnahmen für Bildung und Integration vorübergehend in den Hintergrund treten. Oft können Massnahmen nicht mehr stattfinden;
 - Die Mitwirkungspflicht (Subsidiaritätsprinzip) kann nicht im üblichen Ausmass verlangt werden. Auskunftspflicht und Meldepflichten betreffend die persönliche und finanzielle Situation gelten weiterhin, ebenso die Pflichten zur Minderung der Bedürftigkeit soweit möglich;
 - Die Verhältnismässigkeit in Sachen Auflagen, Massnahmen, Sanktionen, Rückerstattung muss neu geprüft werden;
 - Bildungs- und Integrationsmassnahmen sind «vielfach nicht mehr durchführbar und in diesen Fällen zu sistieren». Die Teilnahme ist «nicht mehr ohne weiteres

⁵⁸ SEM, Weisung Nr. 323.7-5040/3, Umsetzung der Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2) sowie zum Vorgehen bezüglich Ein- /Ausreise in/aus der Schweiz, 16.04.2020, Ziffer 3.3 « Fristen ».

⁵⁹ Weisungen AIG, Oktober 2013; siehe dazu Kapitel Ausländer*innen, 2008.

⁶⁰ Conseil d'État, Genève, Covid-19, nomination et condoléances, Aide sociale et application de la LEI. Communiqué de presse 23.4.2020.

verpflichtend». « Wenn die Arbeitsplätze weiterbestehen und eine Teilnahme für die verpflichtete Person unter Würdigung der gesamten Umstände zumutbar ist, bleibt die Auflage verpflichtend»;

- Vertraglich vereinbarte Beträge (Taglohn, Integrationszulagen, Einkommensfreibetrag) müssen in jedem Fall weiterhin bezahlt werden wie wenn die Massnahmen stattfänden;
- Unterstützung darf nicht (teil-)eingestellt werden, wenn eine Arbeit nicht angenommen oder Drittansprüche nicht geltend gemacht werden können;
- Fristen müssen verlängert werden;
- Sozialhilfe muss rechtzeitig erbracht werden. Unaufschiebbarer wirtschaftlicher Hilfe muss in dringenden Fällen (allenfalls bevorschussend) sofort geleistet werden, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Sozialhilfeanspruch besteht, auch wenn die Verhältnisse noch nicht vollständig abgeklärt sind;
- Selbständigerwerbende haben Anspruch auf Sozialhilfe als unterstes Netz der Existenzsicherung mittels Rückerstattungsverpflichtung und Abtretung allfälliger staatlicher Entschädigungen oder Versicherungsleistungen.

Spätere Merkblätter erwähnen u.a. folgende Aspekte:

- Ausländer*innen, die wegen Corona Sozialhilfe beziehen, sollen daraus keine Nachteile erwachsen. Bei der Meldung des Sozialhilfebezugs soll darauf hingewiesen werden, dass dieser während der Corona-Krise erfolgte (Merkblatt 9.4.2020) (siehe weiter unten «Keine Nachteile...»);
- Ab 1. Juni 2020 sollen Einkommensfreibetrag und Integrationszulage wieder nur dann ausbezahlt werden, wenn sie effektiv geleistet wurden, ausser behördliche Entscheide verunmöglichen eine Teilnahme an Integrationsprogrammen (Merkblatt 29.5.2020);
- Das Prinzip der Verhältnismässigkeit soll bei Auflagen zur Arbeitssuche respektiert werden, obwohl: «Anders als im Rahmen der Arbeitslosenversicherung sollen Auflagen der Sozialhilfe zur Stellensuche resp. zum Nachweis von Arbeitsbemühungen nicht pauschal sistiert werden». Der französische Text sagt das Gegenteil aus (Merkblatt 29.5.2020). Später wird empfohlen, die Personen schriftlich über eine allfällige Sistierung der Auflagen zu informieren, wenn diese nicht mehr verhältnismässig oder nicht mehr realisierbar ist (Merkblatt 23.10.2020);
- Die besonderen Empfehlungen betreffend vereinfachter Anspruchsprüfung und Sicherheitsmassnahmen sind aufgehoben (Merkblatt 29.5.2020);
- Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen aufgrund der Corona-Krise: wie üblich soll eine Rückerstattung nur dann verlangt werden, wenn die Person in günstige finanzielle Verhältnisse gelangt und zwar mit einer grosszügigen Einkommensgrenze, zeitlich befristet und unter Inanspruchnahme des Ermessensspielraums (Merkblatt 29.5.2020);
- Kosten für Schutzmasken sollen als grundversorgende situationsbedingte Leistungen übernommen (Merkblatt 3. Juli) oder gratis abgegeben werden (Merkblatt 20.10.2020);

- Die SKOS erinnert daran, dass alle Corona-Unterstützungen der Sozialhilfe vorgelagert sind, und dass bei Selbständigen nur die Grundsicherung (und keine Betriebskosten) geleistet werden soll (Merkblätter 20.4.2020, 29.5.2020, 20.10.2020).
- **Keine Nachteile für sozialhilfebeziehende Ausländer*innen** - Per Schreiben vom 14. April 2020 wendet sich die SKOS an die Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden VKM im Sinne der Empfehlung des SEM (siehe oben) und empfiehlt den Sozialhilfebehörden, bei der Meldung des Sozialhilfebezugs darauf hinzuweisen, dass dieser während der Corona-Krise erfolgt und also nicht «selbstverschuldet» ist. Der Präsident der VKM leitet das Schreiben der SKOS an die Mitglieder der VKM weiter (Mail vom 14. April 2020).
- **Szenarien betr. Zunahme von Sozialhilfefällen** - Am 19. Mai 2020 publiziert die SKOS eine Einschätzung von drei möglichen Entwicklungen der Fallzahlen infolge der Coronakrise unter dem Titel «Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe». Ausgehend von den Fallzahlen von 2018 geht ein optimistisches Szenario bis ins Jahr 2022 von 53'000 zusätzlichen Sozialhilfebeziehenden, ein mittleres («Referenzszenario») von 77'000 und ein pessimistisches von 100'000 zusätzlichen Sozialhilfebeziehenden aus. Dies entspricht, je nach Szenario, einer Zunahme um 19%, 28% bzw. 37% und einer Sozialhilfe-Quote von 3,7%, 4,0% bzw. 4,3% (2019: 3,2%) (SKOS 2020a).
- **SKOS-Fallzahlenmonitoring** - Um schnell über Angaben zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die Sozialhilfe zu verfügen, führt die SKOS ab Mai 2020 ein Monitoring zur Fallzahlenentwicklung aufgrund Angaben eines Teils der Sozialdienste durch; die Daten sind deshalb nur beschränkt repräsentativ. In den ersten Monaten nehmen die Fallzahlen leicht zu verglichen mit dem Durchschnittsmonat 2019, ab Mai 2020 hingegen nehmen sie bereits wieder leicht ab. Schon Ende August (und bis Ende November 2020, letzte verfügbare Angaben) stellt das Monitoring «eher überraschend» eine Abnahme praktisch auf das Niveau des Durchschnittsmonats 2019 fest sowie stetige Rückgänge im Vergleich zum jeweiligen Vormonat, z.B. -1,8 Prozentpunkte im August, -0,5 Prozentpunkte im Oktober. «Somit bewegen sich die Fallzahlen bisher in allen Regionen deutlich unter dem Anstieg, den die SKOS für Ende 2020 erwartet hatte (+14.1% gegenüber 2018)» (SKOS 2020b).

Kantonale und kommunale Ebene

- **Kantone, Abgabe von Schutzmasken** - Mehrere Kantone und Gemeinden geben Schutzmasken ab bzw. vergüten die Kosten für Sozialhilfebeziehende und manchmal weitere Gruppen: Le canton du Jura remet gratuitement des masques de protection aux bénéficiaires du subsidie complet de l'assurance maladie. Les personnes seront informées directement quant à la marche à suivre. Le canton de Vaud remet 1 boîte de 50 masques pour un mois aux bénéficiaires de prestations sociales via les services d'aide à domicile où il faut se rendre muni de la dernière décision d'octroi. «Nous ne pouvons pas risquer que des personnes renoncent au masque ou l'utilisent de manière inadéquate pour des raisons financières», explique Rebecca Ruiz, la cheffe du Département de la santé et de l'action sociale» (Etat de Vaud, Communiqué de presse, 16 juillet 2020).

- **Stadt Basel, Keine Erleichterungen** - Die Webseite der Sozialhilfe Basel (12.6.2020) gibt auf der Startseite Informationen zu «Vorsprachen während der Coronakrise»: alle Vorsprachen werden telefonisch durchgeführt; nicht unangemeldet vorbeikommen; «rufen Sie direkt Ihre zuständige Person an»; «Bitte beachten Sie, dass Ihre Ansprechperson vielleicht nicht am Arbeitsplatz sein kann und es zu Wartezeiten in der Vertretung kommt oder sich Wartezeiten bei Anrufen an unsere Hauszentrale ergeben. Wir bitten Sie hierfür um Ihr Verständnis». Ein weiteres Fenster auf der Startseite verweist auf den «Antrag auf Unterstützung während der Coronakrise». Dieser besagt folgendes: Anmeldungen werden nur schriftlich entgegengenommen; ein Sozialleistungsrechner erlaubt eine selbst durchgeführte Anspruchsberechnung in 20 Minuten; Liste der zwingend nötigen Dokumente (Kopien von ID, Mietvertrag, Krankenkassenpolice und aktueller Einzahlungsschein, Kontoauszüge der letzten beiden Monate und aktueller Kontostand, einkommens- und vermögensrelevante Unterlagen sofern vorhanden).
- **Canton de Fribourg, Aides aux plus démunis** - Le Conseil d'État fribourgeois engage un nouveau train de mesures d'urgence qui comprend, entre autres, «des aides aux plus démunis» car, écrit-il, «il émerge actuellement une catégorie de population nouvellement précarisée. Cette population rechigne souvent à avoir recours à l'aide sociale et est encline à se tourner vers les autres réseaux d'aide existants. C'est donc vers ces réseaux que se tourne la nouvelle aide du Gouvernement. Le Conseil d'État veut ainsi renforcer le partenariat avec les institutions et réseaux d'entraide, afin d'assurer une aide directe et l'orientation des personnes concernées vers les aides adéquates»⁶¹.
- **Canton de Genève, Hospice général, informations minimalistes** - Le 9.4.2020, le site de l'HG contient ces seules indications en matière de Covid-19 : aucun paiement ne sera bloqué, même à cause de documents manquants ; les prestations seront délivrées dans les délais habituels ; les nouvelles demandes d'indépendants nécessitent de longs entretiens.

Le 22.5.2020, la page d'accueil du site de l'HG présente une fenêtre «Covid-19, Êtes-vous dans le besoin?» avec ces précisions: «N'hésitez pas à nous contacter! Nous pouvons évaluer rapidement votre droit à une aide financière de base avec un minimum de renseignements et documents». Il est noté que l'octroi d'une aide sociale durant la crise sanitaire n'entraînera pas de préjudice quant au titre de séjour. Les principaux documents à fournir sont, en plus d'un papier d'identité ou permis de séjour, les copies des derniers revenus ainsi que les décomptes bancaires des trois derniers mois.

- **Canton de Genève, Charité privée** - Le 18.4.2020, l'association *Caravane de la Solidarité* organise une première distribution de quelques centaines de colis alimentaires et biens de première nécessité. Ne disposant pas d'autorisation, la police confisque le matériel et arrête l'une des membres. Par la suite, tous les samedis, aux Vernets (caserne désaffectée et patinoire), un nombre croissant de colis se distribue. L'action est coordonnée par la *Ville de Genève* et comprend plusieurs organisations dont notamment les *Colis du cœur* et la *Fondation Partage – Banque alimentaire genevoise*; elle engage de nombreux bénévoles. Les biens distribués sont donnés par des particuliers et des entreprises. Lors de la première

⁶¹ COVID-19 : le canton de Fribourg complète l'arsenal de ses mesures d'urgence. Conseil d'Etat fribourgeois, 5.6.2020.

distribution aux Vernets, le 2.5.2020, 1500 colis d'une valeur de 20 francs sont distribués à des personnes qui forment une queue de plusieurs centaines de mètres et attendent 3 heures (Le Courrier, 4.5.2020). Les images scandalisent et l'action est fortement médiatisée tant en Suisse qu'à l'étranger. Lors de la dernière distribution aux Vernets, le 6 juin, 3100 colis et 500 bons d'achat sont distribués. Lors des 6 distributions entre le 2 mai et le 6 juin 2020, un total de 16'000 colis a été distribué, tandis que les inscriptions aux Colis du cœur ont triplé pour atteindre le nombre de 14'000. Les points de distribution alimentaires habituels passent, à la mi-mars, à la distribution de bons d'achat par mesure de protection des bénévoles et des bénéficiaires (limiter contacts physiques) et pour cause d'absence d'inventés des supermarchés. Dès la mi-juin et pour trois mois, les distributions sont décentralisées et mieux coordonnées entre les associations, les communes et le Canton⁶².

Obtenir un coli alimentaire n'est pas démarche spontanée mais exige une inscription aux Colis du cœur. Pour ce faire, il faut remplir un formulaire, démontrer que l'on réside dans le canton de Genève et présenter une pièce d'identité. Ces documents sont à présenter à un service social agréé qui délivre un bon d'octroi si le besoin est avéré. Durant le semi-confinement, des bons d'achat sont envoyés par la poste (carte d'achat hebdomadaire dans un magasin d'alimentation d'un montant indicatif de 50 francs pour une personne seule ou 120 francs pour un ménage de 4 personnes)⁶³.

Le 4 juin 2020, le *Grand Conseil genevois* accorde un soutien financier de 5 millions à la Fondation Partage – Banque alimentaire afin de compléter les colis alimentaires.

Les distributions alimentaires font l'objet d'une *exposition* financée par la Caravane de la Solidarité et soutenue par la Ville de Genève au Parc des Bastions durant les mois de juillet et août 2020. Le titre fait référence au nombre de colis distribués, «1612colis, la solidarité s'expose aux Bastions». L'exposition vise «un hommage aux bénéficiaires, donateurs et bénévoles [...]». L'objectif de cette exposition est d'enrichir le débat par la mise en lumière de cette précarité cachée. La volonté est de donner une voix et une place, au cœur de la Cité, aux héros de ces distributions, à travers des photographies et des témoignages recueillis sur place⁶⁴.

Durant l'exposition, les présidences du Conseil national et du Conseil des États, Isabelle Moret et Hans Stöckli, visitent les 10 cantons les plus touchés par le Coronavirus. Lors de leur visite à Genève, il et elle rencontrent, en plus de représentant-e-s de l'aéroport, de Palexpo, des Hôpitax universitaires HUG et du Grand Conseil, la responsable de la Caravane de la solidarité au parc des Bastions et visitent la distribution des colis alimentaires à l'école de Trembley. A ce propos, un journaliste se réjouit de l'«Aide sociale de pointe», tandis que la Ville a été «honorée et ravie de montrer son travail de distribution d'aide et d'accompagnement social» (*Tribune de Genève*, 31.7.2020, p.5).

⁶² Canton de Genève, Distribution alimentaires : bilan intermédiaire et suite des opérations. Communiqué de presse, 6.6.2020.

⁶³ Colis du coeur, questions fréquentes sur l'aide alimentaire d'urgence distribuée lors du COVIS-19. A destination des services sociaux. 21 avril 2020, 5 pages.

⁶⁴ Ville de Genève, Communiqué de presse 17.6.2020.

- **Une distribution alimentaire réservée aux étudiant-e-s HES** démarre en automne (15.10.2020). Conçu par deux étudiantes de la Haute école de travail social dans le cadre d'un module libre, cette distribution alimentaire hebdomadaire est réservée aux étudiant-e-s HES. Elle se tient au sous-sol de la HETS, est soutenue par cette dernière et la banque alimentaire Partage pour le lancement. Les deux fondatrices vont récolter des invendus dans des commerces. Elles cherchent à lutter contre la précarité des étudiant-e-s tout en luttant contre le gaspillage. Elles ont appelé leur initiative La Farce (*Le Courrier* 19.10.2020).
- **Canton de Genève, Le Conseil d'État réinvente l'aide sociale** - Le 25.5.2020, le Conseil d'État dépose un projet de loi sur l'indemnisation pour perte de revenus liée aux mesures de lutte contre le coronavirus (PL 12723). Ce projet à durée limitée vise à compenser 80% de la perte de revenu effective survenue entre le 17 mars et le 16 mai 2020 indépendamment de l'activité et du statut professionnel et légal. Elle est pensée comme un soutien exceptionnel aux personnes qui n'ont pas droit à d'autres aides. Concernant l'aide sociale, écrit le Conseil d'Etat, «les droits y sont très limités pour les personnes sans statut légal [...] et] le recours à l'aide sociale est souvent retardé par l'existence d'éléments de fortune». 15 millions sont prévus pour ce dispositif. Le Grand Conseil accepte le projet par 51 contre 47 voix (25.6.2020) en baissant le plafond de l'aide de 5880 (projet) à 4000 francs par mois indemnisé. Les partis UDC et MCG lancent un référendum contre cette loi sous l'intitulé «Non au travail illégal et non déclaré». La votation aura lieu le 7 mars 2021.
- **Canton du Jura, Simplification de la procédure à l'aide sociale** - En mars 2020, le Gouvernement jurassien prend 9 mesures cantonales de soutien aux secteurs de l'économie, du social et de la formation pour un total de 9,245 millions. «Les bénéficiaires de l'aide sociale ne devront plus justifier tous leurs frais et se verront verser un montant forfaitaire pendant trois mois. Il s'agit notamment de limiter les contacts. Par ailleurs, le canton souhaite soutenir les chômeurs en fin de droit en faisant bénéficier les personnes éligibles du programme cantonal d'occupation des chômeurs malgré la baisse de l'activité économique»⁶⁵. Concrètement, les bénéficiaires d'aide sociale toucheront un forfait supplémentaire de 15% du forfait de base entre mai et juillet au titre de prestations circonstanciées et frais de santé. Le montant de la mesure prévu est de 180'000 francs⁶⁶).
- **Canton du Jura, Fonds d'aide d'urgence** - Dans le canton du Jura les œuvres d'entraide se coordonnent afin de proposer des aides financières subsidiaires exceptionnelles et temporaires via un fonds d'aide d'urgence notamment pour les personnes et familles «qui n'ont pas la possibilité d'obtenir rapidement une aide financière publique pour compenser une absence ou perte de revenu». Le fonds est alimenté par des dons de privés, de fondations et des œuvres d'entraide (Caritas, Croix-Rouge, Secours d'hiver géré par le Canton). Cette information figure sur une page «Coronavirus» du gouvernement jurassien⁶⁷. Les aides sont accordées « sans excès de formalités » sous forme de bons d'achat ou d'aides directes ponctuelles de dépannage après une analyse rapide de situation. Un tri est opéré : les rentiers et rentières sont redirigé-e-s vers Pro Senectute et Pro Infirmis et les personnes

⁶⁵ Chancellerie d'Etat, Mesures cantonales de soutien aux secteurs de l'économie, du social et de la formation. Communiqué 24.03.2020.

⁶⁶ Mesures cantonales complémentaires aux mesures fédérales du 20 mars 2020. Document joint au communiqué du 24.03.2020.

⁶⁷ jura.ch/fr/Autorites/Coronavirus/Aides-d-urgence, consultée le 5 juin 2020.

nécessitant une aide plus durable vers les Services sociaux régionaux⁶⁸.

- **Ville de Lausanne/VD, Charité en nature** - En juillet et août 2020, à Lausanne, dans un centre de loisirs, l'association «Solid-ère – pour que personne ne soit oublié-e» remet 50 à 300 sacs de nourriture par semaine. Elle a reçu chaque semaine 1500 francs de dons. «Avec l'argent reçu, nous avons pu ajouter des produits supplémentaires. Nous avons aussi d'autres fournisseurs comme la Carl, Table Suisse ou encore les fermes de Bassenges et de Ballens» précise Corentin Van Dongen, à l'initiative de l'association (*Le Courrier*, 3.8.2020; www.solid-ere.ch).
- **Canton de Vaud, Allègements mineurs** - Le 25.3.2020, le Conseil d'État du canton de Vaud prend diverses décisions dans le domaine de l'action sociale durant la crise. Son Arrêté du 17 avril 2020⁶⁹ précise «les mesures de simplification des régimes sociaux cantonaux». Les services «veillent à ce que les prestations nécessaires à assurer le minimum vital des citoyens vaudois soient garanties. Dans cette perspective, les processus d'octroi et de renouvellement des prestations peuvent être simplifiés pour toute la durée de la pandémie de COVID 19» (art. 3). Sur la base de cet arrêté, la Direction générale de la cohésion sociale émet diverses réglementations successifs dont
 - Directive concernant le plan de continuité des autorisés d'application du RI dans le cadre de la pandémie Covid-19 du 26 mars 2020.
 - Directive RI pandémie COVID-19. Aide à la pratique pour les indépendants. Ouverture et octroi des prestations financières du RI pour les nouveaux dossiers d'indépendants durant la pandémie covid-19 (9 resp. 23 avril 2020).
 - Directive concernant le plan de reprise des activités des autorités d'application du RI dans le cadre de l'après-pandémie Covid-19 entrée en vigueur le 1^{er} juin 2020
 - Aide à la pratique pour les indépendants. Continuité de l'octroi du RI pour les indépendants ayant subi les conséquences de la pandémie COVID-19. Entrée en vigueur au 1^{er} juin 2020 jusqu'au 31 décembre 2020.

Il ressort de ces textes la garantie des prestations d'aide sociale en cours sur la base de la reprise des données déjà saisies le mois précédent. Pour les nouvelles demandes, la procédure est légèrement allégée; elle nécessite toutefois toujours les documents suivants: le formulaire de demande RI signée, la carte d'identité, les 3 derniers décomptes bancaires mais au minimum le dernier décompte bancaire, le formulaire de renseignement complémentaire signé.

- **Canton de Vaud et Ville de Lausanne.** La Ville de Lausanne en collaboration avec le Canton élargit les hébergements d'urgence et l'aide alimentaire.
- **Stadt Zürich, Sozialhilfe wie gewöhnlich** - Informationen zur Sozialhilfe finden sich auf der Webseite der Stadt Zürich, wenn man denn das Sozialdepartement angeklickt hat. Dort erscheint ein Banner «Coronavirus. Brauchen Sie Hilfe, weil Sie obdachlos sind, benötigen Sie finanzielle oder soziale Unterstützung? Hier finden

⁶⁸ Chancellerie d'État, Aides financières coordonnées pour les personnes et les familles en situation difficile. Communiqué de presse, 15.4.2020.

⁶⁹ Arrêté sur l'organisation des régimes sociaux cantonaux, ainsi que l'adaptation des structures d'hébergement et d'accompagnement médico-social, pendant la phase de lutte contre la pandémie de coronavirus (COVID-19) du 17 avril 2020, entré en vigueur rétroactivement au 25 mars 2020 (850.00.170420.1).

Sie die Beratungsstellen und Angebote des Sozialdepartements, die weiterhin geöffnet sind». Wer mehr erfahren möchte, gelangt nach einigen Klicks zum Abschnitt Sozialhilfe. Dort steht: «Befinden Sie sich in einer finanziellen Notlage? Wir sind weiterhin für Menschen da, die neu Sozialhilfe beantragen möchten oder bereits Sozialhilfe beziehen. Zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden. Bitte nehmen Sie telefonisch mit uns Kontakt auf – gerne besprechen wir Ihre Anliegen oder vereinbaren einen Termin im Sozialzentrum. Sie können sich auch an Ihre zuständige Sozialarbeiterin oder Ihren zuständigen Sozialarbeiter wenden» (9.6.2020).

- **Stadt Zürich, Lebensmittelverteilung durch kirchlichen Verein** - In der Stadt Zürich organisiert der kirchliche Verein Incontro eine tägliche Verteilung von Lebensmittelpaketen an der Langstrasse. Am 30.5.2020 werden über 1400 Pakete an eine lange Menschenschlange verteilt (NZZ 2.6.2020).

Politische Forderungen

Verschiedene Organisationen stellen im Kontext der Corona-Krise Forderungen betreffend Sozialhilfe.

- **AvenirSocial verlangt Massnahmen** für «die Schutzbedürftigsten unserer Gesellschaft», zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund, Armutsbetroffene oder Alleinerziehende, Suchterkrankte, insbesondere schnelle Hilfeleistungen, niederschwellige Angebote und eine massive Stärkung der in diesen Bereichen tätigen Organisationen sowie die Anerkennung der Care-Arbeit⁷⁰.
- **Jetzt und langfristig gemeinsam handeln** - Auf Initiative von AvenirSocial und ATD Vierte Welt rufen 28 Organisationen von Betroffenen und im Bereich Armut tätige Organisationen zu kurzfristigen Sofortmassnahmen und langfristigem Handeln unter Einbezug der Erfahrungen von Armutsbetroffenen auf. Dazu gehören u.a. unbürokratische und niederschwellige Hilfe für alle Menschen in finanzieller Not, nicht nur karitativer Natur, sondern auch staatlich garantiert (auch für Personen, die auf Einkünfte aus nicht anerkannten oder informellen Tätigkeiten angewiesen sind); würdevolle Aufenthalts- bzw. Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen ohne festen Wohnsitz; Freischaltung von gesperrten Stromanschlüssen und temporärer Erlass der Kosten für Menschen, die den Strom nicht bezahlen können; vollumfängliche Übernahme der Krankenkassen von Arzt- und Behandlungskosten (inklusive Franchise) bei Corona-Fällen für Menschen mit tiefen Einkommen. Langfristig verlangen die Organisationen eine nationale Armutsstrategie, um die Armut zu überwinden, Chancengerechtigkeit sowie eine Politik gegen die digitale Kluft⁷¹.

⁷⁰ Medienmitteilung 2.4.2020, Corona – alles anders und alle solidarisch? Die Sicht der Sozialen Arbeit.

⁷¹ Medienmitteilung 6.4.2020, Die Krise trifft armutsbetroffene Menschen doppelt: Jetzt und langfristig gemeinsam handeln.

14 POSITIONEN, KAMPAGNEN UND ALLIANZEN

Insbesondere in den 2010-er-Jahren macht die SVP den Angriff auf die Sozialhilfe zu einem ihrer Hauptthemen. Sie verbindet den Kampf gegen Ausländer*innen mit Angriffen gegen die Grundrechte von Personen in Armut und stellt ausserdem demokratische Institutionen und Verfahren grundsätzlich in Frage. Oft gewinnt die SVP andere politische Parteien für ihre Ideen (s. Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»). Gleichzeitig bilden aber auch diverse Organisationen Allianzen, um die Rechte sozialhilfebeziehender Personen zu stärken.

Nachfolgend die uns bekannten Aktionen auf nationaler Ebene in chronologischer Reihenfolge.

Nationale Ebene

- **2009, 2017, Caritas Schweiz** - Caritas Schweiz fordert wiederholt eine Strategie zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz, z.B. mittels der Erklärung «Armut halbieren» (2009) oder der Forderung nach einer nationalen Strategie im Kampf gegen Kinderarmut (November 2017).
- **2010 - 2015, Treffen der Nichtregierungsorganisationen** - Zwischen 2010 und 2015 treffen sich zweimal jährlich rund 30 NGO, aufgerufen von AvenirSocial und andern Organisationen, als kritische Begleitung zum Nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NAP) (Beuchat 2018).
- **2014, Medienkonferenz «Für ein soziales Existenzminimum»** - Am 16.12.2014 nehmen rund 20 Vereine (Hilfswerke, nationale Gewerkschaften, Kirchen, Kriso, AvenirSocial, Planet 13, usw.) Stellung zu den Angriffen auf die Sozialhilfe. Sie sind besorgt und schockiert über die Angriffe in den Kantonen gegen Sozialhilfebeziehende und sozialstaatliche Institutionen. Gemeinsam organisieren sie eine Medienkonferenz «Für ein soziales Existenzminimum: Die Armut bekämpfen, nicht die Armutsbetroffenen» (AvenirSocial > Medien).
- **2015, Positionspapier der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz** - Im April 2015 veröffentlicht die SP Schweiz ein Positionspapier zur Sozialhilfe: «Für eine moderne und gerechte Sozialhilfe». Darin wird der Ausbau des sozialen Schutzes und des Solidaritätsprinzips in Einklang mit der Präambel der Bundesverfassung gefordert (SP Schweiz 2015).
- **2015, SVP-Kampagne gegen Sozialhilfe** - Im Juni 2015 lanciert die SVP eine schweizweite Kampagne «Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen». In einem Positionspapier kritisiert die Partei zu hohe Leistungen, Klüngerlei der Sozialfunktionäre gegenüber den Sozialhilfebeziehenden und moniert, dass zu vielen Ausländer*innen und Asylsuchenden unbesehen geholfen werde. Die Partei setzt sich für eine minimale Hilfe ein, für ein Anreizsystem für kooperierende Sozialhilfebeziehende, für mehr Gemeindeautonomie und für den Einsatz von Freiwilligen und Milizbehörden in der Sozialhilfe. Das Positionspapier enthält Mustervorstösse für alle politischen Ebenen in der Schweiz (SVP 2015). Eine Vielzahl an Vorstössen setzen diese Kampagne in den Kantonen und Gemeinden um (s. «Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden»).

- **2019, Charta Sozialhilfe Schweiz** - Am 29.3.2019 stellt eine breite Allianz bestehend aus der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK, dem Schweizerischen Städteverband, der Städteinitiative Sozialpolitik, dem Schweizerischen Roten Kreuz SRK, der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft SGG sowie der SKOS der Presse eine Charta vor mit dem Ziel, die Diskussion zu versachlichen und aufzuzeigen, dass eine faire, solide Sozialhilfe im Interesse der gesamten Gesellschaft ist (www.charta-sozialhilfe.ch). Ende Juni 2019 ist die Charta von 200 Personen, 34 Ambassador*innen und 37 Gemeinden und weiteren Organisationen unterzeichnet.

15 SOZIALHILFE IN DEN KANTONEN UND GEMEINDEN

In der Schweiz ist die Sozialhilfe in den kantonalen Gesetzen geregelt, die sich mehr oder weniger nach den SKOS-Richtlinien richten. Auch die Finanzierung und die Organisationsformen der Sozialhilfe sowie die Kompetenzverteilung zwischen Gemeinden und Kanton unterliegen kantonaler Kompetenz und sind also in jedem Kanton anders. So werden die Kosten der Sozialhilfe in 11 Kantonen (AG, AR, BS, LU, NW, OW, SG, SO, UR, SZ, ZG) vollumfänglich von den Gemeinden und in 3 Kantonen (GL, GE, AI) vollumfänglich von den Kantonen getragen, während sie in den übrigen 12 Kantonen zu unterschiedlichen Anteilen aufgeteilt sind (SKOS 2018). Wir gehen in diesem Dokument nur ausnahmsweise auf diese Aspekte ein.

In sieben Kantonen stammt das Gesetz über die Sozialhilfe von vor 1990, sechs Kantone haben in den 1990-er-Jahren ein neues Gesetz verabschiedet, zehn Kantone haben dies in den 2000-er-Jahren und drei in den 2010-er-Jahren getan⁷² (s. SKOS > SKOS-Richtlinien > Rechtsgrundlagen > kantonale Gesetze). In drei Kantonen ist eine Totalrevision des Sozialhilfegesetzes im Gange (VS seit 2019) bzw. in Vorbereitung (FR und GE).

Zwei Kantone hatten neben der traditionellen Sozialhilfe neue Mindesteinkommen für bestimmte Personengruppen eingeführt (GE 1995 und VD 1996), diese aber nach wenigen Jahren wieder aufgehoben durch revidierte Sozialhilfegesetze. Der Kanton Tessin reorganisierte im Jahr 2000 sämtliche Sozialleistungen, darunter auch die Sozialhilfe.

Nicht nur neue Gesetze, sondern auch Revisionen einzelner Artikel, Verordnungen usw. werden in den kantonalen Parlamenten und den Gemeinden diskutiert und verabschiedet: die Vorstösse zum Thema Sozialhilfe sind unzählig. Oft wird verlangt, die Leistungen für alle Sozialhilfeberechtigten oder für bestimmte Gruppen zu senken, das Verhalten der Sozialhilfebeziehenden stärker zu kontrollieren, Rechte zu beschneiden und/oder Sanktionen zu verschärfen. Vorstösse mit dem Ziel, die Leistungen zu verbessern, sind eher selten.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide in Kantonen und Gemeinden. Jene zu bestimmten Themen sind in den Themen-Kapiteln aufgeführt (Grundeinkommen, Zahnbehandlungen, Schutz der Privatsphäre, Ausländer*innen, Ergänzungsleistungen für Familien, Ältere Arbeitslose, Mindestlohn). Der Übersichtlichkeit halber erwähnen wir solche Vorstösse und Entscheide am Anfang jedes Kantons.

⁷² Sieben Gesetze von vor 1990: GR 1986, OW 1983, SZ 1983, TI 1971, TG 1984, ZG 1982, ZH 1981. Sechs Gesetze aus den 1990-er-Jahren: FR 1991, GL 1995, NE 1996, SG 1998, UR 1997, VS 1996. Zehn Gesetze aus den 2000-er-Jahren: AG 2001, AI 2001, AR 2007, BE 2001, BL 2001, BS 2000, GE 2007, JU 2000, SO 2007, VD 2003. Drei Gesetze aus den 2010-er-Jahren: LU 2015, NW 2014, SH 2013.



Kanton Aargau, AG

Vorstösse und Entscheide aus dem Kanton AG finden sich in den Themenkapiteln «Schutz der Privatsphäre» (2018, 2017 und 2020) und «Ergänzungsleistungen für Familien» (2012 und 2019).

- **2003, Kanton, Autoverbot** - Nach den SKOS-Richtlinien ist der «Grundbedarf» eine Pauschale, die den Warenkorb eines bescheidenen Haushalts abbildet und über den die Sozialhilfebeziehenden frei verfügen können. Die Betriebskosten eines Autos werden als situationsbedingte Leistungen übernommen, wenn die Person darauf angewiesen ist (SKOS-Richtlinien 12/16 B.2.2. und C.1.1). In expliziter Abweichung davon werden im Kanton Aargau die Betriebskosten eines Autos vom Grundbedarf abgezogen ausser die Benützung eines Motorfahrzeuges sei beruflich oder krankheitsbedingt zwingend. Ein durch Dritte zur Verfügung gestelltes Motorfahrzeug gilt als Naturalleistung, die ohne Vorliegen der erwähnten zwingenden Gründe als eigene Mittel angerechnet wird⁷³.
- **2012, Gemeinde Berikon, Beat der Sozialschmarotzer** - Das Bundesgericht (BGer) hebt einen Entscheid auf, der ursprünglich von der Gemeinde Berikon betreffend eines Sozialhilfeempfängers gefällt wurde. Die Sozialhilfe wurde diesem für nicht kooperatives Verhalten («renitentes, rechtsmissbräuchliches Verhalten») entzogen. Gemäss BGer ist eine Sanktion gerechtfertigt, nicht aber die Einstellung der Sozialhilfe. Das BGer kritisiert die Auslegung des Gesetzes durch die kantonalen und kommunalen Stellen, insbesondere die Verwendung des Begriffs Rechtsmissbrauch. Gemäss BGer liegt nur ein Rechtsmissbrauch vor, wenn das Verhalten der unterstützten Person einzig darauf ausgerichtet ist, in den Genuss von materieller Hilfe zu gelangen (8C_500/2012, 22. November 2012). Dieser Entscheid erregt in der Deutschschweiz viel Aufsehen («Beat der Sozialschmarotzer») und bewegt mehrere Gemeinden, die SKOS zu verlassen, darunter die Gemeinde Berikon mit viel medialem Getöse.
- **2017, Kanton, Senkung für Ausländer*innen** - Martina Bircher (SVP) und drei weitere Grossräte (SVP, FDP, CVP) reichen eine Motion mit dem Titel «Sozialen Frieden in der Sozialhilfe bewahren – Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien» ein (17.157, 27. Juni 2017), mitunterzeichnet von 30 Mitgliedern des Grossen Rates. Sie verlangen, die Sozialhilfe (Grundbedarf und Wohnung) sei in Abhängigkeit der getätigten Anzahl Steuerjahre und der Anzahl AHV-Beitragsjahre festzulegen. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (20.9.2017). Der Grosse Rat nimmt sie mit 80 Ja und 52 Nein als Postulat an (Überweisung an den Regierungsrat, 7.11.2017).
- **2018, Kanton, Schärfere Kriterien** - Der Aargauer Grosse Rat revidiert das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention. Das revidierte Gesetz präzisiert die Kriterien für Kürzungen und Einstellungen und führt die Verhaltensweisen auf, die als missbräuchlich betrachtet werden. Es sieht ausserdem die automatische Weitergabe von Informationen inklusive besonders schützenswerten Per-

⁷³ Art. 10 Abs. 5c Sozialhilfe- und Präventionsordnung (SPV) vom 28.8.2002, Inkrafttreten 1.1.2003.

sonendaten vor und schreibt vor, dass Weisungen auch bei Wohnort-wechsel gültig bleiben. Die Revision geht auf zwei Motionen zurück, die der Regierungsrat in seiner Botschaft betr. Änderung des Sozialhilfegesetzes behandelt (16.114, 25.5.2016):

- Eine Motion Franz Hollinger (CVP) verlangt eine klare Regelung bei Kürzungen und Einstellungen, denn der «Fall Berikon» habe gezeigt, dass die Kriterien zu rudimentär seien (13.26, 5.3.2013);
- Eine Motion Titus Meier (FDP) verlangt die Möglichkeit für Weitergabe von Informationen und Weisungen bei Wohnortswechseln (15.192, 25.8.2015).

Der Grosse Rat nimmt die Revision mit 128 Ja und 0 Nein an (27.6.2017); das Gesetz tritt am 1. Januar 2018 und 8. April 2018 in Kraft. Trotz dieser Einstimmigkeit verlangen Mitglieder des Grossen Rates nur fünf Monate später eine Reduktion der Sozialhilfe um 30 Prozent (siehe nachfolgend 2018).

- **2018, Kanton, Senkung um 30 Prozent** - Martina Bircher (SVP) und Konsorten (SVP, FDP, CVP) reichen eine Motion mit dem Titel «Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe – Änderung der Bemessungsrichtlinien» ein (17.270, 7.11.2017), mitunterzeichnet von 33 Grossräten und Grossrätinnen. Sie verlangen, die Sozialhilfe auf das reine Existenzminimum zu reduzieren (und damit das soziale Existenzminimum aufzuheben), was 70 Prozent des in den SKOS-Richtlinien festgelegten Grundbedarfs entspricht, und diese durch eine «Motivationsentschädigung» zu ergänzen. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, sie als Postulat entgegenzunehmen. Der Grosse Rat nimmt den Vorstoss als Postulat mit 71 gegen 53 Stimmen an (20.3.2018).
- **2018, Kanton, Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfeempfängern** - Die SVP-Fraktion reicht durch Martina Bircher eine Motion mit dem Titel «Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfeempfängern – konsequente Anwendung des Ausländergesetzes (Art. 62 und 63)» ein (17.318, 12. Dezember 2017). Die Motion will die Kriterien verschärfen, die zur Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfebeziehenden führen. Insbesondere verlangt sie, die ohne Ausschaffung «tolerierete» Leistungshöhe zu halbieren. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung der Motion oder Umwandlung in ein Postulat. Der Grosse Rat nimmt den Vorstoss mit folgender Änderung an: keine Ausschaffung, sondern Verwarnung des Entzugs von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen (13.11.2018).
- **2019, Kanton, Doch keine Armenhäuser** - Per 1. März 2019 tritt eine vom Regierungsrat beschlossene Verordnungsänderung in Kraft: «Personen, die in verschiedenen Lebensbereichen Unterstützung bedürfen, können zur Umsetzung entsprechender Betreuungs- oder Integrationsmassnahmen einer Unterkunft zugewiesen werden» (Art. 8 Abs. 3bis, Sozialhilfe- und Präventionsverordnung). Pikanterweise wird diese Änderung in der Woche bekannt, als die Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen UEK ihren Schlussbericht öffentlich vorlegt (www.uek-administrative-versorgungen.ch). Gegen diese Regelung lanciert die Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS am 3.9.2019 eine Kampagne und eine Petition «Armenhäuser Nein» (www.armenhaeuser-nein.ch). Diese haben Erfolg: per 1. März 2020 wird der entsprechende Paragraph wieder abgeschafft.
- **2019, Kanton, Keine Diskriminierung von Grossfamilien** - Die Grossrätin Martina Bircher (SVP) reicht eine Motion «betreffend Eigenverantwortung bei der Familienplanung für Sozialhilfeempfänger (drei Kinder sind genug)» (19.274, 10.9.2019) ein. Sie hält fest: «Mittlerweile stammt jeder 5. Sozialhilfeempfänger im

Kanton Aargau aus Afrika. Gerade in diesen Kulturkreisen sind Grossfamilien alltäglich». Diesen «Fehlanreiz» will sie mit Kürzungen der Ansätze für Grundbedarf und Wohnen auf maximal 5 Personen korrigieren. Der Regierungsrat lehnt die Motion in einer ausführlichen Antwort ab (11.12.2019), insbesondere weil sie die Rechtsgleichheit und das Diskriminierungsverbot missachtet, indem sie Grossfamilien aus Afrika anvisiert. Der Vorstoss wird zurückgezogen (12.5.2020).

- **2020, Kanton, Einbürgerung bei Sozialhilfebezug erschwert** - Nach Inkrafttreten auf Bundesebene des neuen Bürgerrechtsgesetzes und der entsprechenden Verordnung (BüV) (siehe Kapitel «Ausländer*innen») behandelt der Aargauer Grosse Rat eine Änderungsvorlage des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG). Er nimmt zwei Paragraphen an (Einführung einer Prüfung der staatsbürgerlichen Kenntnisse, Wartezeit nach Sozialhilfebezug von 3 auf 10 Jahre), lehnt die Vorlage als Ganzes aber ab (9.5.2017). Die Grossrätinnen Edith Saner und Susanne Voser (beide CVP) verlangen daraufhin eine rasche Aufnahme der beiden Paragraphen in ein revidiertes Gesetz (Motion 17.167, 27.6.2017). Daraufhin stimmt der Grosse Rat einer Änderung des KBüG mit 86 zu 50 Stimmen zu (7.5.2019). Somit kann nicht eingebürgert werden, wer in den 10 Jahren vor dem Einbürgerungsverfahren Sozialhilfe bezog bzw. während des Verfahrens bezieht, denn diese Person «erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet» (Art. 9 Abs. 2 KBüG). Zwar erwähnt die Abstimmungsbroschüre eine Ausnahmeregelung für Härtefälle gestützt auf das Bundesrecht (Behinderung, Krankheit oder andere gewichtige persönliche Umstände wie Erwerbsarmut, Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben, erstmalige formale Bildung, wenn «die Sozialhilfeabhängigkeit nicht durch persönliches Verhalten herbeigeführt» worden ist)⁷⁴, jedoch erwähnt das Gesetz keine Ausnahmen in Härtefällen. Gegen diesen Beschluss wird mit 43 Stimmen das Behördenreferendum (ein Viertel der Ratsmitglieder verlangt eine Volksabstimmung) ergriffen. An der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 wird die Verschärfung von 53,2% der Abstimmenden angenommen.
- **2020, Kanton, Flüchtlinge werden nach SKOS-Ansätzen unterstützt** - Ab 1. Oktober 2020 unterstützt der Aargauer Sozialdienst anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die in Asylunterkünften leben, nach normalen Ansätze der Sozialhilfe (reduziert auf 73,5%, da gewisse Leistungen von der Unterkunft erbracht werden). Bisher wurden diese Flüchtlinge nach Asylansätzen unterstützt, was Bundesrecht und der Flüchtlingskonvention widersprach (Departement Gesundheit und Soziales, Kanton Aargau, Medienmitteilung 1.10.2020).

In einer Interpellation erkundigt sich die SP-Fraktion, ob die widerrechtlich nicht ausbezahlten Unterstützungsgelder rückwirkend ausbezahlt würden (eingereicht am 19. September 2020, 20.265).

- **2020, Kanton, Altersvorsorge-Guthaben sollen nicht mehr zur Rückzahlung von Sozialhilfeleistungen verwendet werden dürfen** - Dies verlangt eine Motion von Therese Dietiker (EVP) und Grossratsmitgliedern aus SP, Grünen, GLP und CVP⁷⁵.

⁷⁴ Staatskanzlei Aargau, Abstimmungsbroschüre zur Vorlage vom 9. Februar 2020, S.9.

⁷⁵ Motion 20.323 betreffend Existenzsicherung im Alter mit AHV-Rente und Freizügigkeitsguthaben sowie für eine einheitliche Praxis zur Rückerstattung von Sozialhilfegeldern mit Freizügigkeitsguthaben, eingereicht am 8.12.2020.



Kanton Basel-Land, BL

Im Themenkapitel «Ältere Arbeitslose» findet sich ein Vorstoss für eine Überbrückungsrente (2019).

- **2015, Kanton, Unterstützung für Lernende** - Eine Attest-Lehre soll nicht als Erstausbildung angerechnet werden, damit Personen während einer anschliessenden unverkürzten Lehre (EFZ) von der Sozialhilfe unterstützt werden können. Dies fordert die Grossrätin Marianne Hollinger (FDP) in ihrer Motion «Eine Lehre für alle» (2014/309, 18. September 2014). Der Grosse Rat überweist die Motion an die Regierung mit 67 zu 0 Stimmen (26.3.2015). Sie wird im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt (siehe unten, 2020, Noch mehr Anreizsystem).
- **2016, Kanton, Senkung des Grundbedarfs** - Per 1. Januar 2016 wird der Grundbedarf für eine Einzelperson um 91 Franken gesenkt (von 1077 auf 986 Franken).
- **2017, Kanton, Keine Luxusgüter für Sozialhilfebezüger** - Der Grossrat Reto Tschudin (SVP) will «Keine Luxusgüter für Sozialhilfebezüger». In seiner Motion (2017/341, 14.9.2017) verlangt er, die Kosten für Tabakwaren und auswärts eingenommene Getränke im Grundbedarf nicht mehr zu berücksichtigen, das heisst, diesen für eine Einzelperson um 100 Franken zu senken. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, da der Grundbedarf kürzlich reduziert wurde und der Staat nicht vorschreiben solle, wofür das Sozialhilfegeld verwendet werden darf, sondern vielmehr die Teilhabe von Sozialhilfebeziehenden am gesellschaftlichen Leben fördern solle. Das Parlament lehnt die Motion mit 42 gegen 41 Stimmen ab (8.2.2018).
- **2018, Kanton, Senkung für Ausländer*innen** - Peter Riebli (SVP) verlangt, den Grundbedarf sowie die Wohnkosten auf ein Minimum zu reduzieren und zwar in Abhängigkeit der Anzahl Steuerjahre und der bezahlten Steuerbeträge, um dem Prinzip der Gegenleistung zu entsprechen und die Kosten der Sozialhilfe zu beschränken⁷⁶. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (29.1.2018); sie ist seiner Meinung nach diskriminierend, illegal, nicht umsetzbar und ungerechtfertigt ist. Der Grosse Rat nimmt die Motion als Postulat mit 41 gegen 40 Stimmen an (22.3.2018). Sie wird im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt (siehe unten, 2020, Noch mehr Anreizsystem).
- **2018, Kanton, Senkung um 30 Prozent.** Der Grossrat Peter Riebli (SVP) reicht am gleichen Tag gleich eine zweite Motion ein. Er fordert, die Sozialhilfe auf das Existenzminimum zu reduzieren, also auf das Niveau der maximalen Sanktion von 30 Prozent des Grundbedarfs. Er will nicht, schreibt er, dass «renitente, integrationsunwillige und unmotivierte Personen» gleich hohe Sozialhilfeleistungen erhalten wie motivierte und integrationswillige Personen. Letztere sollen stufenweise eine «Motivationsentschädigung» erhalten, die bis zum heutigen Grundbedarf gehen kann. Der Motionär betont, dass diese Vorgehensweise schneller, einfacher

⁷⁶ «Steuerjahre definieren Sozialhilfeshöhe», Motion 2017/611, eingereicht am 30.11.2017.

und weniger kostspielig sei als Sanktionen und Beschwerden⁷⁷.

Der Regierungsrat lehnt die Motion hauptsächlich aus folgenden Gründen ab: die Motivationsentschädigungen wurden im Kanton erst gerade (2014) abgeschafft, da deren Wirksamkeit unklar war; Motivation sei eine schwierig messbare Grösse; der administrative Aufwand würde erhöht und eine Kostensenkung sei nicht zu erwarten; es würde zu rechtlichen Schwierigkeiten kommen und die Armut verstärkt werden, nachdem der Kanton 2016 den Grundbedarf bereits gesenkt hatte; er wolle an der Harmonisierung der Hilfen via SKOS-Richtlinien festhalten.

Trotzdem nimmt der Grosse Rat die Motion mit 42 Ja, 41 Nein und 1 Enthaltung an (19.4.2018 und 26.4.2018).

Zahlreiche Organisationen, darunter die Region Nordwestschweiz von Avenir-Social, protestieren gegen diesen Entscheid⁷⁸. Am 27. August 2019 lanciert das Bündnis «Verkehrt BL», welches nach dem Vorbild der gleichnamigen und erfolgreichen Aktionen in Bern arbeitet und rund 20 Organisationen umfasst, eine Kampagne gegen die anstehende Gesetzesänderung mit Medienmitteilungen und Standaktionen im Kanton.

Im Jahr darauf fordert die Grossrätin Miriam Locher (SP), die Umsetzung der Motion Riebli per sofort abzubrechen⁷⁹. Der RR empfiehlt Ablehnung ihres Vorstosses, da die Arbeiten an einer Sozialhilfegesetzesrevision weit vorgeschritten seien. Daraufhin zieht sie ihren Vorstoss zurück.

Die Umsetzung der Motion Riebli wird im Jahr 2020 behandelt (siehe unten, Noch mehr Anreizsystem).

- **2018, Kanton, Rückerstattung bleibt unverändert** - Der Grossrat Werner Hotz (EVP) will die Möglichkeit vorsehen, auf die Rückzahlung von Sozialhilfeleistungen zu verzichten, um ehemalige Bezüger*innen, die eine Stelle gefunden haben, nicht zu demotivieren⁸⁰. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung, da das geltende Gesetz genügend Ermessensspielraum liesse (22.5.2018). Das Parlament lehnt die Motion mit 64 gegen 13 Stimmen ab (14.6.2018).
- **2018, Kanton, Sozialhilfestrategie** - Die Grossrätin Saskia Schenker (FDP) fordert den Regierungsrat auf, die Erarbeitung einer kantonalen Sozialhilfestrategie zu prüfen (Postulat 2018/386, 22.3.2018). Das Postulat wird vom Grossen Rat stillschweigend überwiesen (14.6.2018).
- **2019, Kanton, Motivationspauschale** - Andreas Bammatter (SP) reicht eine Motion mit dem Titel «Anreiz für gemeinnützige und im öffentlichen Interesse stehende Arbeitseinsätze» ein. Er verlangt, dass solche Arbeitseinsätze mit einer Motivationspauschale honoriert werden analog zum Freibetrag bei Erwerbstätigkeit (2019/679, 17.10.2019). Die Motion wird im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt (siehe unten, 2020, Noch mehr Anreizsystem).
- **2019, Kanton, Mehr Sozialarbeitende** - Miriam Locher (SP) fordert den Regierungsrat auf, eine Fallreduktion pro Sozialarbeitende in Anlehnung an die

⁷⁷ «Sozialhilfe: Motivation statt Repression», Motion 2017/612, eingereicht am 30.11.2017.

⁷⁸ AvenirSocial > Wer wir sind > Regionen > Nordwestschweiz, 27.4.2018.

⁷⁹ «Stopp bei der Kürzung der Sozialhilfe in Baselland; Stopp der Umsetzung Motion 'Motivation statt Repression'», Motion 2019/561, 28.9.2019.

⁸⁰ «Rückforderungen in der Sozialhilfe: Mehr Freiraum für die Behörden», Motion 2018/384, 22. März 2018.

Winterthurer Studie von Eser Davolio et al. zu prüfen⁸¹. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme (19.11.2019). Der Grosse Rat nimmt das Postulat an (30.1.2020). Es wird im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt (siehe unten, 2020, Noch mehr Anreizsystem).

- **2020, Kanton, Noch mehr Anreizsystem** - Am 29.1.2020 gibt der Regierungsrat den Entwurf einer Teilrevision der Sozialhilfegesetzes in die Vernehmlassung unter dem Titel «Anreize stärken - Arbeitsintegration fördern». Anstoss gab insbesondere eine Motion der SVP mit dem Titel «Motivation statt Sanktion», die die Regierung dazumal entschieden ablehnte (Motion Riebli, 2017/612, siehe oben). Der Entwurf nimmt noch weitere Vorstösse auf⁸². Als Ziele der Revision nennt der Regierungsrat: Anreize für die Ablösung von der Sozialhilfe, Arbeitsmarktintegration stärken, Kostenneutralität für den Kanton, keine Sparvorlage. Die Sozialhilfe solle keine Sozialrente sein, die Förderung der Selbständigkeit sei eine Kernaufgabe der Sozialhilfe, Arbeit solle sich lohnen⁸³. Die Vorlage schlägt insbesondere Folgendes vor:
 - Eine Abstufung der materiellen Unterstützung zur Stärkung der Anreize und Individualisierung. Die Unterstützung soll neu für jede Person einzeln berechnet werden (und nicht wie bisher und nach SKOS-Richtlinien für den Haushalt) nach den Kriterien Alter, Integrationsbemühungen, Erwerbstätigkeit, Bezugsdauer (Vorlage S. 19s.) :
 - Grundpauschalstufe 1, Einstiegsstufe, 690 Franken. Meist nur zu Beginn oder bei Pflichtverletzungen;
 - Grundpauschalstufe 2, Allg. Mitwirkungsstufe, 887 Franken. Bei Erfüllen der Mitwirkungspflicht und Kooperation mit den Behörden;
 - Grundpauschalstufe 3, Integrationsstufe 1086 Franken. Für Erwerbstätige, besondere Integrationsleistungen, Besuch von Förderprogrammen;
 - Grundpauschalstufe 4, Ausnahmestufe, 986 Franken. Für Kinder, Mütter mit Kindern unter 4 Monaten, Ältere und Personen, die während 20 Jahren erwerbstätig waren;
 - Grundpauschalstufe 5, Lanzeitbezugsstufe, 937 Franken. Für Personen mit über 2 Jahren Bezugsdauer.
 - Einrichtung eines kantonalen Assessment-Centers für Arbeitsmarktintegration, Abklärung von Subsidiaritäten, lösungsorientierte IZZ für Sozialhilfebeziehende (von Gemeinden) und Erwerbslose (von RAV), Beurteilung der Arbeitsmarktfähigkeit, Potenzialabklärungen, medizinische Beurteilungen, Information und Beratung, IV-Abklärungen, Schuldenberatung.
 - Der Informationsaustausch zwischen Gemeinden bei Wohnungswechsel wird zwingend (bisher: kann-Artikel). Integrationsmassnahmen werden neu zu 100%

⁸¹ «Stärkung der Sozialhilfe: Mehr Zeit - tiefere Kosten», Postulat 2019/671, 17.10.2019. Siehe auch: Kanton Zürich, Winterthur 2017.

⁸² Motion 2014/309 «Lehre für alle»; Postulat 2017/611 «Steuerjahre definieren Sozialhilfeshöhe»; Postulat 2019/558 «Schuldenfalle – Prävention auch eine Sache des Kantons»; Postulat 2019/671 «Stärkung der Sozialhilfe: mehr Zeit –tiefere Kosten»; Motion 2019/679 «Anreiz für gemeinnützige und im öffentlichen Interesse stehende Arbeitseinsätze» (alle Vorstösse, siehe oben).

⁸³ RR Basellandschaft, 29.1.2020, Vorlage an den Landrat, « Anreize stärken - Arbeitsintegration fördern », Teilrevision Sozialhilfegesetz, S. 17.

von den Gemeinden (heute 50%) finanziert und das neue Assessmentcenter zu 100% vom Kanton (keine Mischfinanzierung: wer beschliesst, der zahlt).

Die Vernehmlassung wird bis zum 30. Juni 2020 verlängert.

Mehrere Organisationen lehnen die Vorlage mittels Medienmitteilungen, Leserbriefen und Vernehmlassungsantworten vehement ab, darunter AvenirSocial, UFS, SKOS, SAH, Caritas, Winterhilfe, Heilsarmee (siehe verkehrt Basel-Land, www.verkehrt-bl.ch/).



Kanton Basel-Stadt, BS

Vorstösse und Entscheide aus dem Kanton BS finden sich in den Themenkapiteln «Ergänzungsleistungen für Familien» (1994, 2012 und 2019), «Ältere Arbeitslose» (2018) und «Mindestlohn» (2019).

- **2002, Kanton, Arbeit soll sich lohnen** - Im Jahr 2002 führt der Kanton Basel-Stadt ein Anreizsystem ein unter dem Slogan «Arbeit soll sich lohnen». Dieses belohnt Sozialhilfebeziehende, die eine Arbeitsstelle haben, mit einem finanziellen Bonus und senkt die Leistungen für Personen ohne Arbeitsstelle.
- **2017, Kanton, Einbürgerung von Sozialhilfeempfängern** - Im Oktober 2016 reicht die SVP des Kantons Basel-Stadt eine Volksinitiative mit dem Titel «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern» ein. Die Initiative ist identisch mit einer im Kanton Bern (dort: 2013). Die Regierung erarbeitet eine Revision des Bürgerrechtsgesetzes als Gegenvorschlag zur SVP-Initiative, die sie für teilweise rechtlich zulässig hält. Sie empfiehlt die Ablehnung der Initiative (16.1642.01, 25.4.2017). Das Initiativkomitee zieht die Initiative am 24.10.2017 zurück.
- **2019, Kanton, Keine Erhöhung des Grundbedarfs** - Eine Motion von Olivier Bolliger (Grünes Bündnis) und Konsorten (SP, Grünes Bündnis) verlangt eine «Erhöhung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe per 1. Januar 2020» (Motion 19.5125.01) entsprechend den Ergebnissen der Studie BASS. Die Motion verlangt ausserdem, dass sich der Kanton in der SODK aktiv für eine Erhöhung der SKOS-Richtlinien einsetzt. Am 15.5.2019 lehnt der Grosse Rat die Motion per Stichentscheid des Präsidiums ab.
- **2019, Kanton, Pilotversuch weniger Fälle** - Luca Urgese (FDP) und Konsorten (SP, Grünes Bündnis, CVP/EVP, LDP) fordern den Regierungsrat auf, einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch wie in Winterthur (siehe Kanton ZH, Winterthur 2017) zu initiieren, um eine Reduktion der Sozialhilfekosten durch eine tiefere Fallbelastung zu erreichen (Anzug 19.5230.01, 16.5.2019). Der Grosse Rat überweist den Anzug an den Regierungsrat (23.10.2019).



Kanton Bern, BE

Vorstösse und Entscheide aus dem Kanton Bern finden sich in den Themenkapiteln «Zahnbehandlungen» (2019), «Schutz der Privatsphäre» (2012), «Ergänzungsleistungen für Familien» (2014 und 2018) und «Mindestlohn» (2018).

- **1971 - 2015, Kanton, Ergänzungsleistungen für minderbemittelte Personen** - Im Jahr 1971 führt der Kanton Bern Zuschüsse nach Dekret für minderbemittelte Personen ein (ZuD, Dekret vom 16. Februar 1971; Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste) aufgrund von Art. 33 des Sozialhilfegesetzes. Diese entsprechen den AHV-IV-Ergänzungsleistungen und erweitern sie aus Gleichbehandlungsgründen auf weitere Personengruppen. Grundsätzlich hat jede Person in entsprechenden bescheidenen finanziellen Verhältnissen Anspruch auf Zuschüsse, ohne Gegenleistung, ohne Rückerstattungspflicht und ohne Kontrolle der getätigten Ausgaben. Daneben besteht die Sozialhilfe weiterhin. Die Zuschüsse werden von der Gemeindeverwaltung gesprochen, also ausserhalb der Sozialarbeit, und weitgehend von der Gemeinde finanziert, im Unterschied zur Sozialhilfe. Vielleicht auch aus diesem Grund werden die Zuschüsse in den Gemeinden sehr unterschiedlich und zunehmend nur noch in Ausnahmesituationen gewährt. Die ZuD werden per 1.1.2016 aufgehoben.

Der Kanton Jura übernimmt die Zuschüsse nach Dekret bei seiner Gründung 1979.

- **1997, Stadt Bern, Arbeit statt Fürsorge** - Die Stadt Bern führt das Prinzip «Arbeit statt Fürsorge» ein.
- **2009 - 2013, Kanton und Städte, Testarbeitsplätze** - Zwei Grossräte fordern, dass «arbeitsfähige Personen mit einem grundsätzlichen Anspruch auf Unterstützung vor ihrer Aufnahme in die Sozialhilfe zu einem einmonatigen Arbeitseinsatz verpflichtet werden können» entsprechend dem Projekt «Passage» in Winterthur. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Der Grosse Rat nimmt die Motion an⁸⁴. Daraufhin führen die Städte Bern, Biel, Langenthal und Thun ab 2009 Testarbeitsplätze (TAP) ein. Sie dauern zwischen 1 und 3 Monaten und generieren einen Minimallohn. In der Stadt Bern besteht ein TAP u.a. aus Unterhaltsarbeiten in den öffentlichen Parkanlagen (Citypflege). TAP werden bei «Unklarheit über den Arbeitswillen, die Arbeitsfähigkeit und/oder den Kooperationswillen von Sozialhilfebeziehenden oder bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch genutzt»⁸⁵.

Im Jahr 2011 wird einem Sozialhilfebezüger in der Stadt Bern die Sozialhilfe gestrichen, weil er einen TAP nicht angetreten hat mit dem Argument, die Arbeit sei nicht zumutbar. Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern entscheidet daraufhin, dass die Leistungen nur für die Dauer des vorgesehenen Arbeitseinsatzes gestrichen werden dürfen, dass allerdings keine Wahlfreiheit bestehe zwischen Arbeit und Sozialhilfe, auch wenn die Arbeit nicht vollständig den Interessen des Bezügers entspreche (Urteil 100.2011.428Ua, 18.10.2012) (Tecklenburg 2012).

⁸⁴ «Arbeitsintegration fördern – Fallzahlen vermindern. Neue Wege in der Sozialhilfe», Motion 182-2009, Philippe Messerli und Willfried Gasser (beide EVP), 9.4.2009.

⁸⁵ Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation 100-2013 Sancar, 2013.0392, 19.11.2013.

Ab 2014 werden die TAP aufgehoben aus juristischen und wirtschaftlichen Gründen und da ihre Wirksamkeit beschränkt ist (RR, 19.11.2013, op. cit).

- **2012, Kanton, Bonus-Malus-System und Generalvollmacht** - Der Grosse Rat stimmt einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes zu (137 Ja, 4 Nein von 1 SP und 3 Grünen, 2 Enthaltungen, 24.1.2011). Die Revision führt zwecks «Kosteneffizienz» ein Bonus-Malus-System für Sozialdienste ein (Art. 80d). Somit erhalten Sozialdienste einen Bonus, wenn ihre Sozialhilfeaufwendungen mehr als 30% unter dem kantonalen Durchschnitt liegen und entsprechend einen Malus, wenn diese mehr als 30% darüber liegen. Bestimmten strukturellen Faktoren wird bei der Berechnung des Vergleichswertes Rechnung getragen (Art. 80e). Ebenso führt das revidierte Gesetz eine Generalvollmacht ein (s. Kapitel «Schutz der Privatsphäre», 2012, Kanton Bern, Generalvollmacht). AvenirSocial Bern und KABBA (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen) ergreifen das Referendum unter dem Titel «Datenschutz für alle». Das Referendum kommt nicht zustande. Das revidierte Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.
- **2013, Kanton, Keine Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden** - Im Kanton Bern reicht die Junge SVP eine Volksinitiative mit dem Titel «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern» (2.2.2012) ein. Sie will den Zugang zum Bürgerrecht in der Berner Verfassung ändern und schlägt unter anderem Folgendes vor: «nicht eingebürgert wird namentlich, wer [...] wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder wer für eine Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren rechtskräftig verurteilt worden ist» und, im nächsten Absatz, «Leistungen der Sozialhilfe bezieht oder bezogene Leistungen nicht vollumfänglich zurückbezahlt hat» (Art. 7). Die Initiative wird in der Volksabstimmung vom 24. November 2013 mit 55,8 Prozent Ja-Stimmen eher überraschend angenommen.
- **2014, Kanton, Kürzung der Sozialhilfe** - Der Grossrat Ueli Studer (SVP) und 30 Mitunterzeichnende fordern eine «Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe» (Motion 260-2012, 21.11.2012). Sie verlangen eine Senkung der wirtschaftlichen Hilfe auf 90% der SKOS-Richtlinien (Grundbedarf, situationsbedingte Leistungen und Integrationszulagen). Heute stünden viele Sozialhilfebeziehende besser da, wenn sie nicht arbeiteten und hätten zu wenig Anreiz, eine Arbeit zu suchen, was der Umstand zeige, dass «ein nicht unbedeutender Teil der Sozialhilfeempfänger über ein Privatauto verfügt».

Eine Koalition genannt «SKOS-Allianz» (AvenirSocial, SAH, KABBA, usw.) bekämpft die Motion Studer. Sie setzt sich für ein klares Bekenntnis des gesamten Regierungs- und Grossen Rates des Kantons Bern zu den SKOS-Richtlinien sowie zu den ihnen zugrunde liegenden Prinzipien von Rechtsgleichheit, Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und gesamtgesellschaftlicher Solidarität und daher für eine Ablehnung der Motion Studer ein (Hälfte/Moitié, Newsletter 21.5.2013; Tecklenburg 2014).

Der Grosse Rat nimmt die Motion mit grossem Mehr an, was eine Einsparung von 22 Millionen zur Folge haben soll (5.9.2013). Der Regierungsrat muss demzufolge eine entsprechende Gesetzesrevision vorlegen. Ein erster Vorschlag (2015) stösst bei der Vernehmlassung auf widersprüchliche Meinungen. Auch ein «Runder Tisch» führt zu keiner Annäherung. Im Juni 2017 legt der neue Regierungsrat

Pierre-Alain Schnegg (SVP), welcher den früheren SP-Mann ersetzt, eine neue Gesetzesrevision vor. Diese senkt die Sozialhilfeleistungen um 10%.

Gegen diese Revision lanciert eine neue, breite Koalition eine «Petition für ein soziales Existenzminimum» (März 2014). Die Petition wird von 9'300 Personen unterschrieben und von zahlreichen Organisationen, Hilfswerken, Verbänden und Parteien der Linken unterstützt (Tecklenburg 2014). Die Gesetzesrevision tritt trotzdem in Kraft und somit sind die Ansätze per 1.1.2014 um 10% gekürzt.

- **2014, Kanton, verstärkte Sanktionen** - Der Grossrat Mathias Müller und die Grossrätin Sabina Geissbühler-Struple (beide SVP) fordern eine «Verstärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei nicht kooperativen Sozialhilfebezügern» (Motion 115-2014, 2.6.2014. RRGR.11123). Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Der Vorstoss wird als Motion angenommen (100 Ja, 38 Nein, 13 Enthaltungen, 21.1.2015).
- **2018, Kanton, Erschwerte Einbürgerung** - Mit einem neuen Bürgerrechtsgesetz (KBüG) passt sich der Kanton Bern dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG; siehe Kapitel «Ausländer*innen») an. Er gewährt das Bürgerrecht nur mehr jenen Personen, die «erfolgreich integriert» sind. Dies ist nach Gesetz u.a. dann der Fall, wenn zehn Jahre vor der Gesuchseinreichung und während des Einbürgerungsverfahrens keine Leistungen der Sozialhilfe bezogen wurden, ausser die bezogenen Leistungen wurden vollständig zurückbezahlt. Ausnahmen sind möglich (Art. 12 KBüG vom 13. Juni 2017). Diese Regelung ist schärfer als jene des Bundesgesetzes, welches drei Jahre vorschreibt.
- **2019, Kanton, Keine Kürzung der Sozialhilfe** - Der Regierungsrat will die Sozialhilfe kürzen und das Anreizsystem verstärken. Er legt einen Änderungsvorschlag des Sozialhilfegesetzes vor mit folgenden Zielen: Umsetzung der Motion Studer (siehe oben), Verstärkung des Anreizsystems, Entlastung der Gemeinden und des Kantons, Kürzung des Grundbedarfs nach SKOS-Richtlinien um 8% für alle Sozialhilfebeziehenden und bis zu 30% für junge Erwachsene ohne Ausbildung oder Arbeitsstelle sowie für Personen mit ungenügenden Kenntnissen einer Amtssprache⁸⁶. Der Grosse Rat nimmt die Änderungsvorschläge an (93 Ja, 1 Nein, 50 Enthaltungen, 29.3.2018).

Die Berner Konferenz für Sozialhilfe, die SKOS sowie zahlreiche weitere Verbände und Expert*innen stellen sich gegen diese Änderungen, die das soziale Existenzminimum unterschreiten und eine Strafe aller bedürftigen Personen darstellen (Pressemitteilung SKOS 29. März 2018). Ein Komitee «Wirksame Sozialhilfe», bestehend aus Betroffenen, Verbänden wie AvenirSocial und VPOD sowie linken Parteien, lanciert einen «Volksvorschlag 'Wirksame Sozialhilfe'». Dieser, ein «konstruktives Referendum», legt einen alternativen Gesetzestext mit folgenden Neuerungen vor: Ansätze bei SKOS-Richtlinien belassen; Massnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden bereitstellen und diese zur Teilnahme verpflichten können; Arbeitslose über 55 nach Ansätzen der EL unterstützen; Wirtschaft einbeziehen bei der Arbeitsintegration. Der Vorschlag wird am 13.8.2018 mit über 16'000 Unterschriften (10'000 sind verlangt) eingereicht. Regierungsrat und Grosser Rat lehnen den Volksvorschlag ab.

⁸⁶ Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) (Änderung). Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat, 28.6.2017.

Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» arbeitet eng mit der Kampagne «Verkehrt» zusammen, welche aus AvenirSocial, Betroffenen, Kriso, KABBA usw. entstanden ist und sich bereits länger gegen geplante Sparmassnahmen in der Sozialpolitik im Kanton Bern wehrt. Verkehrt organisiert seit Juni 2017 Kundgebungen, nimmt teil an jenen des Kollektivs «Sozialen Kahlschlag stoppen», sammelt Unterschriften gegen die Sozialhilfegesetzrevision und engagiert sich im Abstimmungskampf (www.verkehrt.ch).

An der Abstimmung vom 19. Mai 2019, welche schweizweit grosse Aufmerksamkeit erlangt hatte, lehnt die Berner Stimmbevölkerung beide Vorschläge ab: die vom Grossen Rat beschlossene Gesetzesänderung mit 52,6% Nein, den Volksvorschlag mit 56,0% Nein bei einer Stimmbeteiligung von 42,3%. Der Grossratsbeschluss wird in 3 (von 10) Verwaltungskreisen (z.T. knapp) und der Volksvorschlag in allen 10 mehrheitlich abgelehnt. Bei der Stichfrage (im Falle von zwei Ja) siegt der Volksvorschlag knapp mit 50,6% gegenüber dem Grossratsbeschluss (49,4%). Die drei Verwaltungskreise, die den Grossratsbeschluss ablehnen (Jura bernois, Bienne, Bern-Mittelland), bevorzugen in der Stichfrage den Volksvorschlag. Somit gilt der Status quo und eine Kürzung ist abgelehnt.

- **2019, Offizielle Informationsbroschüre** - Die Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE publiziert eine Broschüre, damit «jenseits von politischen Grabenkämpfen [...] Sozialhilfe besser verstanden und die Diskussion darüber sachlich geführt wird. Das ist anspruchsvoll, auch weil die öffentliche Diskussion über die Sozialhilfe von Einzelfällen geprägt ist und sich viele falsche Bilder festgesetzt haben»⁸⁷.
- **2019, Kanton, Arbeiten in sozialen Einrichtungen auch ohne Ausbildung** - Michel Seiler (Grüne) will die «Arbeitserfahrung in sozialen Einrichtungen aufwerten». Er verlangt, die Arbeitserfahrung als äquivalent zu einer sozialpädagogischen Ausbildung anzuerkennen, wenn die Personen bereits mindestens doppelt so lange sozial berufstätig waren als die Dauer einer entsprechenden Ausbildung (Motion 2019.RRGR.78, 4.3.2019). Der Regierungsrat ist skeptisch und will je nach Adressatengruppe differenzieren; er will das Anliegen als Postulat annehmen (Antwort 28.8.2019). AvenirSocial fordert den Grossen Rat auf, die Motion abzulehnen⁸⁸. Dieser nimmt den Vorstoss als Postulat an (4.12.2019).
- **2019, Kanton, Budget für Integrationsmassnahmen** - Grossräte und Grossrätinnen aus der SP, den Grünen und der EVP fordern die «Einstellung von 5 Millionen Franken im Budget 2020 zur Finanzierung von Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und in Tagesstrukturen»⁸⁹. Der Grosse Rat lehnt den Budgetposten ab, nimmt aber einen Auftrag für einen Massnahmenplan an (2019.RRGR.166, 2.9.2019).
- **2019, Kanton, Selbstbehalt für Gemeinden** - Das Bonus-Malus-System der Sozialdienste soll durch einen Selbstbehalt für die Gemeinden ersetzt werden, um einen Anreiz zur Kostensenkung einzuführen. Dies will eine Motion von Samuel

⁸⁷ BKSE, 4.2.2019, Sozialhilfe – kurz und gut erklärt. www.bernerkonferenz.ch

⁸⁸ AvenirSocial > Wer wir sind > Bern und Wallis > Aktuell > 14.11.2019.

⁸⁹ Motion 130-2019 eingereicht am 2.6.2019 von Margrit Junker Burkhard (SP), Elisabeth Striffeler-Mürset (SP), Stefan Jordi (SP), Andrea de Meuron (Grüne) und Christine Schnegg (EVP).

Krähenbühl (SVP) und Konsorten⁹⁰. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme⁹¹. Dem folgt der Grosse Rat (85 gegen 68 Stimmen, 4.9.2019). Somit muss der Regierungsrat entsprechende Erlassänderungen vorschlagen.

- **2020, Kanton, Umgestaltung Sozialhilfe** - Eine Motion von Thomas Brönnimann (glp) und Anita Luginbühl-Bachmann (BDP) mit dem Titel «Fordern und fördern – ein Reformplan für die Sozialhilfe im Rahmen von SKOS» will die Sozialhilfequote im Kanton senken und fordert deshalb Soziallohnmodelle, Stipendien, Selbstbehalte für Gemeinden und Klienten bei «nicht zwingenden situationsbezogenen Leistungen», Reorganisation der Sozialdienste in Kompetenzzentren, Vollzug der Sanktionsmöglichkeiten, Sprachförderung, jährliche Anpassung an die Teuerung gemäss Landesindex⁹². Der Grosse Rat nimmt 3 Punkte der Motion an, 2 lehnt er ab und 3 weitere nimmt er als Postulat an (4. März 2020).
- **2020, Kanton, Massive Kürzungen für vorläufig Aufgenommene** - Ab 2016 erarbeitet der Kanton Bern eine neue «Gesamtstrategie zum Asyl- und Flüchtlingsbereich» (Beschluss Grosser Rat 23.11.2016). Die «neue Stossrichtung» betrifft insbesondere die Sozialhilfe für diese Personen. Ende 2019 verabschiedet der Grosse Rat mehrere Texte:
 - Das totalrevidierte Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) vom 9. Dezember 2019, in Kraft seit 1. Juli 2020;
 - Das neue Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) vom 3. Dezember 2019, in Kraft seit 1. Juli 2020;
 - Die entsprechende Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV) vom 20. Mai 2020, in Kraft seit 1. Juli 2020.

Das neue SAFG und die entsprechende Verordnung SAFV enthalten zahlreiche Verschärfungen, Auflagen und Sanktionen, die massiv unter den Richtlinien der gewöhnlichen Sozialhilfe liegen: der Grundbedarf nach Nothilfe beträgt 382 Franken monatlich für eine Person in Kollektivunterkunft. «Damit soll auch ein Signal an die vorläufig Aufgenommenen ausgesandt werden, dass von ihnen eine Integration in die Gesellschaft und eine Ablösung aus der Sozialhilfe erwartet wird»⁹³.

Die Verordnung bestimmt, dass vorläufig Aufgenommene, die nach Beendigung der Bundesbeiträge, also nach 7 Jahren in der Schweiz, «offensichtlich nicht integriert» sind (Art. 2 al. 1c SAFG), nicht wie bisher nach SHG, sondern auch ab 8. Jahr weiterhin nach den Ansätzen im Asyl- und Flüchtlingsbereich unterstützt werden, obwohl sie eigentlich nach dem Sozialhilfegesetz zu unterstützen wären. Die Verordnung definiert folgendes: «Integrationsziele aufgrund von Selbstverschulden nicht erreicht» haben Personen, welche geplante Integrationsmassnahmen verweigern, zumutbare Arbeit oder Ausbildung ablehnen, ungenügend mit den

⁹⁰ «Selbstbehalt setzt wirksame Anreize bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe», Motion 131-2019 eingereicht am 3.6.2019 von Samuel Krähenbühl (SVP), Barbara Mühlheim (glp), Hans-Peter Kohler (FDP), Daniel Bichsel (SVP) und Peter Gerber (BDP).

⁹¹ Bericht 810/2019, 2019.RRGR.167, 14.8.2019.

⁹² «Fordern und fördern - Ein Reformplan für die Sozialhilfe im Rahmen von SKOS », Motion 162-2019, eingereicht am 11.6.2019 von Thomas Brönnimann (glp) und Anita Luginbühl-Bachmann (BDP).

⁹³ Kanton Bern, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, Vortrag zur Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV), 6. Januar 2020, S. 23.

Behörden zusammenarbeiten, eine Straftat begangen haben oder wiederholt gegen die Hausordnung in einer Kollektiveinheit verstossen haben (Art. 3 SAFV).

Gegen die Verordnung hatten AvenirSocial, der Verein Faire Sozialhilfe und zahlreiche Einzelpersonen in ihrer Vernehmlassungsantwort aufgrund der massiven Verschlechterungen und Verletzungen der Grundrechte protestiert⁹⁴.



Canton de Fribourg, FR

Une proposition concernant le canton de Fribourg se trouve dans le chapitre thématique «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2019).

- **2014, Canton, Révision de la loi sur l'aide sociale** - Deux députées demandent une révision de la loi sur l'aide sociale de 1991 laquelle, selon elles, ne répond plus aux questions que doivent résoudre les services sociaux régionaux, à savoir si et dans quelle mesure l'aide sociale doit être accordée. Disparités des pratiques et tensions entre les SSR s'ensuivent. Elles demandent également d'éviter que des ressortissants de l'UE/AELE émargent systématiquement à l'aide sociale⁹⁵.

Le Conseil d'État demande, en cas d'acceptation de la motion, une prolongation du délai de réalisation (Réponse à la motion, 9.7.2015). Le Grand Conseil accepte la motion (8.9.2015). Plusieurs prolongations du délai de suite sont accordées dès 2017, la plus récente au 31.12.2020. Un avant-projet de loi devra alors être mis en consultation comprenant entre autres un renforcement de la régionalisation, en passant de 24 à 7 services sociaux régionaux.



Canton de Genève, GE

Des propositions et décisions concernant le canton de Genève se trouvent dans les chapitres thématiques «Revenu de base» (Grundeinkommen) (2019), «PC familles» (Ergänzungsleistungen für Familien) (1995, 2012), «Chômeurs âgés» (Ältere Arbeitslose) (2019) et «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2011 et 2020).

Les années 1990 sont caractérisées, à Genève comme ailleurs, par une crise économique, des débats sur «la fin du travail», une volonté affichée de combattre «l'exclusion», le développement de «politiques d'activation» et de démarches de

⁹⁴ AvenirSocial > Wer wir sind > Region Bern und Wallis, 6.2.2020.

⁹⁵ «Révision de la loi du 14 novembre 1991 sur l'aide sociale», Motion 2014-GC-155 d'Antoinette de Weck (PLR) et Erika Schnyder (PS), déposée le 23.9.2014.

réformes de l'assistance publique. C'est dans ce contexte que se déploie, annoncée lors du Discours de Saint-Pierre à l'occasion de la prestation de serment du nouveau gouvernement en 1989, «une importante réforme de la politique genevoise, se caractérisant par la suppression progressive du régime séculaire de l'assistance publique et par l'introduction des revenus minimaux d'aide sociale cantonale»⁹⁶. Le Conseiller d'État Guy-Olivier Segond (Radical, 1989 – 2001) en est un promoteur décidé. Quatre étapes marquent cette réforme⁹⁷; elles seront détaillées ci-dessous.

- 1992, revenu minimum cantonal d'aide sociale pour rentiers et rentières AVS-AI;
 - 1995, revenu minimum cantonal d'aide sociale pour chômeurs en fin de droits;
 - 1998, fin du régime d'assistance pour pensionnaires d'EMS;
 - 2002, projet de revenu minimum de réinsertion généralisé, refusé en votation populaire.
- **1978, Ville de Genève, Suppression des magasins pour pauvres** - Le Service social de la Ville de Genève ferme ses magasins de fruits et légumes pour personnes nécessiteuses et les remplace par une allocation personnalisée d'aide financière.
 - **1990, Canton, Les deux premières interventions parlementaires pour un revenu minimum** - Deux interventions déposées le même jour au Grand Conseil proposent l'introduction d'un revenu minimum qui transformerait l'assistance publique en un droit social. Ce revenu minimum serait lié à un projet d'insertion.
 - Des député-e-s écologistes proposent d'introduire un «revenu minimum social garanti» à verser à toute personne habitant depuis un certain temps à Genève et ne disposant pas d'un revenu considéré comme le minimum vital ce qui comprend l'accès aux activités culturelles et aux loisirs. La motion propose de transformer l'assistance sociale en droit, et de lier aide financière et insertion sociale. La finalité de ce revenu est d'aider les bénéficiaires à acquérir leur autonomie financière et à maintenir leur place dans la société. Le revenu social est associé à l'engagement volontaire dans un projet (économique, social, d'utilité publique ou associative, éducation de ses enfants, formation, personnel) permettant de s'insérer dans un groupe social⁹⁸.
 - Des député-e-s socialistes proposent l'introduction d'une allocation d'insertion. Elle correspondrait à l'équivalent de la rente AVS minimum (900 francs à l'époque) et serait destinée à toute personne dont le revenu ne dépasse pas le montant d'assistance et qui propose un projet d'insertion (formation ou réadaptation⁹⁹).

Les deux objets sont renvoyés à la Commission des affaires sociales lors de la séance du Grand Conseil du 9 novembre 1990. La Commission rend un premier

⁹⁶ Commission des affaires sociales chargée d'étudier le PL sur le revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires, PL 8453, Rapport de majorité, Mémorial Grand Conseil Genève, 21.9.2001.

⁹⁷ Cf. l'historique présenté par A. November, député Ecologiste 1985-1993, professeur honoraire IUED : November, A. (2002). Le revenu minimum social à Genève: douze ans de débats politiques. Basic Income European Network, 9th International Congress, Geneva, 12th-14th September 2002.

⁹⁸ Motion 684 concernant le revenu minimum social garanti déposée le 23 octobre 1990 par A. November, F. Bugnon, R. Cramer, G. Maulini-Dreyfus, V. Olsommer, C. Rapp, J. Schneider, A. Vaissade.

⁹⁹ Projet de loi portant sur l'allocation d'insertion, PL 6629, déposé le 23.10.1990 par E. Sutter-Pleines, P.-A. Champod et A. Sauvin.

rapport intermédiaire qui présente ses nombreuses auditions d'expert-e-s. Elle propose, à l'unanimité, un projet de loi sur l'allocation d'insertion selon la proposition socialiste. Elle demande, de plus, d'étudier l'opportunité de transformer l'assistance en un droit pour tous les exclus et d'introduire à Genève des allocations selon le modèle bernois, soit une prestation sociale non remboursable¹⁰⁰. La Commission présente un second rapport un an plus tard. Elle propose, à l'unanimité, une prestation hors assistance pour les chômeurs en fin de droit. La loi y relative est débattu et accepté le 18 novembre 1994 et entre en vigueur au 1^{er} janvier 1995: le nouveau Revenu pour chômeurs en fin de droits est né (cf. ci-dessous: 1995, RMCAS).

- **1992, Canton, Première loi mentionnant un revenu minimum** - Le Conseil d'État présente une loi transformant en revenu minimum cantonal d'aide sociale les prestations complémentaires et les prestations sociales accordées aux rentiers et rentières AVS-AI par l'Office cantonal d'aide aux personnes âgées (OCPA). Le terme de «revenu minimum» apparaît alors pour la première fois dans une loi genevoise (November 2002, op. cit.), ceci par l'introduction d'un nouveau Titre I «Revenu minimum cantonal d'aide sociale» dans la Loi sur les prestations complémentaires cantonales du 25 octobre 1968.
- **1995, Canton, Proposition de PC familles** sans suite - (cf. chapitre «Ergänzungsleistungen für Familien»).
- **1995, Canton, Revenu minimum cantonal d'aide sociale (RMCAS)** - Au 1^{er} janvier 1995, le canton de Genève introduit un nouveau dispositif appelé Revenu minimum cantonal d'aide sociale (RMCAS) «afin de leur [aux chômeurs en fin de droit] éviter de devoir recourir à l'assistance publique»¹⁰¹. Contrairement à l'aide sociale traditionnelle de l'époque, le RMCAS constitue explicitement un droit et n'est pas remboursable. Il introduit une contreprestation obligatoire. Il est supérieur d'environ 100 francs (pour une personne) par rapport à l'aide sociale, mais soumis à l'impôt. Les limites de fortune sont supérieures à celles de l'aide sociale. Une allocation d'insertion unique de 10'000 francs au maximum peut être accordée aux bénéficiaires pour financer un projet de réinsertion sociale ou professionnelle (création d'activité lucrative, formation, etc.). Au cours du temps, plusieurs évaluations sont effectuées tel que l'exige la loi sur le RMCAS.
- **1997, Canton, Les barèmes de l'aide sociale deviennent publics** - Le Canton de Genève rend désormais publics les directives et les barèmes d'assistance par une publication annuelle dans la Feuille d'avis officielle¹⁰².
- **1998, Canton, Les pensionnaires des EMS n'ont plus besoin de solliciter l'assistance** – Jusqu'en 1997, deux tiers des pensionnaires des EMS doivent demander des prestations de l'assistance publique pour payer leur pension et donc utiliser leurs économies et laisser une dette à leurs descendants. Le canton de Genève est le seul canton de Suisse avec ce régime. Le Conseil d'État par la voix de Guy-Olivier Segond propose de «mettre un terme à ce scandale du régime de l'assistance publique pour les pensionnaires des EMS» (GOS, débat au Grand

¹⁰⁰ Commission des affaires sociales, Rapport intermédiaire en réponse à la motion 684 et au PL 6629, Françoise Saudan, 16.9.1993.

¹⁰¹ art. 1, Loi sur les prestations cantonales accordées aux chômeurs en fin de droit du 18 novembre 1994 (Revenu minimum cantonal d'aide sociale).

¹⁰² Nouvelle teneur de l'art. 4 al.3, entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1997 suite à une Révision de la Loi sur l'assistance publique du 19 sept 1980 proposée par le Conseil d'État (PL 7423).

Conseil, 3 octobre 1997). Il propose de remplacer l'assistance individuelle octroyée aux personnes âgées en EMS par un subventionnement direct des EMS. Son projet de loi (PL 7602) est adopté par le Grand Conseil le 3 octobre 1997 par 60 Oui, 26 Non et 5 Abstentions et entre en vigueur le 1^{er} janvier 1998¹⁰³.

- **2002, Canton, Refus populaire d'un revenu minimum de réinsertion (RMR) pour l'ensemble de la population** - Le Conseil d'État cherche à poursuivre sa réforme de la politique sociale genevoise «dans le but de faire disparaître progressivement le régime d'assistance publique par l'introduction de revenus minimums avec des contreprestations». Le gouvernement évalue positivement l'expérience du RMCAS. Il constate que les bénéficiaires de l'aide sociale et du RMCAS se ressemblent de plus en plus. Il propose donc un nouveau dispositif appelé RMR qui doit marquer «le point d'aboutissement de cette réforme fondamentale de la politique sociale genevoise»¹⁰⁴. Il propose ainsi, début 2001, un projet de loi qui supprime le RMCAS, introduit un RMR et ne maintient l'assistance que pour les groupes de personnes exclus du RMR (les rentiers AVS et AI, les étudiant-e-s, les requérants d'asile ainsi que les personnes domiciliées dans le Canton depuis moins de 2 ans)¹⁰⁵. Selon le projet, le montant du RMR et sa composition sont ceux des PC et les bénéficiaires s'engagent à effectuer une contreprestation d'utilité personnelle, sociale ou socioprofessionnelle.

Renvoyé en Commission des affaires sociales, cette dernière modifie le projet qui sera accepté par la majorité (de gauche) du Grand Conseil tandis que la minorité de droite, emmenée par les libéraux, le refuse (séance du 21 septembre 2001). La droite (partis libéral et démocrate-chrétien, diverses associations professionnelles et patronales) lance un référendum. Un débat public passionné accompagne la campagne référendaire, avec des positions critiques de part et d'autre.

Au moment de la votation référendaire, la gauche a perdu sa majorité au parlement lors des élections d'octobre-novembre 2001 et le Conseiller d'État Guy-Olivier Segond, partisan résolu des revenus minimums, s'est retiré. Ainsi, le projet perd de ses soutiens. La majorité du nouveau Conseil d'État fait volte-face et propose de rejeter cette loi. Lors de la votation référendaire le 2 juin 2002, le projet RMR, est refusé par 58.45% des votant-e-s.

- **2004, Canton, Suppression de la dette d'assistance** - Le Grand Conseil accepte de considérer les prestations d'assistance comme non remboursable sauf exceptions tel des prestations touchées indûment, des avances sur prestations et un héritage¹⁰⁶.
- **2006, Canton, Baisse des barèmes d'assistance** - Le Conseil d'État genevois décide, dans le cadre du budget 2005, que l'Hospice général appliquera désormais les normes CSIAS, ce qui revient à une baisse de 208 francs par mois pour une personne seule, compensé éventuellement, selon les «efforts» des bénéficiaires, par un « supplément d'intégration » entre 100 et 300 francs.

¹⁰³ Loi relative aux établissements médico-sociaux accueillant des personnes âgées du 3 octobre 1997. Elle sera abrogée et remplacée par la Loi sur la gestion des établissements pour personnes âgées du 4 décembre 2009 entrée en vigueur au 1er avril 2010.

¹⁰⁴ Commission des affaires sociales chargée d'étudier le PL sur le revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires, PL 8453, Rapport de majorité, Mémorial Grand Conseil Genève, 21.9.2001.

¹⁰⁵ Projet de Loi sur le Revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires (RMR), PL 8453, déposé le 31.1.2001.

¹⁰⁶ Révision de la Loi sur l'assistance publique proposée par le Conseil d'État (PL 8867) acceptée le 12.2.2004.

Une pétition des syndicats (CGAS, 13.12.2004) et diverses interventions s'opposent à cette diminution et à une «aide sociale au mérite».

Le changement prend effet au 1^{er} juillet 2006. En mai 2006, les bénéficiaires reçoivent une lettre de la direction de l'HG les invitant à « rester courtois », car les AS n'y sont pour rien dans la diminution.

- **2012, Canton, Une nouvelle loi sur l'aide sociale supprime le RMCAS et réduit certaines prestations** - Après l'échec du projet de RMR en 2002, le Conseil d'État propose une nouvelle révision de l'aide sociale. Selon lui, avec la suppression de la «dette d'assistance» (remboursabilité de l'aide sociale) à Genève en 2002 et le nouvel article 12 de la Constitution fédérale de 1999 instaurant le droit à l'aide, les principales différences entre RMCAS et aide sociale traditionnelle ont disparu. Il propose dès lors de supprimer le RMCAS par une révision de la Loi sur l'aide sociale individuelle (LASI), autrement dit, une fusion des deux dispositifs. Les modifications de cette loi, y compris de son titre, sont votées par le Grand Conseil. La loi s'intitulera désormais Loi sur l'insertion et l'aide sociale individuelle (LIASI). Son but est de «réinsérer plus de gens, plus vite». Elle abolit les «contreprestations» jugées souvent dévalorisantes, rétablit une égalité de traitement entre personnes ayant besoin de soutien financier, ouvre l'accès à diverses prestations pour chômeurs et prévoit un «stage d'évaluation» obligatoire de 4 semaines¹⁰⁷. La loi prévoit une aide financière «exceptionnelle» (réduite) pour les jeunes adultes (art. 11) ainsi que, pour toute personne (art. 17) durant les trois premiers mois et jusqu'à la signature d'un contrat d'aide sociale individuel obligatoire. L'aide financière exceptionnelle est de 457 francs en 2020 (art. 19 al.2 du Règlement d'exécution de la Loi sur l'insertion et l'aide sociale individuelle (RIASI) du 25 juillet 2007).

La gauche¹⁰⁸ lance un référendum contre la loi révisée. Elle critique le fait que les chômeurs en fin de droits seront «repoussés à l'aide sociale» et donc privés de prestations (financières et d'insertion) que le RMCAS leur octroyait. En votation populaire référendaire du 27 novembre 2011, la LIASI est acceptée par 54.8% des votant-e-s. Elle entre en vigueur le 1^{er} février 2012.

- **2012, Canton, Introduction des PC familles** – Cf. chapitre «Ergänzungsleistungen für Familien».
- **2016, Manifeste du social** - Dans le contexte de mouvements de la fonction publique contre l'austérité, des travailleurs et travailleuses sociales de diverses institutions dont l'Hospice général rédigent un Manifeste du social (mai 2016), dans lequel ils et elles dénoncent les restrictions des prestations et la dégradation de leurs conditions de travail.
- **2014 - 2019, Canton, Observatoire de l'aide sociale et de l'insertion OASI** - Une association comprenant divers organismes syndicaux et professionnels, de défense de personnes usagères et d'œuvres d'entraide publie des rapports d'observation dans ce domaine, comprenant notamment des témoignages de personnes usagères. Quatre rapports sont parus (2014, 2015, 2016, 2019) (www.cgas/OASI/).
- **2019, Canton, Lancement d'une révision de la Loi sur l'aide sociale** - Le Gouvernement charge une commission ad hoc d'une première réflexion sur une révision de la LIASI (Arrêté du 16 janvier 2019). La commission comprend des

¹⁰⁷ Chancellerie d'État, votation cantonale du 27 novembre 2011, Brochure explicative, p. 38.

¹⁰⁸ Partis de gauche, syndicats, diverses associations (chômeurs, étudiants HETS, AvenirSocial Genève).

usagers et usagères de l'aide sociale ; elle est présidée par Stéphane Rossini. Elle rend son rapport fin 2019¹⁰⁹.



Kanton Graubünden, GR

Ein Vorstosse aus dem Kanton Graubünden findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2011).

- **2018, Kanton, Erschwerte Einbürgerung** - Mit einem totalrevidierten Bürgerrechtsgesetz (KBüG) vom 13. Juni 2017 passt sich der Kanton Graubünden dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG, siehe Kapitel «Ausländer*innen»: 2018, Sozialhilfebezug verhindert Einbürgerung) an. Allerdings gewährt er das Bürgerrecht weiterhin nur jenen Personen, die in den vergangenen zehn Jahren bezogene Sozialhilfegelder zurückbezahlt haben (Art. 5. Al.2c KBüG), während das Bundesgesetz dafür eine Frist von 3 Jahren vorsieht. Ausserdem können, wie im Bundesgesetz geregelt, die zuständigen Behörden Daten bearbeiten einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders geschützten Personendaten, u.a. betreffend Massnahmen der Sozialhilfe (Art. 24, Ziffer e KBüG). Das Gesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
- **2018, Stadt Chur, Bündner Modell bleibt** - Seit 2004 wird im Kanton Graubünden die Sozialhilfe überwiegend getrennt in wirtschaftliche und persönliche Hilfe: Die wirtschaftliche Sozialhilfe wird von den Gemeinden erbracht und die persönliche Hilfe (Beratung) von regionalen Sozialdiensten, die dem Kanton unterstellt sind. Nun verlangt die Stadtexekutive Chur neu die Rückführung der kantonalen Aufgaben in die Städtischen Sozialen Dienste insbesondere aus Spargründen¹¹⁰.
 Die Regionalorganisationen von AvenirSocial und VPOD lehnen diese Änderung aus rechtlichen und fachlichen Gründen ab. Das Parlament lehnt den Vorschlag klar ab (13.12.2018).
- **2020, Kanton, Organisation der Sozialhilfe** - Der Grossrat Patrik Degiacomi (SP) beauftragt die Regierung, «die Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe so zu verbessern, dass eine optimalere Steuerung im Sinne der fiskalischen Äquivalenz möglich wird und dass die Aufgaben jenen staatlichen Ebenen zugewiesen werden, die sie in aller Regel am professionellsten erbringen können»¹¹¹. Die Regierung schlägt dem Grossen Rat Annahme vor (Antwort 6. März 2020).

¹⁰⁹ Révision de la loi cantonale sur l'insertion et l'aide sociale individuelle – LIASI. Rapport à l'intention du Conseil d'État de la République et canton de Genève. Rossini Stéphane, Haute-Nendaz, 31 décembre 2019.

¹¹⁰ Botschaft der Stadtexekutive Chur an das Gemeindeparlament «Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste», Auftrag GPK, 24.11.2015.

¹¹¹ Auftrag «betreffend Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe», 4.12.2019.



Canton du Jura, JU

Des propositions et décisions concernant le canton du Jura se trouvent dans les chapitres thématiques «PC familles» (Ergänzungsleistungen für Familien) (2018) et «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2018).

- **2010, Canton, Pas de modèle Winterthur** - Le député Damien Lachat, au nom du groupe UDC, demande l'introduction de mesures similaires à celles de Winterthur et plus particulièrement une période de travail obligatoire avant toute admission à l'aide sociale pour les personnes aptes au travail¹¹². Le Grand Conseil rejette la motion (20.10.2010).
- **2011, Canton, Occupations d'urgence** - Le député Yves Gigon, au nom du groupe PDC-JDC, demande au Gouvernement d'étudier la pertinence de mettre en place une occupation «même ne correspondant pas exactement aux compétences et volontés de l'utilisateur organisées extrêmement rapidement (dans les 3 jours environ)»¹¹³. Le Grand Conseil accepte le postulat par 35 Oui contre 20 Non (28.3.2012).
- **2011, Canton, Favoriser l'insertion professionnelle** - Le député André Parrat, au nom du Groupe CS-POP et Verts, demande une révision de la loi sur l'aide sociale permettant d'organiser des AIT au niveau social afin de mettre fin au traitement moins favorable des personnes à l'aide sociale comparé au traitement dans le cadre des assurances chômage et AI¹¹⁴. Sa motion est acceptée par le Grand Conseil (23.5.2012).
- **2012, Canton, Maintien du secret professionnel** - Le député Didier Spies, au nom du groupe UDC, demande d'assouplir le secret professionnel dans le domaine de l'aide sociale afin de pouvoir prononcer des sanctions radicales en cas de perceptions abusives.¹¹⁵ La motion est refusée au Grand Conseil (27.2.2013).
- **2013, Canton, Pas d'obligation de demander la retraite anticipée** - Le député André Parrat, au nom du groupe Cs-POP-Les Verts, demande de «supprimer la pratique insensée qui consiste à obliger les bénéficiaires de l'aide sociale de demander la retraite anticipée»¹¹⁶. La motion, transformée en postulat, est acceptée par le Grand Conseil (27.3.2013).
- **2017, Canton, Réorganisation des services d'aide sociale** - Dès juin 2017, les autorités cantonales de l'aide sociale entament un large processus de réorganisation du dispositif d'aide sociale. La réorganisation, intitulé Cohésion.JU,

¹¹² «Travail avant de toucher l'aide sociale: une mesure qui a fait ses preuves», motion M 950 déposée le 24.2.2010. Précisions quant au «modèle Winterthur»: cf. Kanton Zürich, Winterthur 2001.

¹¹³ «Aide sociale et mesures d'insertion (MI): Pour garder le rythme, une occupation d'urgence?», postulat P 312 déposé le 23.11.2011.

¹¹⁴ «Pour permettre l'insertion professionnelle des personnes à l'aide sociale», motion M 1024 déposée le 14.12.2011.

¹¹⁵ «Secret professionnel en matière de l'aide sociale», motion M 1051 déposée le 26.9.2012.

¹¹⁶ «Supprimer un non-sens: l'obligation faite aux bénéficiaires de l'aide sociale de demander la retraite anticipée», motion M 1061 déposée le 21.11.2012.

comprend notamment le rôle des communes, la séparation progressive des tâches d'aide financière et d'aide personnelle ainsi que le transfert de certaines décisions dans les services sociaux régionaux.



Kanton Luzern, LU

Ein Vorstoss aus dem Kanton Luzern findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2015).

- **2005, Gemeinde Emmen/LU, Einführung von Sozialdetektiven** - Als erste Gemeinde in der Schweiz führt Emmen Sozialdetektive ein, was starke Reaktionen in der Presse hervorruft. Zahlreiche Gemeinden und Kantone folgen dem Beispiel.
- **2012, Kanton, Sozialhilfeleistungen mit Pensionskassengeldern verrechnen** - Der Grossrat Arnold Robi (SVP) und Mitunterzeichnende schreiben in ihrem Motionstext: «Es kann nicht sein, dass die Kommune für Personen über Jahre Sozialhilfegelder bezahlt und diese dann zum Beispiel beim Verlassen unseres Landes in ihre Heimat die Pensionsgelder sich ausbezahlen lassen, ohne dass die von der Gemeinde geleisteten Hilfsgelder verrechnet werden»¹¹⁷. Die Motion wird als Postulat angenommen (7.5.2013).
- **2013, Kanton, Kürzung des Grundbedarfs** - Im Rahmen eines Sparpaketes «Leistungen und Strukturen» schlägt der Regierungsrat vor, den Grundbedarf für Personen, die weniger als 18 Monate in der Schweiz gearbeitet haben, für eine alleinstehende Person auf 85% der SKOS-Richtlinien und für Mehrpersonenhaushalte auf 90% zu kürzen (Bericht 55, 23.10.2012). Der Vorschlag wird ohne Diskussion vom Grossen Rat angenommen. Die Änderung tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft¹¹⁸.
- **2019, Stadt Luzern, Erhöhung des Grundbedarfs gefordert** - Zwei Mitglieder des Gemeindeparlaments, Claudio Soldati und Maria Pilotto (beide SP/JUSO-Fraktion), verlangen die Erhöhung des Grundbedarfs gemäss der Studie BASS 2019¹¹⁹. Das Postulat wird überwiesen (24. September 2019).

¹¹⁷ «Über die Verrechnung von bezogenen Sozialhilfeleistungen mit Pensionskassengeldern», M 241, 5.11.2012.

¹¹⁸ Art. 13a Sozialhilfeverordnung vom 13. Juli 1990 bzw. Art. 9 al.1 der neuen Verordnung vom 24. November 2015.

¹¹⁹ «Teilhabe und menschenwürdiges Dasein bedingen eine Erhöhung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe», Postulat 364, 11.12.2019.



Canton de Neuchâtel, NE

Une décision concernant le canton de Neuchâtel se trouve dans le chapitre thématique «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2017).

- **2014, Canton, Baisse des normes pour les jeunes adultes** - En mars 2014, le canton baisse de 15% les normes pour les personnes entre 18 et 35 ans sans famille.
- **2017, Canton, Diverses diminutions** - En «s'inspirant des recommandations émises sur le plan suisse», soit des normes de la CSIAS, diverses prestations d'aide sociale sont baissées dès le 1^{er} mars 2017 sous l'intitulé «Diminution de l'aide financière aux jeunes adultes sans charge de famille et sans projet professionnel et renforcement de l'aide sociale». Pour les jeunes adultes (18-35 ans), le forfait d'entretien baisse de 830 à 782 francs. Le forfait déductible du revenu des apprentis passe de 400 à 200 francs, le supplément pour formation d'enfants majeurs de 100 à 50 francs et celui pour les montures de lunettes de 150 à 100 francs. Quant aux médicaments prescrits mais non remboursés par l'assurance maladie, ils ne sont plus pris en charge¹²⁰.
- **2016 - 2018, Canton, Campagne Reglo** - Le Conseil d'État neuchâtelois lance un «Programme transversal de lutte contre les abus dans les domaines du travail, de la fiscalité et des prestations sociales» (Conférence de presse, 13.1.2016). Ce programme fait suite à un rapport du Conseil d'État concernant la lutte contre les abus adopté par le Grand Conseil sans opposition (rapport 16.03, adopté le 06.12.2016). Dans ce contexte, l'ensemble des bénéficiaires de prestations sociales reçoivent un courrier les invitant à régulariser leur situation. A la fin de la campagne, il est constaté que 95,4 mio de francs ont été récupérés dans le domaine fiscal et 1,5 mio dans celui des prestations sociales (500'000 francs subsides LaMal, 700'000 francs PC AVS-AI et 315'000 francs de prestations d'aide sociale). Les abus dans le domaine du travail n'ont pas pu être chiffré¹²¹. Quant aux suites, le rapport ne préconise rien dans les domaines fiscal et du travail, alors que le domaine des prestations sociales fera l'objet de réflexions voire d'ajustements organisationnels.
- **2018 - 2020, Canton, Redéfinition des prestations sociales** - Le Conseil d'État souhaite une vaste redéfinition des prestations sociales sous condition de ressources. La réforme prévoit 4 étapes à déployer entre 2019 et 2021: éliminer les effets de seuil dans les subsides LaMal, déplaçonner les avances sur contributions d'entretien, repenser l'aide sociale avec le projet Raisone (cf. ci-dessous) et créer une PC cantonale pour personnes n'ayant pas besoin d'un suivi social¹²². Le Grand Conseil prend acte du rapport et approuve à l'unanimité une première réforme, celle de la LaMal (28.5.2019) qui sera suivie de celle des avances sur contributions

¹²⁰ Conseil d'État Neuchâtel, Révision des normes d'aide sociale dès le 1^{er} mars 2017. Communiqué de presse, 19.1.2017 ; Arrêté du Conseil d'État du 18 janvier 2017.

¹²¹ Rapport du Conseil d'État « Suite du programme de lutte contre les abus », 18.020, 6.6.2018.

¹²² Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil concernant la redéfinition des prestations sociales, 18.034, 3.9.2018.

d'entretien. Quant à l'introduction d'une PC cantonale, les travaux sont suspendus en attendant le déploiement du projet Raisone¹²³.

- **2018 - 2020, Canton, Projet Raisone** - Dans le contexte de la redéfinition des prestations sociales (cf. ci-dessus) et dans une situation de «ressources financières restreintes», le Conseil d'État lance, en janvier 2018, un vaste chantier intitulé projet Raisone (Repenser l'aide sociale neuchâteloise) avec les objectifs déclarés suivants : simplifier l'intervention de l'aide matérielle, repenser le rôle des intervenants, renforcer la gouvernance¹²⁴. À fin 2020, les travaux sont en cours. Ils se focalisent notamment sur un modèle de suivi social différencié harmonisé dans les SSR en matière des phases de l'aide, de l'intensité et des modalités d'accompagnement, de la répartition des tâches sociales et doivent tenir compte de l'introduction d'un nouvel outil informatique¹²⁵.



Kanton Schaffhausen, SH

Ein Vorstoss aus dem Kanton Schaffhausen findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2010).

- **2016, Kanton, Senkung Grundbedarf** - Per 1.1.2016 wird der Grundbedarf für junge Erwachsene auf 755 Franken festgelegt (SKOS 789 Franken). Alle Sozialhilfebeziehenden müssen neuerdings 10% der Zahnarztkosten aus dem Grundbedarf bestreiten.



Kanton Schwyz, SZ

Ein Vorstoss aus dem Kanton Schwyz findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2011).

- **2014, Kanton, Senkung der Sozialhilfeansätze** - Der Grossrat Othmar Buele (SVP) und 12 Mitunterzeichnende verlangen eine Gesetzesrevision, welche die Sozialhilfeleistungen auf 90% der SKOS-Richtlinien beschränkt und eine

¹²³ Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil du 17 février 2020, 20.013, débattu par le Grand Conseil le 24.6.2020, p. 25.

¹²⁴ Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil concernant la redéfinition des prestations sociales, 18.034, 3.9.2018, p.45.

¹²⁵ Cf. l'état des travaux décrit dans le Rapport du Conseil d'État 17 février 2020, 20.013, chapitres 3.3 et 5.1.

Verstärkung des Anreizsystems vorsieht (Motion M 3/14)¹²⁶. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung der Motion (Beschluss 739/2014, 1.7.2014). Die Motion wird im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes beantwortet (siehe unten).

- **2015, Kanton, Senkung des Grundbedarf für junge Erwachsene** - Der Grossrat Hanspeter Rast (SVP) will den Grundbedarf für den Lebensunterhalt junger Erwachsener reduzieren (Motion M 3/15)¹²⁷. Seine Motion wird in ein Postulat umgewandelt und ebenfalls im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes beantwortet (siehe unten).
- **2017, Kanton, Keine Kürzungen per Teilrevision Sozialhilfegesetz** - Beide Motionen (M 3/14 und M 3/15) werden im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt. In seiner Vorlage unterstreicht der Regierungsrat die zentrale gesellschaftliche Bedeutung der Sozialhilfe, indem sie ein Leben in Würde ermögliche, vor Ausgrenzung schütze und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördere. Eine generelle Kürzung sei der falsche Weg und treffe die Falschen (Beschluss RR 107/2017, 7.2.2017). Die kantonsrätliche Kommission lehnt, wie der Regierungsrat, die Vorlage ab; schlägt aber u.a. eine Erhöhung der Sanktionen von 30 auf 40% auf Verordnungsstufe vor (Beschluss 617/2017 des RR, 16.8.2017). Der Grosse Rat lehnt die Vorlage ab (89 Nein, 2 Ja, 6.9.2017).



Kanton Solothurn, SO

Ein Entscheid aus dem Kanton Solothurn findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2010).

- **2015, Kanton, Kürzungen** - Per 1. Januar 2015 führt der Kanton Solothurn Abweichungen von den SKOS-Richtlinien ein, u.a. Kürzungen des Grundbedarf bei Pflichtverletzungen; Kürzungen bei Wohnkosten, auswärtiger Verpflegung, Umzugskosten, Integrationszulagen und Einkommensfreibetrag; Halbierung der Vermögensfreibeträge; Ausschluss von Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung und Erholungsaufenthalten; Selbstbehalt für Zahnbehandlungen¹²⁸.
- **2015, Kanton, Keine Kostenbeteiligung der Sozialregionen** - Der Grossrat Peter Brügger und Mitunterzeichnende fordern im Namen der Fraktion FDP. Die Liberalen mit einem Auftrag ein Bonus-Malus-System oder eine Kostenbeteiligung der Sozialregion an den Kosten der Sozialfälle¹²⁹. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme mit einem veränderten Wortlaut: Revisions- und Aufsichtskonzept, Fallführungsstandards (24.2.2017). Der Grosse Rat lehnt den Auftrag ab (23.6.2015).
- **2017, Kanton, Keine Kürzungen für Ausländer*innen** - Die Grossrätin Johanna

¹²⁶ «SKOS, Kostenoptimierung und Flexibilität muss auch bei der Sozialhilfe möglich sein», Motion M 3/14, 3.2.2014.

¹²⁷ «Entlassung aus der Sozialhilfe: Anreize für Junge erhöhen», Motion M 3/15, 23.2.2015.

¹²⁸ Sozialverordnung SV Art. 93 gemäss RRB 2014/1623 vom 16. September 2014.

¹²⁹ «Mehr Kostenbewusstsein in der Sozialhilfe», Auftrag A 171/2014 DDI, 12.11.2014.

Bartholdi (FDP.Die Liberalen) verlangt Abweichungen von den SKOS-Richtlinien in Abhängigkeit des Alters und der Anzahl AHV-Beitragsjahre sowie eine Beschränkung der Anspruchsdauer für Ausländer¹³⁰. Der Regierungsrat beantragt entschieden Ablehnung¹³¹. Dem folgt die Sozial- und Gesundheitskommission (13.12.2017). Frau Bartholdi zieht den Antrag zurück (24.1.2018).

- **2019, Kanton, Reduktion der Sozialhilfequote** - Drei Grossratsmitglieder (CVP) beauftragen die Regierung, mit den Gemeinden Massnahmen zur Senkung der Sozialhilfequote zu entwickeln, u.a. durch Freiwilligen- und Familienarbeit, Ausbildung sowie Kompensationsarbeit¹³². Der Regierungsrat beantragt Annahme (26.2.2019), ebenso die Sozial- und Gesundheitskommission (20.3.2019). Der Grosse Rat nimmt den Auftrag am 3.7.2019 an.
- **2019, Kanton, Keine Kürzung des Grundbedarfs** - Der Grossrat Tobias Fischer (SVP) fordert, der Grundbedarf solle lediglich das Existenzminimum decken, während der frei werdende Betrag an integrationswillige und engagierte Personen weitergegeben werden soll¹³³. Der Regierungsrat hält in seiner ausführlichen Antwort fest, dass der Grundbedarf bereits knapp bemessen sei, vor allem Familien betroffen seien, gezielte Förderung bereits praktiziert würde, die SKOS-Richtlinien wichtig seien, kurz: dass eine Umkehrung des bewährten Systems nicht nötig sei. Er empfiehlt Ablehnung¹³⁴. Dieser Empfehlung folgt der Grosse Rat und lehnt mit 68 Nein und 23 Ja ab (29.1.2020).



Kanton St.Gallen, SG

Ein Vorstoss aus dem Kanton St.Gallen findet sich im Themenkapitel «Mindestlohn» (2018).

- **2008, Kanton, Keine Bussen bei Sozialhilfemissbrauch** - Die SVP-Fraktion des Grossen Rates will «Bussen für Sozialhilfemissbrauch» (Motion 42.08.14, 20.2.2008). Der Regierungsrat empfiehlt Nichteintreten. Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (2.6.2008).
- **2013, Gemeinde Rorschach, Niederlassungsfreiheit verhindert** - Der Stadtpräsident von Rorschach, Thomas Müller (SVP), Nationalrat, verhindert die Wohnsitznahme einer Sozialhilfebezüglerin mit Schweizer Bürgerrecht in seiner Stadt (September 2013). Die Frau lässt sich schliesslich in St. Gallen nieder. Die Stadt St.Gallen verlangt von Rorschach Rückerstattung der Sozialhilfebeträge mit

¹³⁰ «Kostenanstieg bei der Sozialhilfe bremsen. Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien gemäss Art. 93 Sozialverordnung SV», Auftrag A 0101/2017, 17.5.2017.

¹³¹ Regierungsratsbeschluss 2017/2007, A 0102/2017, DDI, vom 28.11.2017.

¹³² «Massnahmen zur Reduktion der Sozialhilfequote», Auftrag 121/2018 von Josef Maushart, Michael Ochsenbein und Sandra Kolly (alle CVP), mitunterzeichnet von 52 Grossräten und Grossrätinnen, 12.9.2018.

¹³³ «Anpassung der Bemessungsrichtlinien für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und zweckmässige Sozialhilfe», Auftrag 0087/2019, 15.5.2019.

¹³⁴ Regierungsratsbeschluss 2019/1495, A 0087/2019 DDI, 24.9.2019.

Bezug auf das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) und die Niederlassungsfreiheit. Rorschach verliert in allen juristischen Instanzen (Kanton: August 2016). Das Bundesgericht bestätigt den Entscheid des Kantons (8C_748/2018, 26. März 2019).

- **2014, Kanton, Solidarität unter den Gemeinden** - Die Fraktionen CVP-EVP, SP-GRü, FDP und GLP-BDP verlangen eine Verbindlicherklärung der Richtlinien unter bestimmten Bedingungen, um den Negativwettbewerb zwischen den Gemeinden zu verhindern¹³⁵. Der Grosse Rat nimmt die Motion mit verändertem Wortlaut an (25.11.2014); er beauftragt die Regierung, eine umfassende Revision des Sozialhilfegesetzes zu unterbreiten (siehe gleich unten).
- **2016, Kanton, Teilrevision des Sozialhilfegesetzes** - Der Regierungsrat will die Verbindlichkeit der Richtlinien der St.Gallischen Konferenz der Sozialhilfe regeln. Er sieht eine Verschärfung der Sanktionen vor, will eine klarere Abgrenzung von Sozialhilfe und Nothilfe sowie eine stärkere Verankerung der sozialen und beruflichen Integration¹³⁶. Am 21.2.2017 nimmt der Grosse Rat die Revision einstimmig an. Sie tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
- **2017, Kanton, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht weiter verschärft** - Der Grossrat Mike Egger (SVP) verlangt im Namen seiner Fraktion, Kriminellen und Sozialhilfebezügern die Einbürgerung zu verweigern¹³⁷. Der Regierungsrat ist der Meinung, das neue Bundesrecht werde den Anliegen der Motion gerecht (Antrag 10.1.2017). Die SVP zieht die Motion zurück (Grosser Rat, 20.2.2017).
- **2019, Kanton, Keine Senkung des Grundbedarfs** - Die SVP will den Grundbedarf um 30 Prozent kürzen¹³⁸. Die Regierung empfiehlt Ablehnung, da die Motion zu «grosser Rechtsunsicherheit und Willkür führen würde» (Antrag vom 19.3.2019). Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (72 Ja, 35 Nein, 24.4.2019).
- **2019, Kanton, Keine Kürzung** - Aber es geht immer weiter. Die Grossrätin Carmen Bruss und der Grossrat Sascha Schmid (beide SVP) verlangen eine «Kürzung der Sozialhilfe für Leute, die noch nie einen Franken in unser Sozialsystem einbezahlt haben» ein (Motion 42.19.30, 12.9.2019). Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (25.11.2019).

¹³⁵ «Revision des Sozialhilfegesetzes: Negativwettbewerb verhindern. Solidarität zwischen Gemeinden stärken», Motion 42.14.21, eingereicht am 15.9.2014.

¹³⁶ Entwurf für eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz). Botschaft und Entwurf der Regierung vom 6. September 2016, Geschäftsnummer 22.16.02.

¹³⁷ «Notwendige Präzisierung der Einbürgerungskriterien», Motion 42.16.11, eingereicht am 28.11.2016.

¹³⁸ «Sozialhilfe – Belohnen anstatt kürzen», Motion 42.19.04, eingereicht am 19.2.2019.



Kanton Thurgau, TG

Ein Vorstoss aus dem Kanton Thurgau findet sich im Themenkapitel «Schutz der Privatsphäre» (2019).

- **2016, Kanton, Kürzung der Leistungen** - Eine Änderung der Sozialhilfeverordnung führt zu Kürzungen über die Empfehlungen der SKOS hinaus. In der Folge kürzen mehrere Gemeinden noch weiter, um Kosten zu senken. Als junge Erwachsene sind Personen bis 30 Jahre definiert.



Canton du Tessin, TI

Vorstösse und Entscheide aus dem Kanton Tessin finden sich in den Themenkapiteln «Ergänzungsleistungen für Familien» (1997) und «Mindestlohn» (2015-2019).

- **2003, Canton, Vaste réorganisation des prestations sociales** - Le canton du Tessin entreprend une vaste réorganisation des prestations financières et des prestations de conseil. La réforme vise à garantir à tous les ménages un revenu suffisant en recourant le moins possible à l'aide sociale, tout en facilitant l'accès aux prestations. Cette réforme est mise en œuvre par une nouvelle Loi sur l'harmonisation et la coordination des prestations sociales¹³⁹ entrée en vigueur en 2003. Cette profonde réorganisation de l'Administration cantonale implique douze services de quatre départements qui allouent 8 prestations financières sous condition de ressources ainsi que des prestations de consultation dans 3 domaines différents¹⁴⁰ (Beffa 2003).
- **2020, Kanton, Weiterhin 200 Fälle pro Sozialarbeiter*in** – Grossrat Raoul Ghisletta (SP) und Mitunterzeichnende fordern die Regierung auf, die Anzahl Sozialarbeiter*innen den gestiegenen Fallzahlen anzupassen. Nach den Motionären liegt die Anzahl Fälle bei 330 pro SozialarbeiterIn im Tessin und bei 150 in Zürich¹⁴¹. Der Regierungsrat schlägt 200 Fälle pro Sozialarbeiter*in vor und erklärt, dass die Fallquote ohnehin unterdessen auf 214 gesunken sei (Bericht 20.11.2019). Die Sozialkommission betrachtet damit das Anliegen der Motion als erfüllt (Bericht 16.1.2020), dem stimmt der Grosse Rat am 17.2.2020 zu.
- **2020, Kanton, Erschwerte Einbürgerung** - Der Grossrat Nicholas Marioli (Lega) verlangt, dass eine Einbürgerung nur für Personen möglich sei, welche in den

¹³⁹ Legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali (LAPS) del 5 giugno 2000.

¹⁴⁰ Beffa, S. (2003, août). Le projet «Intervento sociale»: Comment le Tessin a réformé son système de prestations sociales. Dossier du mois, Artias.

¹⁴¹ «Abusi sociali, mettiamo fine a una situazione scandalosa!», Motion 610, eingereicht am 14.4.2008.

vergangenen 10 Jahren keine Sozialhilfe bezogen oder diese zurückbezahlt haben¹⁴². Der Grosse Rat nimmt die Initiative mit 38 gegen 32 Stimmen an (18. Februar 2020).



Canton du Valais, VS

Des propositions et décisions concernant le canton du Valais se trouvent dans les chapitres thématiques «Protection de la sphère privée» (Schutz der Privatsphäre) (2017, 2019) et «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2014).

- **2011, Canton, Les jeunes adultes doivent rester chez leurs parents** - Les jeunes adultes à l'aide sociale (18-25 ans) doivent vivre dans le ménage d'un des parents, sauf exception – c'est ce que préconise l'art. 9 du Règlement d'exécution de la LIAS du 7 décembre 2011.
- **2013, Canton, Baisse de 10% des prestations d'aide sociale** - Les députés PDC Egon Furrer et Aron Pfammatter (tous deux PDC) demandent de réduire de 10% les diverses prestations prévues par les normes CSIAS¹⁴³. Le Conseil d'État propose de transformer la motion en postulat et de l'accepter (réponse du 24.4.2014). Le Grand Conseil accepte la motion par 61 Oui, 48 Non et 7 Abstentions (septembre 2014).
- **2015, Canton, Réduction à 500 francs pour les jeunes adultes** - Les député-e-s Fournier (UDC), Bregy (PDC), Favre (PLR) et Maret (PDC) demandent, par motion urgente, une réduction de l'aide sociale au niveau de l'aide d'urgence, soit à 500 francs, pour les jeunes de 19-25 ans¹⁴⁴. Le Grand Conseil accepte la motion le 11.9.2015.
- **2015, Canton, Expulser les étrangers qui demandent une aide sociale** - Les mêmes député-e-s Fournier (UDC), Bregy (PDC), Favre (PLR) et Maret (PDC) demandent, le même jour, par une autre motion urgente, de révoquer systématiquement l'autorisation de séjour ou d'établissement des étrangers qui demandent une aide sociale et d'accorder la seule aide d'urgence aux titulaires d'un permis L (autorisation de travail courte durée)¹⁴⁵. Le Grand Conseil accepte la motion (11.9.2015).
- **2015, Canton, Pas de cartes prépayées pour étrangers** - Le député Jean-Luc Addor (UDC) demande de remettre des cartes prépayées aux bénéficiaires

¹⁴² «Modifica della Legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (LCCit) (Inserimento del criterio di rimborso delle prestazioni assistenziali percepite negli ultimi dieci anni», Parlamentarische Initiative IP 667, 21.1.2019.

¹⁴³ « Lorsque les travailleurs ont moins d'argent que les bénéficiaires de l'aide sociale/optimisation des coûts de l'aide sociale », motion 2.0029, déposée le 15.11.2013.

¹⁴⁴ «Prestations de l'aide sociale – appliquer les mesures proposées par les rapports de la COFI et de la COGEST», Motion 2.0104, déposée le 8.9.2015.

¹⁴⁵ «Aide sociale – modifier la procédure concernant les étrangers au bénéfice de l'aide sociale», Motion 3.0209, déposée le 8.9.2015.

étrangers pour éviter l'envoi d'argent liquide dans leur pays¹⁴⁶. Le Grand Conseil refuse le postulat (17.12.2015).

- **2015, Canton, Durcir les conditions d'accès** - Le député Grégory Logean (UDC) veut remédier à «l'explosion du budget de l'aide sociale» et éviter que les ressortissants de l'UE/AELE «n'émargent systématiquement de l'aide sociale». Pour y parvenir, il demande notamment d'exclure de l'aide sociale les permis L, d'introduire un délai de carence avant l'octroi de l'aide sociale ordinaire pour les étrangers, de réglementer les normes pour jeunes bénéficiaires et l'utilisation d'un véhicule privé, de mieux contrôler les abus, de mettre en place de médecins-conseils «pour contrôler objectivement l'aptitude au travail» ainsi que d'abolir le secret de fonction à l'égard des services cantonaux¹⁴⁷. Le Conseil d'État estime que la plupart des points soulevés sont déjà réglés ou à l'étude et accepte la motion, ce dont le Grand Conseil prend acte dans sa séance du 16.12.2016.
- **2017, Canton, Délai de remboursement de l'aide sociale porté à 20 ans** - La prescription des prestations d'aide sociale doit être allongée de dix à vingt ans à compter du dernier versement. C'est ce que demandent, par motion urgente, les commissions de gestion et celle des finances par les député-e-s Bregy (PDC), Fournier (UDC), Maret (PDC) et Favre (PLR)¹⁴⁸. Le Grand Conseil accepte la proposition (11.9.2015) avec une modification de la Loi sur l'intégration et l'aide sociale (LIAS, art. 24) qui entre en vigueur le 16 février 2017.
- **2017, Canton, Abroger les programmes de qualification inutiles** - Le député Enzo Bregy (PDC) demande l'abrogation du programme de qualification systématique, trop cher pour les communes et généralement inutile selon lui par un postulat intitulé «Il faut abolir le système selon lequel un bénéficiaire de l'aide sociale qui n'a pas exercé d'activité durant plus d'un an doit suivre un programme de qualification de 3 mois avant de pouvoir revenir sur le marché du travail!» (2.0175, déposé le 16.2.2017). Il retirera son postulat lors de la session de juin 2017.
- **2019, Canton, Révision totale de la loi sur l'aide sociale** - Le 24.6.2019, le Département met en consultation un avant-projet de modification de la loi sur l'intégration et l'aide sociale datant de 1996. Ce projet propose diverses réorganisations (réduction à 5 CMS, compétence décisionnelle au canton quant aux mesures d'insertion, meilleure visibilité du mandat de prévention, abandon de l'obligation de rembourser l'aide sociale suite à la reprise d'une activité lucrative, facilitation de la transmission des données¹⁴⁹. Dans leur réponse à la consultation, AvenirSocial Suisse et la Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht estiment que ce projet contient de nombreux durcissements parfois manifestement anticonstitutionnels notamment en matière de protection des données et de droits de procédure, qu'il ne respecte pas les droits fondamentaux et ne garantit pas de sécurité juridique en ne précisant pas les bases de calcul de l'aide. Les deux organisations qualifient dès lors ce projet comme «complètement disproportionné»¹⁵⁰.

¹⁴⁶ «Cartes prépayées pour les étrangers à l'aide sociale», postulat 2.0116, déposé le 11.9.2015.

¹⁴⁷ «Pour une révision de la loi sur l'intégration et l'aide sociale», motion 2.0133, déposée le 18.12.2015.

¹⁴⁸ «Aide sociale – augmenter le délai de prescription des créances en faveur des collectivités», motion 2.0105, 8.9.2015.

¹⁴⁹ Rapport explicatif accompagnant l'avant-projet de révision de la loi sur l'intégration et l'aide sociale.

¹⁵⁰ [avenirsocial.ch/fr/qui-sommes-nous/regions/bern-und-wallis/](https://www.avenirsocial.ch/fr/qui-sommes-nous/regions/bern-und-wallis/), 15.9.2019.



Canton de Vaud, VD

Des propositions et décisions concernant le canton de Vaud se trouvent dans les chapitres thématiques «Protection de la sphère privée» (Schutz der Privatsphäre) (2017, 2019), «PC familles» (Ergänzungsleistungen für Familien) (2011), «Chômeurs âgés» (Ältere Arbeitslose) (2011) et «Salaire minimum» (Mindestlohn) (2011 et 2014).

- **1996, Canton, Régionalisation de l'action sociale (RAS)** - Suite à une révision de la Loi sur la prévoyance et l'aide sociales du 25.5.1977 (LPAS), les communes vaudoises, dès 1996, doivent se regrouper pour former des régions d'assistance et mettre en place des Centres sociaux régionaux (CSR).
- **1997, Canton, Revenu minimum de réinsertion (RMR)** - Au 1er juillet 1997, le système vaudois d'aide aux chômeurs en fin de droits, appelé «Bouton d'Or», du nom de la couleur du formulaire, est remplacé par le Revenu minimum de réinsertion (RMR)¹⁵¹. Il est octroyé pour une durée maximale de deux ans aux personnes sans emploi qui n'ont pas ou plus droit aux prestations LACI. Il est subordonné à l'engagement du bénéficiaire de participer à sa réinsertion professionnelle et/ou sociale, fixé dans un contrat (art. 39). Il est supérieur de 100 francs à l'aide sociale vaudoise ; la limite de fortune est celle des PC fédérales. Il n'est pas remboursable (art. 41). Les personnes sans ressources qui ne répondent pas aux critères du RMR relèvent du régime d'aide sociale vaudoise (ASV) conformément à la Loi sur la prévoyance et l'aide sociales (LPAS) du 25 mai 1977.

Assez rapidement, la coexistence de deux régimes d'aide apparaît comme problématique. Deux motions, d'Yves Guisan (radical) et de Martial Gottraux (PS), demandent la fusion des deux régimes, l'aide sociale et le RMR. Gottraux (motion du 4.5.1998) estime qu'un dispositif unique sera plus simple, plus efficace et plus équitable pour les bénéficiaires. Il faudra toutefois encore attendre quelques années avant qu'une fusion se réalise. Divers rapports sont établis. Celui de l'Université de Lausanne (Cunha et al. 1999) propose une fusion des deux régimes. Le rapport d'une seconde étude (Atag Ernst & Young 1999) sort publiquement suite à une fuite. Il propose également la fusion des deux régimes ainsi que de nombreuses réorganisations. Il pointe de sérieuses lacunes et critique par exemple qu'aujourd'hui, «Il n'y a donc pas de pression sur la personne suivie pour qu'elle s'améliore» (p.6). La fusion sera réalisée en 2006 (voir ci-dessous).

- **1997, Ville de Lausanne, cas Vincent et suites** - En 1997, à Lausanne, éclate un des premiers cas d'«abus» de prestations d'aide après la découverte d'un montant de 100'000 francs touchés indument. L'«affaire Vincent», montée en épingle par une partie de la presse, crée un choc dans le monde de l'aide sociale. Elle provoque un rapport du Contrôle cantonal des finances qui identifie divers autres «abus» dans plusieurs centres sociaux vaudois et propose une série de mesures de réorganisation. Le rapport dénonce des défaillances graves et estime que la sécurité financière est défaillante, qu'il manque des directives et que le service

¹⁵¹ Loi sur l'emploi et l'aide aux chômeurs LEAC du 25 septembre 1996, art. 27 s.

cantonal ne contrôle pas suffisamment le travail des CSR¹⁵². Un Comité de suivi dirigé par Bernard Ziegler, juriste, ancien conseiller d'État genevois, élabore diverses mesures: réorganisation (spécialisations) du service social lausannois, limitation de la charge de dossiers, formation des AS, instauration d'instances de contrôle, établissement de contrats de prestations entre les CSR et le canton, nouvel outil informatique.

Suivent d'autres «cas» traités notamment par un nouveau rapport du Contrôle cantonal des finances publié le 5.7.2002 suite à un courriel anonyme qui dénonce des dysfonctionnements au CSR de Lausanne, suivi d'un contre-rapport de la Ville et d'un débrayage du personnel.

- **1997 - 2004, Canton, Coordination des praticiens RAS et actions syndicales** - Sur initiative d'assistants et assistantes sociales du CSR Lausanne, des employé-e-s des CSR et d'autres organismes chargés de l'aide sociale forment, en 1997, une Coordination des praticiens RAS (ci-après: Coordination). Ils et elles organisent diverses actions pour dénoncer les baisses des prestations, critiquer divers projets cantonaux et défendre «le sens de notre travail». La Coordination critique, notamment, la nouvelle gestion publique et les contrats de prestation (février 2001); elle publie quelques numéros d'un journal appelé «Le CSRvolant» (dès juillet 1999) et mène une analyse critique des dispositifs d'aide publique dans le contexte de la crise socio-économique¹⁵³. Une fausse lettre du Conseil d'État est publiée, proposant d'économiser 60 à 70 millions en déplaçant les RMRistes, ainsi que leurs familles, vers les pays de l'Est (1999).

Au printemps 2002, des syndicats (SSP et Sud) organisent des États généraux du travail social (4 mai 2002) pour «s'opposer à la dégradation des conditions de travail et pour favoriser la reconquête d'une action sociale ambitieuse».

Dans le cadre d'un programme de «redressement des finances» cantonales pour 2005, le gouvernement propose des économies dans l'aide sociale, soit la suppression du forfait II à l'ASV et du supplément d'intégration au RMR. Les oppositions sont vives: en novembre 2004, la Coordination lance une pétition intitulée «L'État doit-il régler ses comptes sur le dos des pauvres?». Le Centre social protestant écrit aux députés (6.9.2004).

- **2006, Canton, Revenu d'insertion (RI)** - Le RMR et l'ASV sont fusionnés en un nouveau dispositif, le Revenu d'insertion (RI)¹⁵⁴. Le RI comprend l'exigence d'un projet d'insertion auquel le bénéficiaire doit activement participer (art. 50) et fixé dans un contrat (art. 55). Les mesures d'insertion sociale sont régies par la LASV et les mesures d'insertion professionnelle par la LEAC qui est modifiée.
- **2006 et 2013, Canton, FORJAD et FORMAD** - En 2006, le canton de Vaud lance un projet pilote FORJAD (Formation des jeunes adultes en difficulté) permettant aux jeunes adultes (18-25 ans) d'acquérir une formation professionnelle tout en étant aidés financièrement, d'abord par l'aide sociale, car les bourses sont bien trop basses, et dès 2009 avec des bourses désormais harmonisées avec l'aide sociale. Le dispositif comprend une aide dans la recherche d'une place d'apprentissage et

¹⁵² Service de prévoyance et d'aide sociale, Contrôle sur la sécurité financière liée à l'octroi de l'aide sociale vaudoise, avril 1998.

¹⁵³ États généraux des services publics et des prestations sociales, bilan d'une décennie sous le signe de l'austérité. Bouton-d'Or, Aide sociale vaudoise, Revenu minimum de réinsertion. 1^{er} mai 1999.

¹⁵⁴ Loi sur l'action sociale vaudoise (LASV) du 2 décembre 2003 entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2006.

un coaching scolaire et personnel. Fin 2013, le programme Forjad est élargi aux adultes (26 à 40 ans, Formation pour adultes, FORMAD) pour un projet pilote de 5 ans et devra leur permettre d'acquérir une formation professionnelle certifiée au moyen d'un coaching. La loi sur les bourses a été adaptée en conséquence pour les adultes également.

- **2007 - 2010, Ville de Lausanne, Séparation des tâches de suivi social et de prestations financières** - Dans un contexte difficile fait d'augmentation des coûts, de pressions politiques, l'injonction au retour à l'emploi et d'exigences de contrôle, de surcharges et d'insatisfactions des personnels, le Service social de la Ville de Lausanne développe un projet de réorganisation appelé «Projet RI métier» déployé dès fin août 2007. Le projet consiste notamment en une redéfinition des métiers par une séparation des tâches des assistant-e social-e (AS) et des collaboratrices administratives (AD). Un nouveau protocole de l'appui social est également introduit. Le projet est évalué ; les auteur-e-s proposent de prolonger le projet pilote¹⁵⁵.

En 2010, le projet pilote devient réorganisation. Dès le 1^{er} avril 2010, les AS se consacrent à l'«accompagnement» et à l'«insertion» des bénéficiaires, alors que des collaboratrices administratives se chargent du calcul des prestations financières et de toute la tenue administrative du dossier.

- **Dès 2009, Canton, Séparation des tâches de suivi social et de prestations financières** - Fort de l'expérience pilote de la Ville de Lausanne (cf. ci-dessus), le canton de Vaud réorganise à son tour les services d'aide sociale dans un contexte d'augmentation du nombre de dossiers afin d'accélérer «l'autonomisation des bénéficiaires». Pour ce faire, la réforme «doit permettre de recentrer les assistants sociaux (AS) sur l'exercice de leur métier (appui social et soutien à l'insertion), [et] d'attribuer au personnel administratif (AD) la délivrance de la prestation financière du RI. L'idée est que, déchargé-e-s de la gestion financière des dossiers, les AS pourront se concentrer sur leurs tâches d'appui social et de soutien à l'insertion»¹⁵⁶.

Après quelques années, la nouvelle organisation est évaluée. Elle montre une large adhésion des personnels. Le temps consacré par les AS aux tâches d'appui social et de soutien à l'insertion a été augmenté de façon importante (41% de leur temps avant la réforme contre 76% après)¹⁵⁷.

- **2011, Canton, PC Familles et Rente-pont** - Le Conseil d'État vaudois soumet un projet de loi dans le but d'assurer une sécurité financière à des familles et à des chômeurs pour lesquels l'aide sociale n'est pas adaptée. Il propose dans ce but des prestations complémentaires pour familles et une rente-pont pour les chômeurs proches de l'âge de la retraite ayant épuisé leurs indemnités. Dans les deux cas, une prestation analogue aux prestations complémentaires fédérales leur est allouée¹⁵⁸. La proposition est acceptée en votation populaire référendaire le 15 mai 2011 par 61.1% des votant-e-s. La loi entre en vigueur le 1^{er} octobre 2011 (cf. les

¹⁵⁵ Horber-Papazian, K. et al. (février 2009). Évaluation du projet pilote «RI Métiers», CSR Lausanne. Lausanne: Idheap.

¹⁵⁶ Service de prévoyance et d'aide sociales SPAS (27.1.2009). Principes directeurs de l'action sociale vaudoise PDASV. Actes du séminaire réunissant les autorités d'application du RI et le SPAS, 1-2 décembre 2008, Villars-sur-Ollon, V2.00.

¹⁵⁷ Horber-Papazian, K. et al. (2012). Rapport d'évaluation de la mise en œuvre des Principes directeurs de l'action sociale vaudoise (PDASV) par les autorités d'application du RI. Lausanne : IDHEAP.

¹⁵⁸ Loi sur les prestations complémentaires pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam) du 23 novembre 2010.

chapitres «Ergänzungsleistungen für Familien» et «Ältere Arbeitslose»).

- **Dès 2015, Ville de Lausanne puis Canton, intensifier le retour à l'emploi** - Entre février 2015 et janvier 2017, la Ville de Lausanne déploie un projet pilote visant à favoriser l'insertion professionnelle des bénéficiaires RI. Durant cette période, une partie des nouveaux bénéficiaires - ceux et celles avec un taux d'emploi inférieur ou égal à 50% et considérés comme capables de travailler - sont adressés à une «Unité commune» composée d'AS et de conseillers et conseillères ORP. Dans cette Unité, le taux d'encadrement est plus favorable: un conseiller ORP s'occupe de 65 demandeurs et demandeuses d'emploi, alors que dans la prise en charge RI ordinaire ce ratio est de l'ordre de 1/120 – 1/130. Une évaluation montre que dans l'Unité commune, davantage de dossiers sont fermés, que les personnes sont plus nombreuses à avoir trouvé du travail (9 points de %), que la satisfaction est plus grande, que le coût supplémentaire (en personnel) est à peu près compensé par l'économie en prestation financière (11%)¹⁵⁹.

Le 21.6.2017 fort de l'expérience positive en Ville de Lausanne, le Conseil d'Etat décide d'étendre le dispositif d'Unités communes OPR-CSR à l'ensemble du canton. Le SPAS édicte des critères d'accès et de sortie des Unités communes, confidentiels.

- **2017, Canton, Baisse du barème pour jeunes adultes** - Le barème des jeunes adultes est réduit de 1110 à 986 francs et les sanctions sont renforcées pour ce groupe. Petites améliorations pour les bourses et barèmes des loyers (*Surprise* 423/18).



Kanton Zug, ZG

Ein Entscheid aus dem Kanton Zug findet sich im Themenkapitel «Ergänzungsleistungen für Familien» (2017).

- **2017, Kanton, Keine Deprofessionalisierung** - Die Auflage, dass die Sozialhilfe «fachliche Beratung durch für diese Aufgabe ausgebildetes Personal» gewähren muss, soll aus dem Sozialhilfegesetz (Art. 10) gestrichen werden. Dies wollen der Grossrat Manuel Brandenburg (SVP) und Konsorten¹⁶⁰. Gemäss der Empfehlung des Regierungsrates und entsprechend eines Briefs von AvenirSocial an die Grossrät*innen (28.9.2017) lehnt das Parlament die Motion ab (26.10.2017).

¹⁵⁹ Bonoli, G. et al. (2017). Évaluation de l'Unité commune ORP-CSR en Ville de Lausanne. Lausanne : Université de Lausanne, IDHEAP.

¹⁶⁰ Motion betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes - Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen, Nr. 2472.1, eingereicht am 13.1.2015.



Kanton Zürich, ZH

Vorstösse und Entscheide aus dem Kanton Zürich finden sich in den Themenkapiteln «Grundeinkommen» (2018, 2019), «Schutz der Privatsphäre» (2012, 2014, 2017, 2018, 2019), «Ergänzungsleistungen für Familien» (2007 und 2019) und «Mindestlohn» (2020).

- **1998, Stadt Zürich, Arbeit statt Fürsorge** - Ab 1998 reorganisiert die Stadt Zürich die Sozialhilfe nach dem Prinzip Arbeit statt Fürsorge. Die Stadt entwickelt Projekte im Rahmen eines «Zweiten Arbeitsmarkts». Im Jahr 2002 werden diese unter dem Namen «Chancenmodell» formalisiert. Im Frühling 2005 schafft die Stadt Arbeitsplätze für 1000 Franken, welche mit vollen Löhnen nicht rentabel wären (*Le Temps*, 26.5.2005). Der Vorschlag stösst auf Kritik, insbesondere seitens der Gewerkschaften (z.B. *Work*, 10.6.2005).
- **2001, Stadt Winterthur, Passagenmodell** - Im Jahr 2001 führt die Stadt Winterthur ein «Passagenmodell» ein. Personen, welche Sozialhilfe beantragen, müssen vorgängig ein Beschäftigungsprogramm absolvieren. In der Folge führen zahlreiche Städte ähnliche Programme ein (z.B. Zürich 2009, Bern 2010, Basel 2011, Genf 2011). Passagenmodelle werden von Sozialarbeitenden und Forschenden kritisiert, da sie teuer seien, nur einen Teil der Beziehenden betreffen und deshalb Ungleichheiten schaffen und in juristischer Hinsicht problematisch seien.
- **2012, Kanton, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht eingeschränkt** - Am 18.11.2009 legt der Regierungsrat des Kantons Zürich dem Grossrat einen Revisionsentwurf des Bürgerrechtsgesetzes vor, um die entsprechende Praxis im ganzen Kanton zu vereinheitlichen. In diesem Entwurf wird von den Einbürgerungskandidat*innen unter anderem wirtschaftliche Unabhängigkeit verlangt, eine Bedingung, die von Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen oder in den letzten drei Jahren bezogen haben oder Leistungen gemäss AVIG erhalten, als nicht erfüllt beurteilt wird. Der Grosse Rat verschärft den Regierungsvorschlag so sehr, dass die Regierung der Volksabstimmung Ablehnung empfiehlt. Die SVP geht noch weiter und startet ein Referendum mit Gegenvorschlag unter dem Titel «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher», mit dem die Einbürgerungsvoraussetzungen zusätzlich verschärft werden sollen.

Der Grosse Rat und der Regierungsrat empfehlen Ablehnung des Gegenvorschlags. Die Volksabstimmung am 11. März 2012 lehnt sowohl den Vorschlag des Grossen Rates als auch den Gegenvorschlag der SVP ab.

- **2007 - 2015, Kanton, Autobesitz** - Während der üblichen Unruhen am 1. Mai in der Stadt Zürich fällt 2007 ein BMW den Flammen zum Opfer. Es zeigt sich, dass das Auto einer sozialhilfebeziehenden Frau gehöre. Ein Teil der Medien und die SVP skandalisieren einen Sozialhilfemissbrauch. Die städtische parlamentarische Untersuchungskommission stellt daraufhin fest, dass der BMW vom Freund der Frau auf deren Namen geleast war.

Die Grossräte Peter Preisig, Hansruedi Bär, und Beat Stiefel (alle SVP) fordern mit einem Postulat «Autos und Sozialhilfe», dass Sozialhilfeempfangende per Gesetz

keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder erwerben dürfen (Postulat 84/2008, eingereicht am 3.3.2008). Der Grossrat überweist das Postulat knapp an den Regierungsrat (86 Ja, 84 Nein, 20.6.2011), welcher den Vorstoss zurückweist (Bericht vom 30.4.2013). Am 27.10.2014 wird der Vorstoss abgeschrieben.

Die gleiche Forderung stellen Claudio Schmid (SVP) und Linda Camenisch (FDP) parallel dazu mit einer parlamentarische Initiative¹⁶¹. Diese wird von der Kommission zurückgewiesen, hingegen im Grossen Rat mit 3 Stimmen Mehr angenommen, dann aber in der Schlussabstimmung mit 85 Nein gegen 81 Ja abgelehnt (19.1.2015).

- **2015, Kanton, Keine Senkung der Sozialhilfe** - Die Sozialhilfe soll auf maximal 90% der SKOS-Richtlinien gesenkt und das Anreizsystem gestärkt werden. Zahlreiche Sozialhilfebeziehende stünden besser da als Bürger mit bescheidenem Einkommen und die Ansätze seien zu hoch, was der Besitz eines Privatautos zeige. Dies fordern die Grossrätinnen Ruth Frei-Baumann und Barbara Steinemann (beide SVP)¹⁶². Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung. Der Grosse Rat lehnt die Motion mit 121 gegen 48 ab (22.6.2015).
- **2017, Stadt Winterthur, Unterstützung für Mietzinssenkungen** - Ein externer Bericht zur Steuerung der Sozialkosten in Winterthur schätzt, dass eine Einsparung zwischen 200'000 bis 500'000 Franken pro Jahr möglich ist, wenn die Mieten von Sozialhilfebeziehenden auf den geltenden Referenzzinssatz gesenkt werden. Da die Sozialen Dienste jetzt mehr Personalressourcen haben, überprüfen sie ab Juni 2017 die Mietzinse und unterstützen die Sozialhilfebeziehenden bei Senkungsbegehren, dies in enger Zusammenarbeit mit dem Mieterverband (Winterthurer Zeitung, 1.6.2017).
- **2017, Stadt Winterthur, Einsparungen durch Reduktion der Falllast**. Eine Studie im Auftrag der Sozialen Dienste Winterthur stellt fest, dass eine Senkung der Falllast pro Sozialarbeitende deutliche Einsparungen der Sozialhilfekosten ermöglicht¹⁶³.
- **2018, Kanton, Keine Ferien und medizinische Luxusbehandlungen** - Am 12.12.2016 reichen die Grossräte Hans Egli (EDU), Stefan Schmid (SVP) und Rico Brazerol (BDP) eine parlamentarische Initiative ein mit dem Titel «Keine Besserstellung von Sozialhilfebezügern gegenüber Arbeitenden» (406/2016). Die Initiative will keine Finanzierung von Ferien sowie keine medizinischen Luxusbehandlungen für Sozialhilfebeziehenden. Der Grosse Rat nimmt die Motion an (26.11.2018).
- **2019, Kanton, Keine tertiären Ausbildungen** - Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Camenisch (FDP) und Cyrill von Planta (GLP) verlangen mit einer Motion, dass wirtschaftliche Hilfe während und für eine Ausbildung auf Tertiärstufe, namentlich während eines Studiums an einer Universität, nur in Ausnahmefällen gewährt wird¹⁶⁴. Der Grosse Rat überweist die Initiative an die Kommission, welche ihr knapp

¹⁶¹ «Gesetzliche Grundlagen im Sozialhilfegesetz zur Benützung von Fahrzeugen», Parlamentarische Initiative 169/3013, 3.6.2013.

¹⁶² «Kostenoptimierung und Flexibilität muss auch bei der Sozialhilfe möglich sein», Motion 286/2014, 3.11.2014.

¹⁶³ Eser Davolio, Miryam et al. (November 2017). Falllast in der Sozialhilfe und deren Auswirkung auf die Ablösequote und Fallkosten. Wissenschaftliche Begleitung eines Pilotprojekts in der Langzeitunterstützung der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur (1.9.2015 – 28.2.2017). Schlussbericht. Zürich: ZHAW.

¹⁶⁴ «Keine Finanzierung universitärer Ausbildung durch die Sozialhilfe», Parlamentarische Initiative 170/2016, 23.5.2016.

zustimmt (7 zu 6 Stimmen). Der Regierungsrat folgt der Kommissionsminderheit und empfiehlt Ablehnung (Initiative unnötig). Der Grosse Rat nimmt die Initiative mit 103 Ja gegen 60 Nein an (21.1.2019).

- **2019, Kanton, Keine Senkung um 30%** - Der Grossrat Stefan Schmid (SVP) verlangt, dass die Richtlinien um 30% herabgesetzt werden und dass integrationswillige, motivierte und engagierte Personen stufenweise eine Motivationsentschädigung erhalten, welche zusammen mit dem Existenzminimum dem heutigen Grundbedarf entsprechen¹⁶⁵. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, da deren Forderungen das soziale Existenzminimum massiv unterschritten und eine minimale Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben verunmöglichten. Die Motion würde «in fundamentalen Bereichen ein unerwünschtes Ausscheren des Kantons Zürich aus dem gesamtschweizerischen System der SKOS-Richtlinien bedeuten». Auch die Sozialkonferenz des Kantons Zürich stellt sich klar gegen die vorgeschlagenen Änderungen¹⁶⁶. Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (121 gegen 48 Stimmen, 24.6.2019).
- **2019, Kanton, Keine Senkung für Ausländer*innen** - Für Ausländer*innen sollen reduzierte Sozialhilfensätze gelten, und zwar in Abhängigkeit der getätigten Anzahl Steuerjahre in der Schweiz. Dies fordert der Grossrat Konrad Langhart mit zwei Mitunterzeichnenden (alle SVP)¹⁶⁷. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung, da der Vorstoss gegen die SKOS-Richtlinien verstosse und die Leistungen der Sozialhilfe ohnehin zu tief seien, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (127 Nein, 44 Ja, 2.12.2019).
- **2016 - 2019, Kanton, Anfechtungen erschwert** – Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Camenisch (FDP) und Cyrill von Planta (GLP) fordern, dass Weisungen nur im Zusammenhang mit einer Sanktion oder Leistungseinstellungen bzw. -kürzung angefochten werden können und damit der Entscheid des Verwaltungsgerichts vom 18. Juni 2009¹⁶⁸ rückgängig gemacht wird. Das vom Gericht geforderte Verfahren dauert ihrer Ansicht nach zu lange und ermöglicht den Sozialhilfebeziehenden, eine Sanktion hinauszuzögern¹⁶⁹.
 Im Januar 2019 nimmt der Grosse Rat die Initiative an (Änderung Art. 21 SHG). Gegen die Verschärfung reichen im Februar 2019 die UFS, AvenirSocial und weitere Organisationen beim Bundesgericht Beschwerde ein. In einer Zwischenverfügung (20.5.2019) gewährt das BGer der Beschwerde eine aufschiebende Wirkung. Am 14.1.2020 weist das BGer mit 3 gegen 2 Stimmen die Beschwerde ab (8C_152/2019, Medienmitteilung) mit dem Argument, der Rechtsweg bleibe garantiert. Daraufhin reicht die UFS beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Beschwerde ein (25.6.2020).
- **2019, Stadt Zürich, Bildungsstrategie für Geringqualifizierte** - Im Sinne der nationalen Weiterbildungsoffensive von SKOS und SVEB von 2018 (siehe Kapitel SKOS-Richtlinien) lanciert die Stadt Zürich ein Paket aus Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende und weitere «Gefährdete»

¹⁶⁵ «Sozialhilfe – Motivation statt Sanktion», Motion 366/2018, 3.12.2018.

¹⁶⁶ Stellungnahme vom 5. Dezember 2018, Protokoll des RR, Sitzung vom 19. Dezember 2018, KR-Nr. 366/2018.

¹⁶⁷ «Steuerjahre definieren Sozialhilfeshöhe», Motion 367/2018, 3.12.2018.

¹⁶⁸ Prozess-Nummern: VB.2009.00262, VB.2009.00268 und VB.2009.00269.

¹⁶⁹ «Keine selbständige Anfechtung von Auflagen und Weisungen in der Sozialhilfe», parlamentarische Initiative 169/2016, 23.5.2016.

(Junge und Erwerbstätige in prekären Lagen) (Sozialdepartement Stadt Zürich, Medienmitteilung 28.10.2019).

- **2020, Kanton, Keine Totalrevision des Sozialhilfegesetzes** - Am 13.4.2018 schickt der Regierungsrat seinen Vorschlag einer Totalrevision des Sozialhilfegesetzes von 1981 in die Vernehmlassung (RRB 323/2018). An den SKOS-Richtlinien wird festgehalten und die Observation von Sozialhilfebeziehenden soll nicht intensiviert werden. Grössere persönliche Hilfeleistungen (Beratungen) sollen kostenpflichtig werden (Art. 26). Der Kanton soll neu 25% der Kosten übernehmen (bisher 4%). Leistungen können neu auf Nothilfe gekürzt werden (Art. 44). Der Informationsaustausch wird erleichtert (Teil 9).

Die Sektion Zürich und Schaffhausen von AvenirSocial kritisiert den Vorschlag, da er zahlreiche Verschärfungen beinhaltet ([AvenirSocial](#) > Region Zürich und Schaffhausen > Aktuell > 21.12.2018).

Nachdem die Vernehmlassung viele Kritikpunkte zu Tage gebracht habe und die Coronakrise ein Ansteigen der Fallzahlen vermuten lasse, beschliesst der RR, auf eine Totalrevision zu verzichten und bei Bedarf Teilrevisionen vorzunehmen (RRB 2020-0410, 22.4.2020).

- **2020, Kanton, Qualifiziertes Fachpersonal in den Sozialdiensten** - Sozialdienste sollen sich regional zusammenschliessen können, über eine minimale Anzahl Stellenprozente für qualifiziertes Fachpersonal verfügen und die operative Fallführung wahrnehmen, während die politische Sozialbehörde strategisch tätig sein soll. Dies fordern die Mitglieder des Grossen Rates Esther Straub (SP) und Konsorten von den Grünen, der EVP und ALfi¹⁷⁰.

¹⁷⁰ «Grundlagen für eine fachgerechte Sozialhilfe», Motion 376/2020, eingereicht von Esther Straub (SP), Ronald Alder (Grüne), Jeannette Büsser (Grüne), Mark Anthony Wisskirchen (EVP) und Kaspar Bütikofer (AL), 19.10.2020.

16 QUELLEN

- ATAG, Ernst & Young Consulting (1999). Rapport pour l'analyse des processus RMR et ASV des Centres sociaux régionaux. DSAS: document interne.
- Beuchat, S. (2018). Armutsbekämpfung aus Sicht von AvenirSocial. SozialAktuell, 9, S.31-33.
- BFS (2015). SKOS-Grundbedarf. Aktualisierte Berechnungen des BFS. Bern: BFS. SKOS > Publikationen > Studien > 30.1.2015 SKOS-Grundbedarf.
- Coullery, P. (1995). Diskussionsentwurf. Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, 39, 5, 1995, p. 336-363.
- Coullery, P. (2018). Der Anspruch auf existenzsichernde Leistungen und seine verfassungsrechtlichen Grundlagen. Rechtsgutachten zuhanden der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Bern: Berner Fachhochschule Soziale Arbeit.
- Cunha Da A. et al. (1999). Évaluation du Revenu minimum de réinsertion, rapport final. Neuchâtel et Lausanne : IGN, IREC.
- Dubach, P. et al. (2015). Evaluation der Leistungen mit Anreizcharakter gemäss SKOS-Richtlinien. Schlussbericht. Bern: Bureau BASS. SKOS > Publikationen > Studien > 30.1.2015 Evaluation der Leistungen.
- Gerfin M., (2004). Schlussbericht Evaluation der Richtlinien der SKOS zuhanden der SKOS. Bern: Universität Bern.
- Goll, Ch. (2005). Den aufrechten Gang immer wieder üben. In: W. Schmid, U. Tecklenburg (Hg). Menschenwürdig leben? Fragen an die Schweizer Sozialhilfe: eine Publikation zum 100-jährigen Bestehen der Schweizer Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Vivre dignement ? L'aide sociale suisse en question. Une publication pour le 100e anniversaire de la Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS). Luzern: Caritas Verlag. S. 75-82.
- Gordzielik, T. (2020). Sozialhilfe im Asylbereich. Zwischen Migrationskontrolle und menschenwürdiger Existenzsicherung. Zürich: Schulthess.
- Gurny, R. & Tecklenburg, U. (2016). Fallgruben und Sackgassen. Zur Entwicklung der schweiz. Sozialhilfe in den letzten Jahrzehnten. Zürich: Denknetz. denknetz.ch > Bibliothek > Soziale Sicherheit und Grundeinkommen > Sozialversicherungen und Sozialhilfe.
- Gurny, R. & Tecklenburg, U. (2020). Heraus aus der Sackgasse: Existenzsicherung statt Sozialhilfe. Sozialalmanach 2020, Eine Sozialhilfe für die Zukunft. Luzern: Caritas.
- Hänzi, C. (2011). Die Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Entwicklung, Bedeutung und Umsetzung der Richtlinien in den deutschsprachigen Kantonen der Schweiz. Basel: Helbing Lichtenhahn.
- Kopf, Françoise (2010). L'éradiction des requérants d'asile déboutés en Suisse. Vivre Ensemble 25^e, 129.
- Mösch Payot, P. & Pärli, K. (2014). Datenschutz in der sozialen Arbeit. Eine Praxishilfe zum Umgang mit sensiblen Personendaten. Bern: AvenirSocial.

OECD (1999). Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. Sozialhilfe in Kanada und in der Schweiz. Beiträge zur Sozialen Sicherheit Band 3. Bern, Bundesamt für Sozialversicherung BSV. BSV-Online > Publikationen & Service > Forschung und Evaluation > Forschungspublikationen

Poledna, T. (2010). Stimm- und Wahlrecht. Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <https://hls-dhs-dss.ch/de/>

SEM (2009). Bericht Monitoring Sozialhilfestopp. Berichtsperiode 2008. Bern: Bundesamt für Migration BFM (2020: Staatssekretariat für Migration SEM).

SKOS (2011, Juni). Ergänzungsleistungen für Familien – Modell SKOS. Ausführliche Diskussion der Eckwerte. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2011, Dezember). Stipendien statt Sozialhilfe. Für eine wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2014). Ergänzungsleistungen für Familien. Gesamtübersicht über den Stand des politischen Prozesses in den Kantonen. Bern: SKOS. [www](http://www.skos.ch) > SKOS > Publikationen > Grundlagendokumente > 2014.

SKOS (2016). Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2018, Januar). Arbeit dank Bildung. Weiterbildungsoffensive für Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2018, Februar). Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige. Vorschläge der SKOS für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden über 55. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2018). Monitoring Sozialhilfe 2018. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2020a). Corona-Epidemie. Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe. Analysepapier. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SKOS (2020b). Monitoring Fallzahlen COVID-19. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

SP Schweiz (2015). Für eine moderne und gerechte Sozialhilfe. Lösungsvorschläge der SP. Grundlagenpapier zur Sozialhilfe. Bern: SP Schweiz.

Stanic, P. (2020). Incidences de l'aide sociale sur les permis de séjour dans la LEI. Artias, Dossier du mois, février.

Stutz, H., Stettler, P., & Dubach, Ph. (BASS), Gerfin M. (Universität Bern) (2018). Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS- Richtlinien. Schlussbericht im Auftrag der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Bern: Büro BASS. SKOS > Publikationen > Studien > 8.1.2019 Grundbedarf.

SVP (2015). Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen. Zur Sicherung der Hilfe für die wirklich Bedürftigen. Positionspapier. Bern: SVP.

Tabin, J.-P., Frauenfelder, A., Togni, C. & Keller, V. (2010). Temps d'assistance. Le gouvernement des pauvres en Suisse romande depuis la fin du XIXe siècle. Lausanne : Antipodes.

Tecklenburg U. (2012). Aide sociale : un parcours de combattant. www.reiso.org/spip.php?article2637, 6.12.2012.

Tecklenburg, U. (2014). Alliances contre la baisse de l'aide sociale, www.reiso.org/articles/themes/politiques/259-alliances-contre-la-baisse-de-l-aide-sociale, 26.3.2014.